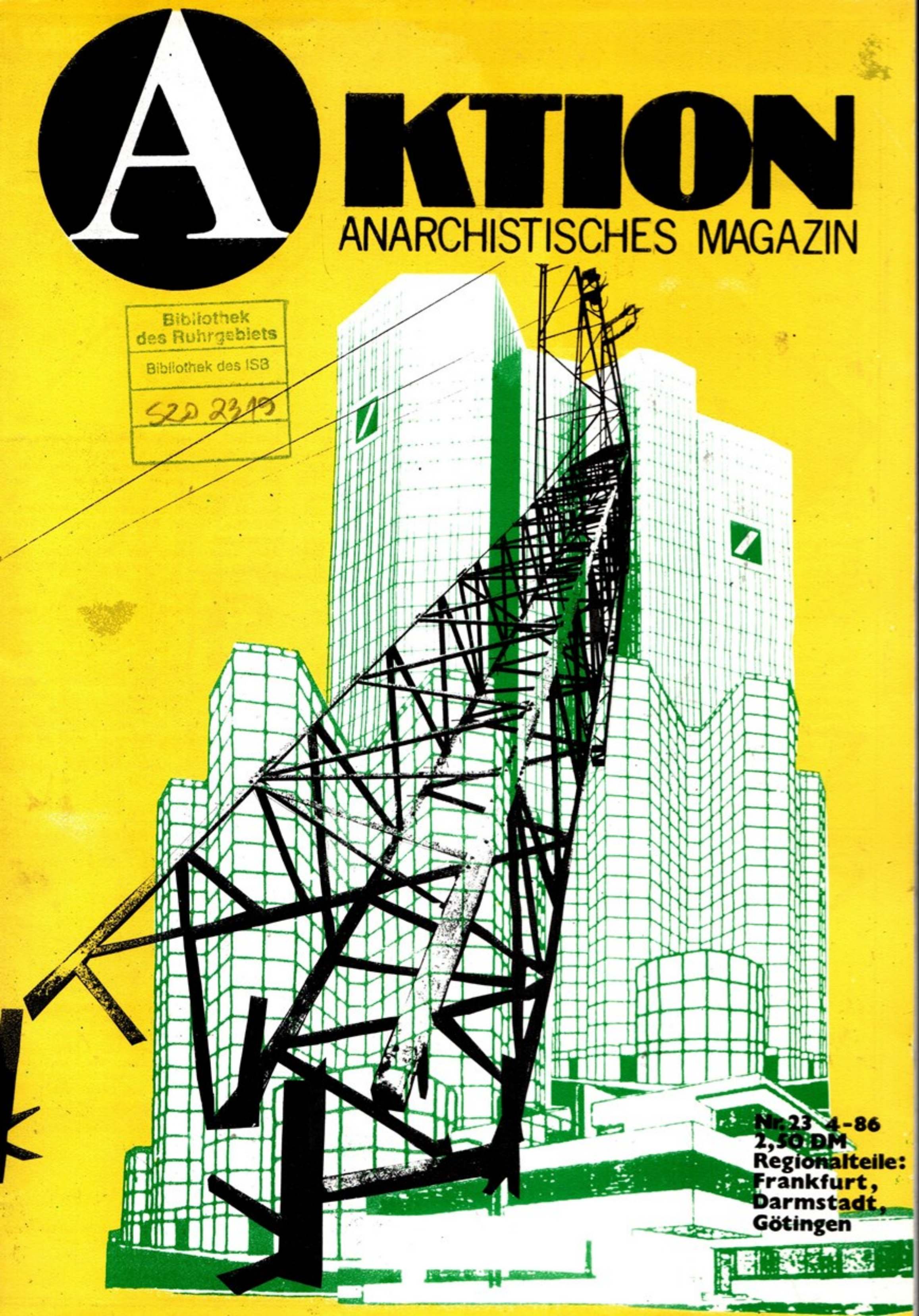

AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Nr. 23 4-86
2,50 DM
Regionalteile:
Frankfurt,
Darmstadt,
Götingen

Business-Glas ist unser Standard.

REDAKTION:

AKTION
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt

KONTO:

K. Cohrs
Postscheckkonto 3337 97 - 601
Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

ABO:

6 Ausgaben 15.- DM oder
12 Ausgaben 30.- DM
Überweisungen mit Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder per Scheck.

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

V.i.S.d.P. K. Cohrs

EDITORIAL

Die neue AKTION liegt vor, gelungen wie immer. Das gefürchtete Sommerloch ist vorbei. Wir erscheinen regelmäßig, bösartig, verständnislos.
Die Regionalteile bewähren sich. Diesmal kam noch Göttingen hinzu. Doch nächstes Mal wird die Seitenzahl je Stadt/Region gnadenlos auf zwei beschränkt. Überlegt euch genau, was nur regional interessiert bzw. was in den allgemeinen Teil soll.
Wir leben noch, trotz Tschernobyl. Eine fetzige Großdemo am 4.Oktober in München würden wir auf's schärfste begrüßen, gerade auch weil sie vor der Bayern-Wahl wäre.
Erinnern wollen wir auch an den 28.9.85 den Todestag von Günter Sare. Nichts wird vergessen!
Der Herbst steht bevor. Wie geht es weiter? Bomben gegen Bonzen? Was bringt's? Sägespähne am Strommast? Power an der Mauer? Ökonomische Kämpfe? Wilde Streiks? Wann? Taktische Bündnisse? Mit wem? Autonome Perspektive? Anarcho-Frühling? Libertäre Tage zu Ostern '87 in Frankfurt - die ersten Beiträge kamen bereits. Massenmilitanz, oder? Stimmzettel für die Revolution?
Schickt eure Einschätzungen, Berichte, Gedichte, Bilder, Briefe, Artikel, Erklärungen etc.
Aber kennzeichnet die Sachen so, daß ersichtlich ist, was veröffentlicht werden soll und was nicht.

REDAKTIONSSCHLUSS ist der 23. September '86.

Die letzte AKTION ist so gut wie ausverkauft. Wer noch eines der restlichen Exemplare will, sollte schleunigst bestellen. Vergeßt auch die Knete nicht.
Für die Geiseln des Staates in den Knästen gibt es weiterhin, solange finanziell möglich, Freiabos. Also meldet euch.
Bis dann... und viel Spaß beim Lesen.

RICHTIGSTELLUNG / RICHTIGSTELLUNG / RICHTIGSTELLUNG / RICHTIGSTELLUNG / RICHTIGSTELLUNG

zum Leserbrief in der AKTION 3-86

Richtigstellung zum Leserbrief in der AKTION 3-86

Der Leserbrief, der uns noch beim Druck eingereicht wurde, enthält leider drei Fehlinformationen. In der Hektik und im Streß ist keinem von uns aufgefallen, daß der Schreiber (wie übrigens auch einige von uns) offensichtlich nicht über die neuesten "Erkenntnisse" informiert war und so ein paar Sachen nicht ganz richtig dargestellt hat. Für eine Redaktionssitzung, um das Papier durchzusprechen, war keine Zeit mehr und da wir, als Leute aus dem LZ alle irgendwie von der Thematik betroffen waren, kam der Brief so in die Zeitung.

Es geht um den Ursprung der Gerüchte über die Frankfurter Anarchisten und das Libertäre Zentrum.
Also, hier die Richtigstellung:

1. Das Gerücht vom "Verprügeln der Freundinnen" wurde "nur" über zwei Leute verbreitet.
2. Haben wir herausgefunden, daß dieses Gerücht seinen Ursprung bei einer Person aus dem LZ hat.
3. Der Spruch, daß die Leute aus dem LZ alles Spalter seien und man sie an der Front verheizen solle, stammt von <u>einer</u> Person und <u>nicht</u> von einer Gruppe von Anti-Imps.

Es lag weder in unserer, noch in des Schreibers Absicht, falsche Infos weiterzugeben, noch wollten wir selber Gerüchte in die Welt sezten. So eine Form von Auseinandersetzung ist uns zu platt!
Daß die Gerüchte übers LZ ohne Hinterfragen regen "Absatz" fanden und sogar bis in andere Teile der BRD drangen, ist allerdings kein Gerücht, sondern Tatsache. Offensichtlich sind einige Leute der Scene doch interessiert an der Verbreitung solcher "Infos".

Wir hoffen, daß wir in Zukunft solche Fehlinformationen verhindern können.

Die Redaktion


INHALT
4. WACKERSDORF: Kritik einer Studie "WAA und regionale Entwicklung, die im Auftrag der GRÜNEN erstellt wurde.
7. WACKERSDORF: Interview zum Verhältnis Oberpfälzer Bevölkerung zu den Autonomen aus den Städten
10. ILPEN: Der italienische Energieplan
14. REGIONALTEIL FRANKFURT: Günter Sare - Die Erinnerung ist unsere Waffe
17. KURZES BRD
19. AUTONOME SANIS: "Unser Ziel ist, nicht gebraucht zu werden."
NR.23 4-86
20. KURZES INTERNATIONALES
24. Der SchwarzRoteKainKalenda: Die Macher berichten über ihr Werk
27. "HABERFELD": Selbstdarstellung der Gefangenenzeitung
28. REGIONALTEIL GÖTTINGEN: Wahlboykott, Gedanken zur Sozialen Revolution, Schwarze Hilfe
33. REGIONALTEIL DARMSTADT: Hausbesetzung, Uni-Wahlen, Atom-Kurzes
36. §166: Der Knüppel gegen Gotteslästerer
38. LESERBRIEFE
40. EINE BALLADE: Die Burg des schwärzlichroten Ritterordens
AKTION

Arbeitsplätze für die Oberpfalz

Eine Kritik des "Investitionsprogramms zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur verstärkten Verwendung regenerativer Energiequellen".

Auf der Veranstaltung "Arbeitsplätze für die Oberpfalz" am 21. Juni, stellten die Grünen die Studie "WAA und regionale Entwicklung" vor, die von Peter Ille und Monika Meusel im Auftrag des Landesverbands Bayern der Grünen im März 86 erstellt wurde.
Neben einer detaillierten Untersuchung der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes der Region Oberpfalz Nord und des Stellenwerts der WAA Wackersdorf für die Region wird in der Studie als Alternativmodell ein Förderprogramm zur verstärkten Nutzung einheimischer, regenerativer Energiequellen entwickelt. Hierbei handelt es sich um ein Investitionsförderprogramm, durch das Energie- und Einsparungstechniken wie Biomassenutzung (Biogas, Stroh, Holz), Sonnenenergie zur Warmwasserzeugung, Abwärmenutzung und Wärmedämmung durch Darlehen und Zuschüsse gefördert werden sollen. Das Fazit der Studie liest sich dann so: "Würden die 6 Mrd. DM, die die Wackersdorfer Anlage einmal kosten soll, in ein in dieser Studie beschriebenes Investitionsmodell zur Förderung von Energieeinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen fließen und ganz verbraucht werden, würden so über 10 Jahre hinweg 117.000 Menschen beschäftigt und insgesamt ca. 91,3 TWh pro Jahr an Energie substituiert werden können. Nach 1995 würden 112.200 Dauerarbeitsplätze geschaffen worden sein, die sich größtenteils durch die erzielten Energiekosteneinsparungen finanzieren (S.154)(2) Dem gegenübergestellt werden die 704 Arbeitsplätze beim Bau bzw. 1600 beim Betrieb der WAA (S.153), von denen maximal 1120 aus der Region sein werden (S.106): "Wir haben oben abzuschätzen versucht, wie groß die zu erwartenden Effekte der bei Wackersdorf geplanten WAA insgesammt und speziell für die Region Oberpfalz Nord sein werden. Nun helfen diese Zahlen allein unserer Meinung nach nicht allzusehr. Es ist unserer Meinung nach notwendig, einen Vergleich anbieten zu können, wieviele Arbeitsplätze, ebenfalls im Energiebereich durch alternative Investitionen erzielt werden können." (S.110)

Es gibt sicher viele gute Gründe, ein alternatives Energiekonzept zu propagieren und sich dafür einzusetzen, aber man stellt die Wirklichkeit absolut auf den Kopf, wenn man das wichtigste - und übrigens falsche - Argument der Technokraten dieser Industriegesellschaft **gegen** alternative Technologien selbst aufnimmt und daraus ein Plädoyer **für** ein alternatives Energiekonzept konstruiert: nämlich daß eben diese alternativen Technologien einen Haufen Arbeit machen, sogar viel mehr als die WAA, was in der Studie über zig Seiten versucht wird zu beweisen. Falsch ist dieses Argument aus zwei Gründen:



1. Alternative Techniken zur Energiegewinnung wurden von der Ökologiebewegung gerade deswegen gefordert, weil sie keine oder nur vergleichsweise geringe Schäden an der Umwelt hervorrufen, im Gegensatz zum Schadstoffausstoß, Freisetzung von radioaktiven Stoffen, Aufheizung der Umwelt durch Abwärme usw der herkömmlichen Technologien. Es würde damit gerade die Arbeit überflüssig werden, die heute dafür aufgewendet werden muß, um einmal verursachte Schäden wieder einigermaßen zu reparieren (medizinische Behandlung krankgemachter Menschen - Krebserkrankung durch Radioaktivität, Bronchialerkrankungen durch die Luftverschmutzung -, Wiederaufforstung vom Waldsterben geschädigter Gebiete...).
Der Absatzmarkt für "Umwelttechnologien", der in den diversen "ökologischen Umbauprogrammen" als die Wachstumsbranche für einen ökologisch erneuerten Kapitalismus entdeckt wird (vgl. z.B. das SPD-Programm Arbeit und Umwelt) würde durch die Durchsetzung von Technologien, die erst gar keine Schäden an der Umwelt produzieren, natürlich stark zusammenschrumpfen.



2.) Die Konzepte einer alternativen Energieversorgung sind in den 70er Jahren durch die Anti-AKW und Ökologiebewegung entwickelt worden und wurden anfangs stets im Zusammenhang mit einer Kritik an der Industriegesellschaft und ihrer Wachstumsideologie vorgebracht. So schreibt z.B. Otto Ulrich 1979: "Fügt man in diese Betrachtung noch ein, daß in der Übergangszeit gleichzeitig eine Zurücknahme des Industriesystems erfolgt, dann würden zusätzlich große Energieverbraucher stark reduziert werden: der Autoverkehr, die chemische Industrie, die industrialisierte Landwirtschaft und die hohe Güterproduktion, vor allem in der Form von Wegwerfprodukten. Damit würde auch für ein "behagliches Leben" nur ein Energieniveau notwendig sein, das auch in der Bundesrepublik spielend durch Sonnenenergie zu decken ist. Es würde damit vollends deutlich, daß die "Energiekrise" ein Produkt des Industriesystems ist und mit ihm verschwinden wird." (3) D.h., daß ein Bestandteil eines alternativen Energiekonzepts immer sein muß, die Energieverschwendung durch die Herstellung sinnloser oder sogar schädlicher Produkte zu stoppen, und sich gleichzeitig auch die dafür verschwendete Arbeit zu sparen.
Es ist eine Sache, unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit umzugehen, imdem man die politischen Forderung nach Verkürzung den Arbeitszeit und damit Verteilung der Arbeit auf Alle aufstellt. Es ist jedoch kein Argument für ein Programm, sondern eins dagegen, wenn damit Arbeit geschaffen wird. Gerade unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft, in der Arbeit immer mit Ausbeutung, Hierarchie im Betrieb, gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz etc. verbunden ist, geht es immer noch darum, für das Geld, das wir zum Leben brauchen, möglichst wenig arbeiten zu müssen. Wenn man diese Realitäten auf den Kopf stellt, indem man so tut, als sei Arbeit nicht ein notwendiges Übel, sondern an sich etwas Erstrebenswertes, gibt man die Möglichkeit auf, einen der grundlegendsten Widersprüche der bestehenden Gesellschaft zu kritisieren.
Es ist sicher notwendig, und insofern leistet auch die Studie einen Beitrag, ein möglichst konkretes und detailiertes Konzept aufzuzeigen über die Möglichkeit einer alternativen Energieversorgung für die Oberpfalz. An den Vorschlägen zur Durchsetzung dieses Konzepts zeigt sich jedoch die Aufgabe jeder Kritik an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen. So heißt es in der Studie: "Das hier vorgestellte Konzept (...) möchte ich als "Realutopie" bezeichnen. Utopie ist es deshalb,



weil ein solches Konzept nicht heutige bundesdeutsche Praxis ist; real erscheint mir die hier dargestellte Möglichkeit jedoch deshalb, weil sie in meinen Augen und wohl auch unter den politischen Rahmenbedingungen realisierbar ist. Zu seiner Verwirklichung bedarf es keiner Veränderung der vorhandenen Strukturen...."(S.115). "Als Organisationsform denke ich mir eine halbstaatliche Stelle, wie sie z.B. der Zweckverband 'regionale Entwicklung und Energie' darstellt. er ist ein 'Zusammenschluß einzelner Landkreise (Tischenreuth, Neustadt/ Waldnaab, Schwandorf) und der kreisfreien Stadt Weiden.... Unter der Leitung eines Geschäftsführers wären dann verschiedene Fachleute damit beschäftigt, Konzepte für die Nutzung der einzelnen Energietechniken auszuarbeiten und in die Praxis umzusetzen. Dazu sollten spezielle Angebots- und Nachfrageorientierte wirtschafts- politische Instrumente eingesetzt werden. Vor allem denke ich hier an die Verbreitung von Informationen." (S.115)

Anstatt durch die Organisierung einer breiten Bewegung durch die Bürgerinitiativen zu versuchen, ein alternatives Energiekonzept von unten politisch zu erzwingen, will man die Durchführung einer "halbstaatlichen Stelle" und 'verschiedenen Fachleuten' überlassen, die jedoch nach allen unseren Erfahrungen an einer wirklichen Änderung unserer Produktionsweise nach (basis-) demokratischen und ökologischen Gesichtspunkten nichts interessiert sind. Anstatt ein Konzept zu entwerfen in dem alle gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere auch die Energieversorgungsunternehmen und die Produktionsbetriebe für entsprechende Technologien über dezentrale rätedemokratische Strukturen von unten kontrolliert werden, und somit eine mögliche technologische Veränderung nur vom Willen der Menschen abhängig wäre, wollen die Autoren der Studie ja die heutigen politischen Rahmenbedingungen nicht kritisieren und zerbrechen sich deshalb auch den Kopf nicht so sehr darüber, ob ihr alternatives Energiekonzept gesamtgesellschaftlich wünschenswert, sondern ob es betriebswirtschaftlich rentabel ist. "Den Unternehmen müßte vermittelt werden, daß durch das durchzuführende Förderprogramm große Investitionen auf dem Gebiet regenerativer Energietechniken bevorstehen und daß sich deshalb betriebliche Investitionen und die Einstellung von Fachpersonal, die die Annahme einschlägiger Aufträge ermöglichen schnell rentieren werden." (S.116) Da man das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Unmöglichkeit der direkten demokratischen Einflußnahme von unten auf die einzelnen Betriebe als gegeben annimmt, braucht man den Staat der entsprechende finanzielle Anreize schaffen soll:" "Natürlich würde das Potential betriebswirtschaftlich sinnvoll zu nutzender regenerativer Energietechniken noch entschieden größer sein, wenn sich die energiepolitischen Rahmenbedingungen hin zu mehr Energieeinsparung und zur Substitution fossiler Energieträger verschieben würden. Voraussetzung dazu wäre jedoch die konsequente Verfolgung dieser Ziele durch die staatliche Energiepolitik, die heute jedoch nicht gegeben ist." (S.128) Weiter heißt es in der Studie "In diesem Zusammenhang möchte ich die Vorreiterrolle des Staates bei der Einführung der zu fördernden Techniken herausstellen." (S.116) "Bei einer staatlich verordneten Umorientierung der Energiepolitik mit dem vorrangigen Ziel der Primärenergieeinsparung und verstärkten Nutzung 'sanfter' Energiequellen wären z.B. die Rücklagen für die bei Wackersdorf geplante WAA und andere Großprojekte im Energiebereich sinnlos. Sie können durch das hier dargestellte Energieprogramm einer neuen Verwendung zugeführt werden." (S.117) Ausgerechnet vom Staat die Durchsetzung eines alternativen Energiekonzepts zu erwarten, heißt auf die zu vertrauen, die am wenigsten Interesse daran haben. Das heutige Konzept einer zentralisierten Energieversorgung mit wenigen Großkraftwerken ist die den Interessen einer staatlichen Bürokratie am besten angepaßte Variante, da sie am leichtesten zentral planbar und kontrollierbar ist. Es ist illusorisch zu glauben, die staatliche Bürokratie würde diese Machtstellung, die sie durch die Kontrolle einer zentralisierten Energieversorgung hat, freiwillig aufgeben. Aus den Erfahrungen der Anti-AKW- bzw. Ökologiebewegung kann man lernen, daß der Kampf für eine ökologische Veränderung immer auch ein Kampf gegen den staatlichen Gewaltapparat war, was wir zuletzt in Brokdorf



und Wackersdorf wieder deutlich vor Augen geführt bekamen.

Wenn wir schon jetzt, hier und heute eine Durchsetzung umwelt- und menschenfreundlicher Technologien, z.B. im Bereich der Energieversorgung erzwingen wollen, müssen wir uns im klaren sein, daß wir dabei nach wie vor im Widerspruch zu diesem Politischen und wirtschaftlichen System

stehen, dem es nicht um Bedürfnisbefriedigung, sondern um Profit und Machtstabilisierung geht. Eine konkrete Utopie, z.B. im Energiebereich ein detailliertes Energieversorgungskonzept für die Region Oberpfalz, hat eine wichtige Funktion, wenn sie aufzeigen kann, daß es nach den gegebenen technischen Möglichkeiten auch anders gehen kann. Dies würde uns helfen, mehr Menschen zu gewinnen,
um politischen Druck für ein solches Konzept solange zu verdrehen und umzuwursteln und uns den Kopf darüber zu zerbrechen, daß ein profitables Geschäft für irgendwelche Unternehmen dabei herauskommt, und die notwendige Kritik an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen beiseite zu schieben.
Wenn wir es schaffen, eine breite Bewegung für ein solches Konzept zu gewinnen, dann brauchen wir uns auch nicht mit Problemen beschäftigen die dann entstehen, wenn man ein Konzept von oben verordnen will: "Was nun die Nachfrageseite betrifft, so denke ich hier in erster Linie auch wieder an die Verbreitung von Informationen bis hin zu an Marketinginstrumenten ausgerichteter Schaffung von Nachfrage." (S.116) Vorhandene abschreckende Beispiele darüber was passiert, wenn Technokraten über alternative Technologien nachdenken, gibt es genug, z.B. das Debakel des GROWIAN (Große Windernergieanlage) oder die Konzepte über riesige Solarplantagen. Alternative Technologien waren immer auch ein Konzept, die technologische Basis einer Gesellschaft zu dezentralisieren und dem Erfahrungsbereich der Menschen zugänglicher zu machen, und stehen damit im Gegensatz zu den Herrschaftsinteressen von Staat und Kapital. Sie sind deshalb zu schade, sie den staatlichen Planern und irgendwelchen Experten zu überlassen, sondern sollten zum politischen Konzept einer unabhängigen außerparlamentarischen Basisbewegung werden.

(1)Peter Ille, Monika Meusel:Studie über die zu erwartenden Effekte der bei Wackersdorf in der Oberpfalz im Bau befindlichen Anlage zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstoffe nebst der Vorstellung eines Investitionsprogramms zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur verstärkten Verwendung regenerativer Energiequellen. Bayreuth, März 1986.
(2)Peter Ille, Monika Meusel: Studie...., a.a.O.,Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf diese Studie.
(3)Otto Ullrich: Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems. Rotbuch Verlag Berlin 1979, S.144



Dokumentation einer uns zugeschickten Erklärung

Wenn's um Geld geht

APARTHEID ERZEUGT WIDERSTAND.
WIDERSTAND MUSS IM BLUT ERSTICKT WERDEN.
DAS KOSTET GELD: FÜR WAFFEN, MUNITION,
FAHRZEUGE, GEFÄNGNISSE. SEIT 15 JAHREN IST DER
MILITÄRETAT SÜDAFRIKAS UM DAS 70-FACHE
GESTIEGEN. WIR, IHRE BANK, STEHEN MÖRDERN UND
RASSISTEN WIE EH UND JE HILFREICH ZUR SEITE.
MIT IHREM GELD!

KREDITE AN SÜDAFRIKA:
Dresdner Bank : 1,2 MRD.
Deutsche Bank : 780 MIO.
COMMERZBANK : 450 MIO.

BOYKOTT
SABOTAGE
AKTIVE
SOLIDARITÄT

ERKLÄRUNG

Wir haben letztes Wochenende (25.-27.7.) eine Aktion gegen ca.20 hannoversche Filialen der Dresdner, Deutschen und Commerzbank durchgeführt, 3 der größten Banken der BRD, die sich im Kreditgeschäft mit Südafrika besonders hervortun.
Aktionsziele waren: 1.Information an die Bankkunden über die dreckigen Geschäfte "ihrer" Geldinstitute.
2. Praktische Sabotage, möglichst hoher Sachschaden.
Zu diesen Zwecken haben wir Plakate zum Thema (Verkleinerung liegt bei) an die Scheiben der Filialen geklebt und dabei einen speziellen Kleister verwendet, der sich nach dem Trocknen von Glas nicht mehr entfernen läßt. Damit stellen wir sie vor die Alternative: Plakate dranlassen oder Scheiben auswechseln. Zusätzlich haben wir die Türschlösser durch Einspritzen von "Kaltmetall" unbrauchbar gemacht.
Wenn wir versuchen Solidarität zu praktizieren, haben wir nichts mit jenen gemein, die meinen, durch "Sanktionen" das Botha-Regime zu "Reformen" bewegen zu müssen.
Die weitsichtigeren Teile des westlichen Kapitals und seiner politischer Repräsentanten haben längst erkannt, daß der weitere Bestand der Apartheid, einer überholten OFFEN rassistischen Form von Kolonialismus, auf Dauer zu ihrer sozialrevolutionären Beseitigung führen kann, inklusive Beseitigung des Kapitalismus in Südafrika. Damit ginge für sie ein Land flöten, das wirtschaftlich das wichtigste Handelspartner- und "Investitions"land Afrikas und strategisch das militärisch hochgerüstetste afrikanische "Bollwerk gegen den Kommunismus" darstellt.
IHRE "Lösung" heißt: ein paar eingekaufte, kollaborationswillige Schwarze in die Regierung, die restlichen dürfen als "gleichberechtigte" Staatsbürger in Bergwerken knechten oder formal "gleichgestellte" Massas bedienen, oder in ihren Gettos hungern.
Wirkliche, endgültige Befreiung wird es nur in einem weltweiten revolutionären Prozeß geben, der die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen in allen ihren Formen, ob sie sich nun "demokratisch", "kommunistisch" oder sonstwie nennen, einschließt.
Deshalb ist der Kampf der revolutionären Schwarzen Südafrikas auch unser Kampf, ein Kampf gegen dieselben Feinde.
Die Zerschlagung des Kolonialismus in Südafrika und anderswo ist eine Etappe darin.

ANARCHISTINNEN
UND ANARCHISTEN



ABGUN eine Zeitung von persischen Anarchisten in der BRD. Probeexemplar für 2,50 in Briefmarken anfordern!

Postlagerkarte A 026 018
5000 Köln 41

Abos an:
Postscheckkonto 232491-508
Pscha. Köln
(Peter Walter)
Stichwort "ABGUN".

ZUM VERHÄLTNIS OBERPFÄLZER BEVÖLKERUNG - AUTONOME AUS DEN STÄDTEN



Pfingsten waren wir alle total angetörnt von dem Verhalten der Oberpfälzer Bevölkerung. Sehr schnell kam die Frage auf, wie es zu so einer schnellen Entwicklung bei ihnen kam? - Was hat sich da geändert?
Im folgenden wollen wir versuchen dem auf die Spur zu kommen.
Zuerst einmal die Einschätzung der Gegenseite, wieso der Standort der WAA dorthin kommen soll:
Ausschlaggebend für den Standort Wackersdorf waren - außer, daß er in Bayern liegt - die Vorteile der Region. Wackersdorf liegt sehr nahe am Ballungsgebiet Nürnberg/Erlangen (Siemens, KWU...) und ist über Autobahn Schnellstraßen gut zu erreichen. Darüber hinaus gibt es in Wackersdorf seit geraumer Zeit Industrie (Max-Hütte, Adler, eine Alu-Fabrik, Müllverbrennungsanlage, kleinere Fabriken, die für Nürnberger Großbetriebe produzieren). Diese Industrieansiedlung, die schon vor dem 2. Weltkrieg begonnen hatte, bedeutet auch, daß die Bevölkerung sehr durchmischt ist: Bauern, Arbeiter-/Arbeitslose, Mittelstand - eine Zusammensetzung, die in der bürgerlichen Wissenschaft für "soziale Verträglichkeit" steht.
Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Oberpfälzern und Autonomen Städtern:

A: Ich schlage vor, daß wir zuerst über den ersten Abschnitt, bis zur Bauplatzbesetzung im Winter '85, reden. Ich sage erster Abschnitt, weil bis dahin die Bevölkerung sehr passiv war und bei den Aktionen nur zugeschaut hat.

B: Passiv? Ich habe gehört, die BI-Schwandorf hat um die 6000 Mitglieder. Was haben die 6000 zu bedeuten? Bei einer Kleinstadt wie Schwandorf sind das doch ne ganze Menge.
A: Ja, aber die Zahl 6000 sagt erstmal nichts aus, denn die meisten sind nur Karteileichen. Bei BI-Sitzungen sind nur zwischen 80 und 100 da. Die BI ist hierarchisch strukturiert. Es gibt den Vorstand, der hauptsächlich aus Grünen und SPD'lern sich zusammensetzt, und der über das Vorgehen der BI bestimmt. Wie die sich zur Bewegung verhält, darüber können wir später noch reden.
B: Wann sind die ersten Städter gekommen, und wie hat die Bevölkerung reagiert?

A: Zuerst waren die Leute skeptisch und ängstlich. Schließlich wurden ihnen in den Medien dauernd etwas von Reisechaoten oder Terroristen erzählt. Da ist es schon zum Beispiel vorgekommen, daß Leute uns im Wald aus dem Weg gegangen sind, weil sie Angst hatten. Das hat sich aber stark geändert.
B: Wann hat die Veränderung angefangen?
A: Bei der Platzbesetzung vor Weihnachten '85 etwa. Sie haben gesehen, daß die Chaoten anfangen Hütten zu bauen und fröhlich singen und saufen.
B: Das mit dem Hüttenbauen hat doch nicht so reibungslos geklappt. War es nicht so, daß die Herren und Damen Autonomen gar nicht glaubten, daß sie auf den Platz kommen, und



daher das Werkzeug zum Hüttenbauen gar nicht da war?
A: Stimmt. Zuerst war es auch recht schwierig mit der Knollepetz (Bolzenschneider für nicht-Hessen) Hütten zu bauen. Aber, gerade Leute aus anderen Spektren haben angefangen Hütten zu bauen. Und die Einheimischen fingen an Essen und Werkzeug heranzuschaffen.
B: Die Einheimischen haben euch tatkräftig unterstützt. Wie waren deren Verhältnis zu den Bullen?
A: Die Bereitschaftsbullen sind was unfaßbares für die gewesen. Diese ewig langen Kolonnen von Wannen und anderen Einsatzfahrzeugen. Solche Divisionen haben die noch nie vorher gesehen. Sie kannten bis dahin nur ihre Dorfbullen. Deswegen hatten sie auch so einen Brass auf die. Vorher haben sie immer nur gehört es wäre kein Geld für Arbeitsplätze oder andere Sachen da und dann sehen sie diese Ausrüstung für Millionen. Trotzdem haben sie nicht den Zusammenhang zwischen den Dorfbullen und der Bereitschaftspolizei gesehen. Deswegen haben wir am Anfang darauf verzichtet die patroulliefahrenden Bullen im Wald anzugreifen.
B: Wie kommt es eigentlich, daß wenn du sagst, daß die meisten der BI-ler nur Karteileichen sind, dann doch so viele am Bauzaun waren und das Hüttendorf unterstützten?
A: Ja, das hat uns auch überrascht. Wir haben zuerst dauernd diskutiert: wie kriegen wir die Bevölkerung an den Bauzaun, aber dann waren die oft vor uns da. Mit der Militanz hatten sie dann keine Probleme. Teilweise gingen uns sogar die militaristischen Sprüche wie: "Sprengen müßt ihr das, nicht - Steine werfen", auf den Geist. Geärgert hat uns das vorallem, weil sie das Sprengen delegierten. Wenn wir sie fragten wieso sie denn das nicht selber täten kam ein Achselzucken.
B: Als ich Ostern mitgekriegt hab, wie die Bullen mediengerecht ein Steinwurf weit hinterm Bauzaun standen und daher die Steine wirkungslos waren hab ich mich gefragt: "Bleibt da nicht Resignation am Ende nur übrig, wenn selbst das was die Militanten machen keinen Sinn hat"?
A: Teilweise hast du recht. Aber die Steinwurfaktionen waren nicht das einzige was gelaufen ist. Sabotage gab es da auch schon, auch wenn manche Aktionen für den Arsch waren. Als zum Beispiel welche einen Strommast aus Holz umsägten, der nur zu einem Bauern ging.
B: Nach dem Ostercamp sollte das Pfingstcamp laufen. Die Vorbereitungstreffen waren bestimmt von den Folgen von Tschernobyl. Was wurde da diskutiert?

A: Ich fand es teilweise krass. Da wollten gar nicht so wenige das ganze abblasen, weil sie meinten, daß der Rasen verseucht sei, daß man nicht zelten könnte, und deswegen sollte das Camp auf Herbst verschoben werden. Außerdem waren Mütter mit Kindern von den Diskussionen deswegen ausgeschlossen. Krass ist die Position dann, wenn deswegen nichts mehr läuft. Widerstand ist die einzige Möglichkeit weitere Radioaktivität zu verhindern. Außerdem war zu dem Zeitpunkt auch schon klar, daß viele kommen werden. Mit dem Problem der verseuchten Wiese ist dann individualistisch umgegangen worden. Das heißt, die meisten Organisatoren, da sie auch Leute da unten schon länger kennen haben bei denen gepennt, andere sind mit Campingbussen gekommen oder haben einfach im Auto gepennt.

B: Ihr habt auf den Vorbereitungstreffen gesagt, daß das Pfingstcamp zum Austausch von Informationen, zu Diskussionen dienen sollte. Hat das geklappt?

A: Wir wollten Pfingsten eigentlich keine größere Randale machen, sondern über den weiteren Werdegang des Widerstandes gegen die WAA, aber auch über andere Punkte, wie die Organisierung in den Städten reden. Das Aktionswochenende sollte eine Woche später stattfinden.
B: Die Ereignisse haben euch überrollt?

A: Ja, genau. Auf einmal waren tausende da. Vermutet haben wir zwar das, aber nicht gewußt. Und die Bullen auch nicht. Wir haben wieder die Angst gehabt, daß die Bevölkerung abgeschreckt werden könnte. Aber, denkste! Die schleppten glatt die Mollies an, setzten sich Sturmhauben auf. Das kannten wir noch nicht mal von der Startbahn. Da ist uns keiner mehr aus dem Weg gegangen. Die sind auf uns zugekommen, obwohl wir Masken anhatten. Trotzdem muß ich mich fragen, ob die es inzwischen kapiert haben, daß es die gleichen sind, die im Wald Hütten bauen, Mollies werfen, Zäune sägen, wie die, die das in der Stadt tun. Manchmal bin ich mir da nicht so sicher.



B: Wie weit bringt ihr das rein? Wollt ihr z. B. Veranstaltungen zum Widerstand in der Stadt da unten machen?

A: An Veranstaltungen sind da bis jetzt welche über die Startbahn, eine zu G. Sonnenberg gelaufen. Uns ist die Idee gekommen, was zu den Landtagswahlen im Herbst zu machen. Wahlboykottplakate, die dann in der Oberpfalz geklebt werden sollten. Ein Problem aber ist, daß da die SPD sehr positiv eingeschätzt wird. Sie ist dort auch gegen die WAA. Wenn überhaupt, Plakate, dann müßten die Oberpfälzer das wollen und nicht, daß in der Stadt gedruckt wird und die Plakate dann einfach runtergebracht werden.

Eine andere Idee war, eine Prozeßkostenpartei zu gründen. Da es für jeden Wähler 5 DM gibt, könnte ne Menge Kohle reinkommen. Mit Wahlveranstaltungen könnte zusätzlich Geld gesammelt werden.

B: Nach dem bisherigen Gespräch habe ich das Gefühl, die Leute da unten haben weniger Interesse an politischer Agitation, sondern sind neugierig und handkräftiges gewohnt.

A: Ja, viele verstehen ohne großartige Erklärungen, wieso diese oder jene Firma gebrannt hat, oder ein Strommast umgekippt ist.

B: Wie ist denn jetzt das Verhältnis der BI-Schwandorf zu den Autonomen? Es gibt doch auch das BI-Büro. Ist das eine Hilfe?

A: Also teilweise läuft die Politik parallel und gegeneinander. Da werden z. B. sowohl auf dem besetzten Platz im Winter, als auch vom BI-Büro gleichzeitig Presseerklärungen abgegeben. Die BI ist hierarchischer geworden. Die Redeanträge müssen vor der nächsten Sitzung eingereicht werden.

B: Zum handfesten noch mal. Nach Pfingsten kommt Sommer. Was ist da geplant?

A: Wir haben z. B. vor, den Bauern, die wir kennen, beim Ernten zu helfen.

Freundeskreis Fröhliche Wacker



Für 5.- Schein + 1,- Porto bei der Redaktion.

werden kann, angezeigt. Der römische Amtsrichter Amendola hat Giorgio Nebbia als Gutachter bestimmt, den mensch schon von anderen Fällen her kennt.



Wir haben ihm Diagramme der Stromspeicherung von einem ganzen Jahr zur Verfügung gestellt - von dem Jahr, in dem die drei, vier berühmten Blackouts gewesen sind. Diese Diagramme zeigen, daß es überhaupt nicht wahr ist, daß die ENEL unter dem Niveau des an diesem Tagen verlangten Strombedarfs war. Die Tage, um die es ging, waren der 30. Dezember und die ersten Januartage. Es gab eine Produktion von ungefähr 33.000 Megawatt auf nationaler Ebene und einen Verbrauch von 29.000 Megawatt und daher eine Reserve von mehr als 3.000 Megawatt.

Wie die ENEL die Blackouts geschafft hat:

Das Öl ist nicht bei dem Kraftwerk Rossano angeliefert worden, das eines der größten Kraftwerke des Südens ist. Ähnlich war es auch bei dem großen Kraftwerk von Civitavecchia. Diese Ausfälle waren also tatsächlich beabsichtigt. Wir haben sogar entdeckt, daß es in der Umgebung von Latina, in der Industriezone eine Anordnung gab, die cordelli selezionatori abzuschalten, was eine Provokation war.

Wir fragen uns, wo diese Erpressungen - Italien im Dunkel; die Dusche nicht benutzten zu können, wann es uns paßt oder kapitalistische Aufteilung der Arbeit und internationaler Druck - enden werden? Und wir fragen uns, dient uns soviel Energie?

ROMA

NAPOLI

Seit einigen Jahren gibt es in Italien eine Bewegung, die gegen das Energieprogramm kämpft. AKW's nehmen da nicht so einen großen Platz ein als bei uns. So wird auch gegen die Umweltzerstörung durch Kohlekraftwerke gekämpft. Es wird der Zusammenhang zwischen internationalem Kapital, NATO und dem Energieplan gesehen. Einer der Hauptwidersacher der Bewegung ist die italienische kommunistische Partei (PCI), die auf nationaler Ebene dem Energieplan der ENEL (staatliche Energiegesellschaft) im Parlament zustimmt und auf lokaler oder regionaler Ebene versucht, die dagegen kämpfende Bewegung zu leiten und zu manipulieren.

Wie die ENEL Voraussetzungen für den Energieplan schafft

Was wir jetzt hören werden, ist ein Interview mit einem Genossen von der autonomen Betriebsgruppe bei der ENEL:

Was die ENEL sich in den letzten vier Jahren ausgedacht hat, um die Bevölkerung einzuschüchtern, war psychologische Kriegsführung. So riet sie den Leuten: Haltet euch von den Aufzügen zwischen 10 und 12 Uhr, der kritischen Zeit, fern; laßt im Kühlschrank keine tiefgefrorenen Sachen; duscht euch schnell, bevor das Wasser kalt wird. Das ging soweit, daß vor drei Jahren, sozusagen als Beweis für die Stromknappheit, der Strom landesweit einige Male ausfiel. Deswegen hat eine Gruppe von Rechtsanwälten aus Rom die ENEL wegen Beiseiteschaffen von Energie, damit die Strompreiserhöhung gerechtfertigt

Anschlag auf italienische Atomforschungsbehörde

BOLOGNA, 13. August (AP). Auf das Gebäude der staatlichen italienischen Atomforschungsbehörde (Enea) in Bologna ist am Mittwoch ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Nach Angaben der Polizei entstand bei der Explosion des Sprengsatzes geringer Sachschaden. In einem Telefonanruf bei der italienischen Nachrichtenagentur Ansa hat sich ein Mann im Namen einer „Kommunistischen Gruppe" zu dem Sprengstoffanschlag bekannt. Der anonyme Anrufer kündigte weitere Anschläge an, falls die italienische Regierung nicht die Atomkraftwerke des Landes stillege.

1982/83 gab es Millionen Stunden Kurzarbeit in Italien, die Statistiken sprechen von 3 Millionen Arbeitslosen, die Fabriken schließen. In den letzten fünf Jahren sank der Konsum der ENEL um 8%. Es ist also nicht die Tendenz der Verdoppelung, die die

Regio

Techniker der ENEL Anfang der 60ger Jahre prognostiziert haben (alle 10 Jahre Verdoppelung). Falsche Annahme, sogar das Gegenteil ist der Fall. Der Konsum verringert sich, vielleicht auch weil der Strom saumäßig viel kostet. Auch die Industrie hat eine andere Richtung eingeschlagen, weil es eine Restukturierung der Fabriken bzw. eine Schließung der Fabriken gibt.
Wem dient dieser Energieplan, der in jeder Regierung, die entsteht oder auseinanderfällt, immer einer der wichtigsten Punkte ist?
Da wir lesen, uns viel umschauen, die Resultate des Verwaltungsrates von 1982 kennen, denken wir, daß oft mit großen Worten ein bestimmter Zyklus eingeleitet wird und die Nützlichkeit der Ziele gepriesen werden usw. und wir entdecken dann nach 10 Jahren, wie z.B. bei dem Chemie-Zyklus, bei dem Chemie-Boom in Sardinien, daß sie nur das Ziel haben, das Prestige von einigen Industriegruppen, Politikern, Parteien zu vergrößern.

DAS THERMO-ELEKTRISCHE KOHLE-KRAFTWERK VON FUSINA (MESTRE - VENEDIG)

Das thermo-elektrische Kraftwerk Fusina entstand 1968 als kleines Öl-Kraftwerk mit nur zwei Brennern. 1977 wird es vollkommen restrukturiert. Heute gibt es vier Brenner mit insgesamt fast 1.000 Megawatt und es arbeitet mit Kohle.
In jedem Jahr werden in diesem Kraftwerk mehr als 1,7 Mio Tonnen Kohle verbrannt. Der größte Teil dieser Kohle kommt aus den USA. Diese Kohle hat einen sehr hohen Vergiftungsgrad. Jedes Jahr werden aus dem Kraftwerk mehr als 40.000 Tonnen Kohlenstaub in die Luft geschleudert und mindestens ebensoviele Tonnen Schwefel (in einer feuchten Zone wie Lagune verbindet sich Schwefel und wird zu Schwefelsäure). Das wissen alle Einwohner von Mestre und die Autokarosserien, die nicht in der Garage stehen, halten nicht lange.
Außer der Verschmutzung der äußeren Umgebung ist auch die Arbeit im Inneren des Kraftwerkes lebensgefährdend. Die Einrichtungen sind für die Verbrennung von Öl vorgesehen gewesen. Der Kohlestaub bedeckt jetzt jeden Tag die Arbeiter in der Nähe der Heizkessel.
Eine Vorrichtung, die die ENEL nie vorgesehen hat, sind elektrostatische Filter, die die Verschmutzung verhindern könnte. Von 1977 bis 1980 wurde das Kraftwerk nicht ernsthaft gewartet.

DIE ITALIENISCHEN AKW'S

In den 60ger Jahren werden die ersten AKW's angeschlossen:
- in Trino Vercellese (Nähe Turin) von der privaten Gesellschaft der Edison-Gruppe (Cise)
- in Garigliano (Nähe Neapel) von der IRI
- in Latina (Nähe Rom) von der Eni-Gruppe

Diese drei Reaktoren wurden von der General Electric, von dem heutigen NRN (Nationales Komitee zur nuklearen Forschung) bestellt.
1968 beschließt die ENEL ein viertes AKW, das von Caorso (Nähe Mailand), welches 1978 fertiggestellt wurde mit einer Leistung von 800 Megawatt. 1975 präsentiert der Industrieminister Donat Cattin das Atomprogramm. Es beinhaltet 20 Bestellungen von AKW's mit insgesamt 20.000 Megawatt Leistung und mit 20.000 Milliarden Lire Kosten (=29 Milliarden DM), von denen:
- 4 bereits 1974 bestellt wurden (2 in Montalto di Castro - Nähe Rom - und 2 in Molise)
- 8 bestellt
- 8 bis 1977 beschlossen
- und alle bis 1985 koordiniert und in dem Jahr auch angeschlossen werden sollen.

Der staatliche Energieplan (Pen) wurde am 5.10.77 mit deutlich geringerem Umfang im Regierungsitz Montecitorio verabschiedet: die Anzahl der AKW's sinkt von 20 auf 8, von denen 4 bereits 1974 bestellt wurden.
Am 11. November 1981 (also drei Jahre nach der Fertigstellung!) wird erst der äußere Notplan für den BWR von Caorso aufgestellt!
Laut dem neusten Plan, 20 Tage nach Tschernobyl nochmal von allen Regierungsparteien und der PCI bestätigt, sollen jetzt 7 AKW's gekauft werden: Trino Vercellese, Viadana (Mantova), Carovigno (Pullien), Cavarzere (Venedig), Sizilien, Basailicata und Kampanien.


AKW VON CAORSO

WIE SICH DER HEUTIGE STROMPREIS ZUSAMMENSETZT

Die Kosten der 800/1.000 Megawatt AKW's beliefen sich bis 1977 auf 2.000 Milliarden Lire. Heute sind es 5.000 Milliarden Lire (Montalto di Castro hat bis heute schon 5.000 Milliarden gekostet und am Ende werden es 10.000 Milliarden sein).
Bei einer Betriebserwartung von 20 Jahren kostet es pro Jahr 250 Milliarden Lire. Dazu kommen die ca. 100 Tage, an denen es abgeschaltet ist, weitere 100 Milliarden Lire Verlust, ohne die Reparaturkosten. Weitere Kosten: 80 Dollar pro Kilo Uran. 40000 braucht ein AKW. Dann die Fachkräfte, die Mediziner usw. Dann die Lagerung des radioaktiven Mülls und am Ende der Abbau der Anlage, weitere 100 Milliarden Lire.
Insgesamt kommen wir zum Ergebnis, daß eine Kilowattstunde 82 - 85 Lire kostet.
Genausoviel will die ENEL jetzt!

DIE ALTERNATIVEN

Es gibt andere Energiequellen: Gas in großen Mengen, eolische Energie, die laut einer Untersuchung der CNR neunmal soviel Energie produzieren könnte, wie zur Zeit gebraucht wird, Wasserenergie, die alleine den heutigen durch AKW's produzierten Strom ersetzen könnte, die Sonnenenergie und als letztes ein Reihe von Energiesparmaßnahmen.

CAORSO

Einen Monat nach dem Unfall von Tschernobyl geht eine Rohrleitung der Klasse A kaputt. Die Gesamtanlage wird abgeschaltet. Die Gewerkschaften und die PCI schweigen lieber. Dieser und andere Unfälle sind keine Zufälle. Sie gehören zum Normalbetrieb eines AKW's.
Es folgt jetzt ein Interview mit zwei Arbeitern aus dem AKW von Caorso:
F: Also, du als Arbeiter eines AKW's sagst, daß es nicht sicher sei?
A: Ja.
F: Und auch nicht modern?
A: Sicher. Wir hängen total von den USA ab. In den letzten Jahren langte ein Streik am Flughafen, so daß die amerikanischen Techniker nicht ankommen konnten, um bestimmte Arbeiten zu erledigen, und die Anlage stand still. All die Unfälle geschehen, weil während der Konstruktion ein wahnsinniges System des Subunternehmertums angewandt wurde. Wir sind heute bei der zwanzigsten Stufe der Weitergabe angekommen. Klarerweise war da niemand besonders um die 'Verfolgung der Arbeit' besorgt. Von einer Weitergabe zur nächsten Weitergabe unterbezahlter Arbeit. Mensch kann sich leicht vorstellen wie das Ergebnis wird!
Am 13. Februar gab es eine Unfall der dem vor wenigen Tagen sehr ähnlich ist. Ein Kabel, das die Spannung zum Auslaßventil des Primärkreislaufes bringt, ist kaputtgegangen. Die Be-

schädigung dieses Kabels, das sicherlich falsch verlegt war, hat die Öffnung des Ventils und gewissen Austritt verursacht. Nach dem letzten Unfall mußte die Anlage für sechs Monate geschlossen werden.

F: Gibt es jetzt bei den Arbeiter/inne/n ein größeres Bewußtsein?

A: Leider gibt es noch nicht einmal ein Alarmsystem unter den Arbeiter/innen. Vielleicht auch, weil sie vorher ausgewählt wurden. Einige fangen an, sich zu interessieren.

F: Und die Bevölkerung?

A: Sie ist ruhig. Wir haben mit den Grünen gemeinsam eine Versammlung organisiert. Aber es ist nicht auf viel Interesse gestossen. Die DP hat eine Demo organisiert und es sind immerhin etwa 2000 Leute gekommen.

F: Wollt ihr, daß Caorso sofort geschlossen wird?

A: Ja, weil die Gefahr schon von der Konstruktion herstammt. Ich habe daran mitgearbeitet und unglaubliche Sachen gesehen. Die meisten, die hier jetzt arbeiten, kamen erst nach der Fertigstellung. Sie sind mittels einer politischen Auswahl eingestellt worden und nicht mittels ihrer technischen Fähigkeiten.

F: Können die Kämpfe draußen deiner Meinung nach Erfolg haben?

A: Für die Bevölkerung von Caorso kann die Organisierung eines Zeltlagers und einer Blockade einen guten Effekt haben, aber unter den Arbeiter/inne/n im AKW wird es zwischen denen, die das AKW blockieren und denen, die weiterarbeiten wollen, eine große Auseinandersetzung geben. Genauso wie es in Montalto di Castro läuft. Hier sind 350 bei der ENEL und 200 bei Subunternehmer angestellt, die ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen. Die Bevölkerung ist aufgeschlossener. Die Leute erleiden eine passive Angst, aber würden vielleicht eine Initiative unterstützen. Große Teile der Bevölkerung sind verunsichert, weil die ENEL für das enteignete Land, für Arbeitsplätze, für die Sicherheit Geld versprochen hatte. Heute jedoch gibt es kein Geld (die Zahlungen sind im Rückstand), keine Sicherheit und die Beschäftigung ist eine Unterbeschäftigung. Die Verträge werden nur für einen Monat, für Dekontaminierungsarbeiten, in Handarbeit die Ventile öffnen, die Fässer leeren usw., ausgestellt.



"WIR SIND BÖSE, WIR ESSEN AUCH RADIOAKTIVE HÜHNER"

F: Die berühmten Fässer, die auf dem Platz des AKW abgestellt sind?

A: Es sind ungefähr 14.000 Fässer, von denen bereits 1000 an die BRD gegangen sind. Heute gibt es Ärger mit den Deutschen, weil sie einen Weg suchen, den radioaktiven Müll zu verbrennen und die ENEL ihre Behälter mit Spezialklebstoff und außerdem naß schickt. Die Deutschen wollen sie aber trocken und ohne Klebstoff. Gut, diese Arbeit muß mit der Hand gemacht werden und so wird das Personal gratis radioaktiv verseucht. Das Personal müßte eigentlich von der ENEL sein, aber tatsächlich ist es Aufgabe der Subunternehmer geworden, die gezwungen sind, in drei mal drei Monaten fertig zu werden, weil die Maschinen vielleicht kaputt sind. Wer sich weigert bekommt seinen dreimonatigen Vertrag nicht verlängert. Ich persönlich bin mit 29 anderen verseucht worden, doch im Gegensatz zu den anderen sind mir die Augen aufgegangen.

F: Hoffen die Leute von Caorso auf einen Arbeitsplatz?

A: In diesem Punkt ist die Gemeinde Caorso von der ENEL betrogen worden. Sie haben von überallher Leute angestellt nur nicht von Caorso. Sie haben ein Lager angelegt, das bis 1990 von 500 auf 2100 Brennelemente anwachsen wird. Somit hat die ENEL auch die lokalen Elektizitätsgesellschaften betrogen, die nur Produktion von Energie und nicht Lagerung gefordert hatte. Dagegen wird kaum Energie produziert und das AKW ist eine riesige Mülldeponie, voller Plutonium, das hochradioaktiv ist. Morandi hat in einem TV-Interview gesagt, daß die Fässer sich auf einem überwachten Gelände sich befinden würden, ohne aber hinzuzufügen, daß sie im Freien stehen und nur mit einem Schild "überwachtes Gelände" versehen sind. Und wenn ein Faß beschädigt wird, müssen viele Quadratmeter Erde drumherum abgetragen werden, damit das Grundwasser nicht verseucht wird. Es langt ein Funke, der ein oder zwei Fässer zerstört und dann kann das keiner mehr kontrollieren. Es sind 'bloß' 14.000 Fässer.

F: Nach Tschernobyl können die Anlagen hier ruhig Radioaktivität ausströmen lassen und es dann auf Tschernobyl schieben.

A: Ja. In Caorso wurden radioaktive Austritte ständig ans Licht gebracht. In Piacenza hat sich was bewegt, weil jemand bemerkt hatte, daß Cäsium in der Luft ist und in kleinen Mengen ständig von einem AKW radioaktive Isotope ausgestossen werden. Es gibt nur das prähistorische Gesetz von 1964, als jeder, alles was er wollte, in die Luft ablassen konnte.

F: Wie benehmen sich die ENEL und die ENEA im Falle einer Konataminierung von Arbeiter/inne/n?

A: Verharmlost es und gibt eine Entschädigung von 40.000 Lire (60 DM) den betroffenen Arbeiter/inne/n als Risikofaktor! Diese Entschädigung wird vor allem bei Subunternehmen angewandt, in denen die Arbeiter/innen zu 'Einweg'arbeiter/innen werden, weil erkrankte Arbeiter/innen zu Hause gelassen werden. Ohne zu erwähnen, daß im Falle eines Unfalls, vor allem während Instandsetzungen, um mal einen Einblick in die 'Effektivität' zu geben, sie die Subunternehmen zu 24-Stunden-Schichten zwingen, mit eienm Personal, das auch 16 Stunden am Tag arbeiten muß. Das alles, um die Anlagen zu dem angesetzten Zeitpunkt wieder anschalten zu können, mit der logischen Konsequenz der oberflächlichen Arbeitsweise und den tödlichen letzten Schichten!



DER PEC - SCHNELLER BRÜTER - VON BRASIMONE

strategisches Element der Energieplanung der Regierung

Italien ist auch bei den schnellen Brütern mit von der Partie. Beim SPX - 1 von Malville hat die ENEL einen Anteil von 33%, während die EDF (staatliche französische Elektizitätsgesellschaft) 51%, Belgien, Holland und die BRD zusammen 16% haben.

Für den schnellen Brüter in Brasimone (Toskana) sollen 1.750 Milliarden Lire ausgegeben werden. Begründet wird das, trotzalledem, mit der Offenhaltung der Option auf die Atomenergie.

In Wirklichkeit ist es eine strategische Frage des italienischen Imperialismus, um zu den 7 entwickeltsten Ländern zu gehören (wobei es eigentlich erst an 11. Stelle ist). Es ist kein Zufall, daß Italien bei dem Gipfeltreffen in Japan dabei war. Italien hat im Mittelmeerraum eine wichtige strategische Funktion. Es gibt in Europa 150 AKW's (auf der ganzen Welt cá. 300). Sie sind alle nach den Modellen oder in Lizenz von General Moters oder Westinghouse gebaut. 85% des gesamten Welturanabbaus wird von den Multis kontrolliert. Mit dieser Technologie wird die Reihe der Unfälle von Marghera bis Bophal gesteigert. Der schnelle Brüter von Creys-Malville ist nur einige hundert Kilometer von Turin entfernt. Die Kettenreaktion ist noch unkontrollierbarer.

Die Idee für den schnellen Brüter von Brasimone entstand in den 60ger Jahren als AKW PRO. Während das letztere fallen gelassen wurde, wurde die bereits aufgebaut Infrastruktur für den PEC benutzt. Nach zahlreichen Verzögerungen soll er jetzt 1987 fertig sein. So wird dieses Projekt der NIRA (ital. Hochtechnologiereaktoren) nach Jahren und Jahren mehr als 2.000 Milliarden Lire kosten. Was für eine Summe, wenn man bedenkt, daß damit noch keine Kilowattstunde produziert worden ist!
Von Anfang an ist der Standort schon bemerkenswert: am Ufer des künstlichen Sees von Brasimone. Deswegen mußte ein vollständiger Bachlauf betoniert werden. Außerdem mußten zahlreiche Anti-Erdbebenmaßnahmen getroffen werden und schließlich ist es noch ein schneereiches Gebiet.
Und das alles einzig und allein für die Forschung!

VIADANA

5000 Personen aus der Emilia Romagna und der Lombardei demonstrierten in Mantova gegen das geplante AKW von Viadana.
Die Emilia Romagna wird von der PCI regiert. Das einzige was ihnen zu Viadana einfällt ist: Pause zum Nachdenken und Erhöhung der Sicherheit. Deswegen wurden ihre und die Redner der anderen quasi Pro-Atomenergieparteien auf der Demo ausgepfiffen.

ROMA

Laut den Organisatoren sollte es eine "stille" Demo werden, um den Protest eines verseuchten Volkes auszudrücken. Jedoch wurden von Anfang an von verschiedenen Seiten Parolen gerufen: gegen den PEN, die PCI, die ENEL.
Die Grünen, die Democrazia Proletaria, oder die Jugendorganisationen der PCI, die FGCI wollten die Demo für sich beanspruchen. Unter den 100.000 befanden sich auch Gewerkschaftsbonzen, hohe PCI-Funktionäre, die so ihre Wähler bei Stimmung halten wollen. In dem Zug befanden sich aber auch Mittelschüler, Studenten, proletarische Gruppen und Basisinitiativen, die gegen das neue Finanzgesetz, die NATO, gegen das Atomprogramm demonstrieren, ca 8.000. Eine Gruppe schert aus und mit einer kurzen Arbeit entglasten sie das Gebäude der ENEL und ENEA. Sie kehrten zurück und bekamen dann die Provokationen der Bullen vor der Parteizentrale der Christdemokraten mit, die sogleich mit Steinwürfen beantwortet wurden. Ein Verhalten, das klar macht, daß der Kampf das einzige Mittel ist gegen den Energieplan und seinen Beteiligten und für die Natur und bessere Lebensbedingungen.

TRINO VERCELLESE

Am 11. Mai marschierten etwa 30.000 Personen in Richtung des Baugeländes. Ein Marsch von 12km, wie im letzten Jahr ohne Inhalte, von der PCI organisiert, die den Bau noch mitverabschiedet hatte. So wollten sie alle auch nicht, daß die Genoss/inn/en mitliefen. Trotzdem verschafften sich etwa 400 Genoss/inn/en aus der Lombardei Zutritt. An der Straße zum AKW machten sie eine Kundgebung und forderten zur Blockade auf. Etwa 1.000 Genoss/inn/en folgten dem Aufruf, überwanden die Polizeisperren und blockierten die Straße. Danach kehrten sie nach Trino zurück und organisierten eine Diskussion zu dem vorhergemachten Vorschlag.

CAVARZERE

Das elende Doppelspiel der PCI und der Sozialisten: Auf der Demo sollten nur die Parteien reden dürfen. "Die Autonomen sind eine Bande von Provokateuren". Während der Kundgebung, als der Bürgermeister von Cavarzere von dem Bau des AKW's in 'seiner' Region redete, wurden Genoss/inn/en, unter dem Applaus der PCI auf der Bühne, von den Bullen brutal zusammengeschlagen. Einer blieb über eine Woche im Knast und eine Genossin landete schwerverletzt im Krankenhaus. Trotzdem wurde die Rednertribüne besetzt und verschiedene ökologische Gruppen haben sich von der PCI-Kundgebung distanziert. Die Grünen zogen sich erst kurz vor der Demo von den Organisatoren zurück.
Falsche AKW-Gegener raus aus der Bewegung!
Coordinamento Antinucleare - Antimilitarista Veneto



DIE VERSCHIEDENEN VOLKSBEGEHRENVORSCHLÄGE

Die Bevölkerung hat nicht wirklich das Wort. Sie darf nur zwischen verschiedenen Veränderungen wählen. Die verschiedenen Vorschläge:
Die zwei ersten beziehen sich auf das Gesetz Nr. 8 vom 10.1.1963. Sie wollen einen Artikel verändern und dadurch statt der CIPE (interministeriales Komitee zur Wirtschaftsentwicklung) soll direkt der Minister der Industrie entscheiden,d.h. die Regierung, das Parlament. Das zweite bezieht sich darauf, daß zentral über Standorte entschieden wird, aber die Kosten die Regionen tragen müssen. Das dritte will die Abschaffung des Gesetzes Nr. 856 vom 18.12.1973, in dem steht, daß Italien an ausländischen Nuklearprojekte, die nicht unbedingt Energie produzieren, sich in Italien beteiligt. Damit soll die Versuchsanlage von Brasimone geschlossen werden.
Die Übertragung der Entscheidungsgewalt von der CIPE zur Regierung bringt nichts; denn was soll sich da ändern, wo das staatliche Energieprogramm der ENEL beschlossen wurde? Alle drei Vorschläge haben gemeinsam, daß sie sich auf den langen Marsch durch die Institutionen begeben, nur gegen die Randerscheinungen aber nicht gegen die AKW's überhaupt sind, Kräfte abzieht und außerdem noch mindestens 400 Millionen Lire (500.000 DM) kosten.

WAS STRAHLT NOCH ALLES RADIOAKTIV IN UND UM ITALIEN?

Seit dem zweiten Weltkrieg ist Bagnoli (Neapel) der Sitz des Südeuropa Kommandos der NATO. Es ist der größte NATO-Hafen im Mittelmeerraum.
Diesen Hafen laufen alle Kriegschiffe an, die mit Atomreaktoren betrieben werden. Sie haben eine Leistung von mehr als 400 Megawatt, was das doppelte von Garigliano I ist. Die radioaktiven Abfälle werden ins Mittelmeer geworfen.
Lang nicht so große Mengen Radioaktivität strahlen die radioaktiv bestrahlten Lebensmittel und die inzwischen in vielen Büros installierten radioaktiven Rauchmeßgeräte ab.

Quellen: Umanita Nova 8.6. und 15.6.86
Rivista A Juni/Juli 86
Autonomia 36, Juni 86
Video-Film "Porto Marghera"
Corriere della Sera 8.,9.5.86
und verschiedene Flugblätter

Weiter Informationen zu Italien bekommt ihr beim ID Frankfurt. Solltet ihr Infos zu Italien haben, schickt sie oder bringt sie vorbei. Falls ihr Interesse habt, mitzuarbeiten, seid ihr herzlichst willkommen.
Italienisch Kentnisse?!

Günter Sare – Die Erinnerung ist unsere Waffe

28. 09. 1985

Bald ist es ein Jahr her, daß Günther Saré unter den Rädern eines Wasserwerfers der Hessischen Polizei starb. Es gilt, die Erinnerung daran wach zu halten. Denn eine unserer wirkungsvollsten Waffen ist die Erinnerung. Es wird nichts vergessen!

Justizmühle

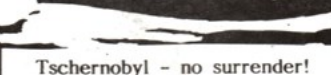
Nach langen "Ermittlungen" der Staatsanwaltschaft wird es voraussichtlich eine Klage gegen den Fahrer und den Kommandanten des Wasserwerfers geben wegen "fahrlässiger Tötung". Die Mühlen der Justiz mahlen langsam. Makabres Staatstheater! Staatsdiener werden über Statsdiener zu Gericht sitzen, nach Paragraphen Recht sprechen, die dem Schutz der herrschenden Ordnung dienen. Nur wer an die Mähr von der Unabhängigkeit der Gerichte glaubt, mag immer noch auf Gerechtigkeit hoffen. Doch Gerechtigkeit kommt von keinem Gericht, keinem Richter. Wir müssen sie uns immer wieder erkämpfen.

Protest und Staatsgewalt

Es ist viel passiert seit jenem Herbst 1985, als nach Günthers Tod bundesweit in vielen Städten protestiert wurde. Und manche bekamen die Antwort der Justiz und der Bullen zu spüren, wurden zusammengeschlagen, verhaftet oder mit Gerichtsverfahren bedient. Doch die Geschichte trauert nur kurz über einen Toten, und die bewegten Ereignisse danach verdeckten bald den traurigen Tod im Frankfurter Gallusviertel.

Wackersdorf, für einen Teil der radikalen Linken ein Schwerpunkt der Politik, konfrontierte uns und die Mächtigen mit einer neuen Qualität des Widerstandes. Noch vor Tschernobyl deutete sich an, daß die Oberpfälzer Bevölkerung zunehmend aktiv wurde, daß sich Zusammenhänge mit den "Auswärtigen" bildeten, daß bald massive Behinderungen, Störungen des Baus der Atomanlage möglich wurden, daß die Militanz der Aktionen die gesamte Bewegung stärkte.

Doch der Staat reagierte. Aus der anfänglichen Taktik der "flexible response" - bürgernah und freundlich zu den Einheimischen, hart und durchgreifend gegen "Auswärtige" - wurde eine Strategie der verbrannten bzw. vergasten Erde. Wie zu Pfingsten wurden unterschiedslos Demonstranten verprügelt, mit Granaten beschossen, von Wasserwefern mit CS-Gas angereichertem Wasser durchnäßt.



Tschernobyl - no surrender!

Tschernobyl hat die Auseinandersetzungen noch um einen Dreh verschärft. Das zur Gewalt bereite Potential sei auf mehrere Tausend angewachsen, warnen die Staatsschützer. Und da heißt es: zuschlagen! Es gab Schwerverletzte. Nur durch Zufall hat der Bullenaparat keinen weiteren Menschen zu Tode geschunden.

Die Atom-Demos haben uns die Verhältnisse dieser Gesellschaft wieder als das offenbart, was sie im Kern sind: Gewaltverhältnisse. Das Gewaltmonopol des Staates ist vor allem die Gewalt der Monopole, die Macht der Banken und Konzerne.

Schon hat die Bayrische CS-Regierung Schweizer Gummischrot eingekauft, erhält der Bundesgrenzschutz 1000 neue Stellen, werden weitere Großwasserwerfer angeschafft, wird militärische Aufrüstung betrieben. Die Bullenstrategie hat sich verändert. Umzingelung, Einkesselung ganzer Demos, Massenverhaftungen, flächendeckender Gewaltmitteleinsatz, Distanzwaffen. Die Polizei übernehme heute Aufgaben der Landesverteidigung, so Franz Josef Strauß, und es gehe gegen einen inneren Feind. Dessen Liquidierung bereits auf dem "Schlachtfeld" wird vorbereitet.

Nach Tschernobyl schien die sowjetische Atomwolke die politische Landschaft der BRD zu verändern. Hilflose Administration, monotones Durchhalte-Gestammel der Politiker, Verunsicherung der Bevölkerung. Und Die Grünen rieben sich schon bei jedem Bequrel--Höchstwert die Hände. Doch die Niedersachsenwahl bestätigte den strahlenden Prinzen Albrecht, und die so unerwartet zu neuem Leben erwachte Anti-AKW-Bewegung scheint, der Halbwertzeit des kurzlebigen Jod 131 folgend, wieder zu zerfallen.

Autonomes Sonthofen?

Auch wir sollten erkennen, daß wir nicht auf ein "autonomes Sonthofen" setzen können, mit der Hoffnung, wenn alles nur schlimm genug werde für die Bevölkerung, dann stehe der Umsturz kurz bevor. Nein. Angst, Verunsicherung, Betroffenheit mündet nicht von selbst in Empörung, Gegenwehr, politisches Handeln. Ein Super-GAU bei uns? Das könnte zur entgültigen Dikatatur des Geigerzählers führen. Angst kann eine mächtige Stütze von Autorität und des Statusquo sein.

Das Umsetzen von Krisen, gesellschaftlichen Brüchen in systemsprengendes Handeln braucht Vorbereitung, braucht eine kontinuierliche Aufstandstradition, braucht Erfahrung der eigenen Stärke, die Fähigkeit zur Planung und Organisation, zu Eigenständigkeit, benötigt den Keim einer neuen Gesellschaft im Schoße der alten!

Was hat das mit Günther Sarê zu tun? Er war Teil jener bislang noch recht diffusen Protestscene, ein "68er", der sich nicht etablierte, nicht an einer "grünen" Karriere bastelte, der keinem festen Konzept folgte, kein Parteigänger war. Die DKP-Umarmungsversuche, die Rede eines VVNlers, E. Carlebach, der etwas von "Märtyrer" schwafelte, gehörten zu den Peinlichkeiten des Geschehens.

Bedenken wir weiter: Power an der Mauer, Randale in den Straßen, ist nicht gleich politisch bewußtes Handeln. Es kann Teil davon sein. Aber der Putz kann auch zum gesellschaftlichen Ventil werden, durch das politischer Überdruck wirkungslos verpufft.

In der Frankfurter Dokumentation zum Tode von Günther Sarê heißt es:

(Zum Verhältnis der Grünen) "Wir haben zusammen keine Perspektive. Euer Interese ist es, in Frieden, ohne größere gesellschaftliche Auseinandersetzungen, in einem möglichst liberalen Rechtsstaat einen relativ gesicherten Lebensabend zu verbringen ... Wir haben diese Perspektive nicht. Die Herrschenden entziehen uns gerade unsere Lebensgrundlagen."

Ende 1985 bezogen über 760.000 Haushalte in der BRD Sozialhilfe, gegenüber 1981 eine Steigerung von 60%. Arbeitslosigkeit war bei einem Drittel der Hauptgrund für die Beziehung von Sozialhilfe.

Der Dollarkurs sinkt, die Wirtschaft der USA stagniert, die Exportaussichten der BRD verdüstern sich, Experten rechnen mit einer Wirtschaftskrise in den nächsten Jahren. Die Krise wird einsetzen bei einem relativ hohen Sockel von Dauerarbeitslosigkeit. Drei, vier Millionen Arbeitslose sind zu erwarten. Ungesicherte, miese Arbeit, schlecht bezahlt wird weiter zunehmen.

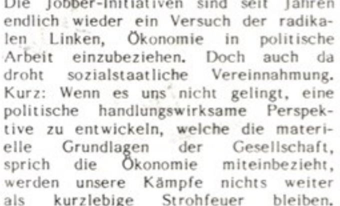
Die Jobber-Initiativen sind seit Jahren endlich wieder ein Versuch der radikalen Linken, Ökonomie in politische Arbeit einzubeziehen. Doch auch da droht sozialstaatliche Vereinnahmung. Kurz: Wenn es uns nicht gelingt, eine politische handlungswirksame Perspektive zu entwickeln, welche die materielle Grundlagen der Gesellschaft, sprich die Ökonomie miteinbezieht, werden unsere Kämpfe nichts weiter als kurzlebige Strohfeuer bleiben.



PERSPEKTIVE

Am 28. September 1986 jährt sich der Todestag von Günther Sarê. Ein Toter läßt sich nicht aufrechnen in Kubikmeter zerschlagener Scheiben. Aber laßt uns nichts vergessen! Denn uns ist ein Toter schon zu viel! Das sollen sie wissen! Das sollen sie sehen, wenn wir diesen Tag bundesweit mit politisch bewußtem Ausdruck füllen!

Hannes Schinder





Zur Organisation der Libertären Tage

Für die Ostern 87 in Frankfurt stattfindenden "Libertären Tage" gibt es inzwischen einen Organisationsvorschlag. Um eine möglichst gut koordinierte Vorbereitung zu gewährleisten haben wir uns folgendes überlegt. Jede Gruppe, die sich mit einem Beitrag an den L. T. beteiligen will, oder sich für ein bestimmtes Thema interessiert, schreibt uns entweder eine Postkarte oder schickt uns (noch besser) ein Diskussionspapier. Wichtig ist, daß eine Kontaktadresse dabei steht. Wir veröffentlichen dann in der darauffolgenden Aktion die Vorschläge und die Kontaktadresse, evtl. samt dazu gehörendem Material. Interessierte wenden sich dann direkt an die einzelnen Gruppen. Wir berichten in der Aktion regelmäßig über alle neu dazugekommenen, und den Diskussionsstand der bestehenden Gruppen. Ende des Jahres findet dann ein Delegiertentreffen aller Gruppen, die sich bis dahin bei uns angemeldet haben, statt, um Details, Techniks, Termine usw. abzuklären. Falls möglich werden wir kurz vor den L. T. alle erarbeiteten Diskussionspapiere und Konzeptionen vervielfältigen und rumschicken, so daß sich jede/r einen Überblick über das, was in den Gruppen läuft verschaffen kann.

Also meldet euch massenhaft!!!

Kontakt:
"Libertäre Tage"
c/o Libertäres Zentrum
Kriegstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069 - 738 11 52



HUNGERSTREIKERKLÄRUNG

Ab 31.7.1986 trete ich in einen unbefristeten Hungerstreik. Gleichzeitig verweigere ich die Sklavenarbeit. Ich weiß um die Schwäche dieser Einzelaktion, sehe aber keine andere Möglichkeit mehr, mich gegen die faschistoiden Methoden der JVA Straubing zur Wehr zu setzen.

Was ist passiert?
Heute, also am 30.7. eröffnete mir der Vollzugsdirektor Weiß, daß mit Verfügung vom 28.7.1986 Ramona Hallama, Ulrich Bosch und der U.Bosch-Verlag vom Besuchs- und Schriftverkehr ausgeschlossen sind. Als Begründung wurde die Behauptung angeführt, ich würde zusammen mit Obengenannten die ungenehmigte Zeitschrift Haberfeld herausgeben. Außerdem plane ich die Gründung einer linken Alternative zur SOLIDARITÄT, wobei mich Ramona Hallama unterstütze. Gleichzeitig wurde die ADG-Sondernummer des Haberfeld komplett angehalten, "weil der tendenziöse Inhalt die ganze Druckschrift durchziehe, so daß auch keine Teilaushändigung möglich sei" und ähnlicher Quark. Jeder, der die ADG-Sondernummer gelesen hat, weiß, wie sehr dies an den Haaren herbeigezogen ist. Zusätzlich wurde noch ein Schwung Briefe angehalten. Verfügt hat das Ganze ein gewisser Klendauer z. A. Den Namen höre ich zum ersten Mal, ob das ein neuer Polit-Sonderkommissar ist?

Die Taktik ist klar, mir soll jeder politische Kontakt nach draußen zerschlagen werden. Die Zahl der Schreib- und Besuchsverbote hat jetzt 12 erreicht Es blieb kaum noch etwas übrig. In diesem Fall kommt noch erschwerend hinzu, daß Ramona und Ulrich sehr gute Freunde von mir sind. Sie sind die einzigen, die mich regelmäßig besuchen, bzw. besucht haben. Außerdem wollte ich nach der Entlassung bei ihnen wohnen, was sie mir angeboten haben. Im Zensurknast Straubing werde ich wohl nie in den Genuß von sog. Vollzugslockerungen kommen, aber Ramona und Ulrich wären die einzigen gewesen, bei denen ich Urlaub hätte verbringen können. Dies alles ist jetzt ohnehin ohne Belang.

Diese faschistoide Praxis zielt auf nichts anderes, als auf meine Vernichtung als eigenständige Persönlichkeit. Ich kann so nicht leben. Selbstmord wäre eine Möglichkeit, aber mir ist diese Möglichkeit zu defensiv. Wenn ich schon als eigenständige Persönlichkeit im faschistoiden Freistaat Bayern nicht leben kann, dann will ich wenigstens noch das Letzte versuchen - mein Leben in die Waagschale werfen, um dem faschistoiden Terror in Bayern zu entfliehen.

Ich fordere jetzt nicht nur die Aufhebung dieser Schreib- und Besuchsverbote (sie würden in Kürze die Schweinerei wieder durchziehen), ich fordere meine Verlegung nach Baden-Württemberg, da dort auch die Besuchsmöglichkeiten für meine Freunde besser wären. Es kann aber auch ein anderes Bundesland als Bayern sein. Entscheidend ist die Tatsache, daß ich im Staat Bayern keine Überlebensmöglichkeit als selbstbestimmter Mensch habe. Ich kann nicht leben, wenn mir die Schweine meine Identität klauen. Diese Zerschlagung menschlicher und politischer Kontakte stellen einen massiven Angriff auf mich als eigenständige Persönlichkeit dar. Ich habe keine Alternative mehr, ich muß mich wehren, da ich mich nicht zerbrechen lassen kann. Ich stehe den Schweinen unbewaffnet gegenüber. Ich kann nur noch mein Leben als Waffe einsetzen. Wenn ihr mich unterstützt, so wird diese Waffe schärfer. Ich betrachte diesen HS nicht als Protest. Ich würde ihn nicht beginnen, wenn ich nicht bereit wäre, ihn bis zum Ende durchzustehen. Ich weiß, daß es den Schweinen egal ist, ob ich krepier oder nicht.
Ich werde keine "Lösung" unterhalb meiner Forderung akzeptieren. Auf Versuche, mich zum Abbruch zu bewegen, werde ich auch bei Genossen nicht reagieren. Es bedurfte langer Zeit und vieler Schweinereien, bis ich mich zum HS entschloß. Ihr könnt also davon ausgehen, daß ich mir diesen Schritt in allen Konsequenzen überlegt habe.

Ich will leben als Gerhard Linner, unbequem-anarchistisch-spontan, kurz, so wie ich bin. Ein Dahinvegetieren als CSU-Kretin ist für mich keine Alternative.

Ich weiß nicht, ob ich in der nächsten Zeit noch oft an Euch schreiben kann. So grüße ich Euch alle. Gemeinsam sind wir stark!

Gerhard

Gerhard Linner
Äußere Passauer Str. 90
8440 Straubing, den 30.7.1986

PRESSEERKLÄRUNG

Seit 31.7.86 ist Gerhard Linner, Gefangener in der JVA Straubing, im Hungerstreik.

Gerhard hat an den vorangegangenen Tagen die 12., 13. und 14. Kontaktsperre von der Anstaltsleitung augebrummt bekommen, d. h., daß ihm in "schöner" Regelmäßigkeit die mühsam aufgebauten Kontakte zur "Außenwelt", sprich einzelnen Leuten, die mit Gerhard zusammen gegen die Institution und das Repressionsinstrument Knast kämpfen, zerschlagen werden.
Die Kontaktsperre richtet sich nicht nur gegen Gerhard persönlich, sondern auch gegen seine Mitarbeiter bei der Zeitung Haberfeld, die die Zustände in bundesdeutschen Knästen öffentlich macht, und sich als Diskussionsforum für "Drinnen" und "Draußen" versteht. Thematisiert wurden bisher Zensur, Zwangspsychiatrisierung (in Zusammenarbeit mit den Grünen Baden-Württemberg), schlechte medizinische Versorgung und Isolationshaft. Gerhard ist einer von vielen, die Zensur in diesem Land zu spüren bekommen...
Faktisch besteht auch für andere Mitarbeiter der Zeitung Kontaktsperre. Haberfeld wird sich aber den Mund nicht verbieten lassen.
GEGEN ZUCKERBROT UND PEITSCHE!

Schreibt an Gerhard und die Anstaltsleitung:
Äußere Passauer Str. 90, 8440 Straubing



Schwarze/Bunte Hilfe/EA's

Auf dem Treffen der Bunten/Schwarzen Hilfen Süddeutschland, 27.-29.6.86, wurde deutlich, daß es in vielen Städten immer noch keine Gruppen gibt, die sich mit der Thematik Justiz, Repression, Knast auseinandersetzen.

Wir finden, daß unser Selbstschutz besser organisiert werden muß, z.B. keine Demo/Aktion ohne Ermittlungsausschuß, Rechtshilfefonds, Prozeßvorbereitung, Rechtsaufklärung, Knastgruppen, inhaltliche Auseinandersetzung mit Knast/Repression.
Erst ein flächendeckendes Netz von zusammenarbeitenden Gruppen ist ein Ansatz, über das vereinzelte Reagieren auf diesen Apparat hinaus zukommen.

Es geht aber nicht nur um die Kriminalisierung der Linken hier, sondern um politische und soziale Kämpfe in verschiedensten Bereichen. Deshalb rufen wir auf, in den Städten eigene Gruppen zu gründen!!!

Wir können die Diskussion weiterführen auf dem bundesweiten Treffen der EA's, Bunten/Schwarzen Hilfen in Berlin, das Mitte September stattfinden soll.

bis dann, Kontakt:

Bunte Hilfe
Postfach 2029
7980 Ravensburg
Tel. 0751-4 75 83/ 5 22 52

Ç

Æ Ø Æ Œ Ø Æ Ø

æ ø ¢ ?

Infoladen Offenbach

Was stellt man/frau sich unter einem Infoladen vor?

Infoladen, eigentlich ein verdammt schwammiger Begriff. Infoladen - kann Szenetreff sein, der letzte verzweifelte Versuch den Bürger zu erreichen. Ein Infoladen bestimmt sich hauptsächlich dadurch, was da für Leute sind, klar. Wir sind eine Gruppe von ca. 15 Leuten, die schon einige Zeit in dieser provinziellen Friedhofsruhe gemeinsam Erfahrungen gemacht haben (z.B. Hausbesetzung).
Erst einmal sind wir damit beschäftigt unseren Raum einzurichten, Verbindugng zu anderen Infoläden aufzunehmen, Material herbeizuschaffen womit wir informieren können.
Es hat sich ein Antifa-Plenum gebildet, daß sich mit der VVN auseinandersetzt, die ja manchmal den antifaschistischen Widerstand gepachtet zu haben scheint.
Wo sind ähnliche Vorstellungen, wo kann man/frau zusammenarbeiten - und wo geht man/frau lieber eigene (hoffentlich mal neue) Wege.
Im zweiwöchentlichen Wechsel kommen die VVNler, in der anderen Woche reden wir über unsere Ideen, Aktionen etc.
Ideen existieren überhaupt viele, Anfänge sie umzusetzen ...
Im Herbst soll ein großes Fest stattfinden, wo wir uns hier in Offenbach (und Umgebung) vorstellen wollen, vielleicht erscheint dann auch die Nullnummer unserer Infoladenzeitung.
Es ist also noch alles drin: Ob wir Szenetreff werden, ziemlich erfolglos im eigenen Saft schmoren, oder tatsächlich breitere Massen ansprechen können. Für uns stellt dieses Projekt die Möglichkeit dar, in dieser zersplitterten, isolierten Politlandschaft Zusammenhänge zu schaffen. Eine Plattform, auf der diskutiert werden kann, man/frau sich treffen, Veranstaltungen laufen können ...
Was daraus wird hängt natürlich davon ab, was wir für ein Feedback kriegen - also, ihr noch nicht frustrierten oder in den letzten Atemzügen liegenden Kämpfer/innen: Der Infoladen wartet!

Infoladen Offenbach
Hospitalstr. 14
(Hinterhaus)
6050 Offenbach

Öffnungszeiten

Montags (Antifa-Plenum)
Mittwochs
Freitags
jeweils 18.00 - 21.00 Uhr
Sonntags - 12.00 Frühstück

£ ¢ & % ?

" " "



AUFWIND-Platte

Originaltexte aus der Landstreicherbewegung hat die Gruppe **"Aufwind"** vertont und unter dem Titel "Generalstreik ein Leben lang" auf Platte herausgebracht. Der Titel der Platte ist ein Ausspruch Gregor Grogs vom ersten internationalen Vagabunden-Kongress 1929 in Stuttgart. Auf der Scheibe wird nicht nur ein romantisches Generalstreiker-Leben zitiert, sondern auch die harten Seiten jener Menschen, die ihr Dasein auf der Gasse fristen oder fristen mußten, werden beleuchtet. Die Platte kann bei Petr Pandula, Grabenstraße 28, D - 7410 Reutlingen 2, bezogen werden.

aus BANAL 85 & 86

q

DER LADEN
Roonstr. 1
3200 Hildesheim

existiert nicht mehr!

Warum ist das Projekt gestorben?
Einmal war da eine mangelnde Bereitschaft von politischen Leuten ihr Projekt durchzuführen, d.h. die finanzielle Belastung und auch die Durchführung blieb einer handvoll Leute überlassen. Nur eine kurzfristige Bedrohung durch die Fascho-Szene brachte eine Änderung, die aber ziemlich schnell am Abklingen war.
Dann war da die Schwulengruppe, die wir ideologisch unterstützen und die mit uns das Projekt angegangen ist. Der Vermieter der Räumlichkeiten hatte uns wegen ihnen die Räumlichkeiten zum schnellstmöglichen Termin gekündigt. Es lief eine Kampagne in der Nachbarschaft, wo auch ein Unterschriftenliste gegen unseren "Schwulenladen" kursierte. Leider ist es uns noch nicht gelungen, eine dieser Listen zu bekommen, noch ist es uns gelungen, den Vermieter zu einer Aussage warum und weshalb zu bewegen.
Wir hoffen, daß es uns in der nächsten Zeit gelingt, etwas neues zu machen und unsere Arbeit fortzusetzen.



KURZES

Offener Brief an Dr. F.X.Schmid und die Regensburger Initiative Ärzte und Psychologen für Frieden und Abrüstung

Wir beziehen uns mit diesem Brief auf den beiliegenden Artikel aus der Mittelbayerischen Zeitung vom 28./29.6.86.

Es ist eine Sache, in den Reihen der Anti-AKW-Bewegung über die Frage der Anwendung von Gewalt zu diskutieren. Diese Auseinandersetzung wird seit Jahren geführt und ist auch immer noch notwendig.

Wie auch Sie wissen, gibt es innerhalb der Bürgerinitiativen hierüber keinen einheitlich

en Standpunkt. Trotz der Meinungsverschiedenheiten über den Weg dorthin sind wir uns einig über das Ziel, das wir erreichen wollen, nämlich die Stillegung aller Atomanlagen.

„Chaoten" entwaffnen

Regensburg (hw). Schwarz vermummte „Chaoten" entwaffnen! Diesen Hinweis hat Dr. Franz Xaver Schmid (39) von der Initiative „Ärzte und Psychologen für Frieden und Abrüstung" all jenen friedlichen WAA-Gegnern gegeben, die am heutigen Samstag am Regensburger Bismarckplatz im Rahmen des „Oberpfälzer Empfangs" gegen die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage protestieren wollen. Dr. Schmid – nach eigenem Verständnis „ethisch engagierter Arzt von der konservativen Seite" – möchte mit seiner Handlungsanweisung „unkontrollierte Ausbrüche von Gewalt" verhindern und ist bereit, selbst im Sinne seines Appells zuzupacken: demnach seien kriminelle Gewalttäter auszuschalten. Die Polizei dagegen warnt dringend vor „aktiver Entwaffnung" oder Enttarnung beziehungsweise „körperlichem Vorgehen" gegen Gewalttäter. Statt Sheriff zu spielen, sollten die friedlichen Demonstranten auf räumliche Distanz zu den „Chaoten" gehen beziehungsweise „verbal einwirken", so die Polizeidirektion zur MZ. Der ökumenische Gottesdienst in Schwandorf wird um 14 Uhr vom Arbeitskreis „Theologie und Kernenergie" veranstaltet. Dabei soll auch ein „Hirtenwort gegen Kernenergie" des Linzer Bischofs Maximilian Aichern verlesen werden.

Deshalb ist es eine andere Sache, einen bestimmten Teil der Bewegung als "schwarz vermummte Chaoten" und "kriminelle Gewalttäter" zu diffamieren und dazu aufzufordern, sich nicht nur zu distanzieren, sondern diese aktiv zu entwaffnen. Dies geht so weit, daß es sogar der Polizei zu viel wird, die gern auch noch einen Teil der Arbeit übrig hätte. Wenn Sie dazu aufrufen und durch Ihre Diffamierungen dazu beitragen, einen bestimmten Teil der Bewegung, der Ihnen nicht in den Kram paßt, dem staatlichen Gewaltapparat, der Polizei und der Justiz auszuliefern,dann hat dies mit Gewaltfreiheit nichts zu tun, dann machen Sie sich zum Hilfssheriff des Staates und der Atommafia und nehmen in Kauf, daß engagierte AKW-Gegner, die wir hier draußen so dringend brauchen, unter Umständen jahrelang im Knast verschwinden. Wer dies macht, richtet sich gegen die Solidarität, die sich unter den AKW- und WAA-Gegnern vor allem bei den Auseinandersetzungen am Wackersdorfer Bauzaun entwickelt hat.
Wir fordern insbesondere die Ärzteinitiative auf, einmal darüber nachzudenken, ob solche Leute in ihrer Organisation noch am richtigen Platz sind.

Mit atomfeindlichen Grüßen

Der Sprecherrat der BIWAK

Bürgerinitiative gegen die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen
Spiegelgasse 10
84 Regensburg
Tel. 0941/5 55 55

FREIRAUM aktuell:

Gegen die Nr.12 läuft u.a. ein Verfahren wegen §129a. Die Bullen haben zwischen Mitte März und Mitte April 1986 unsere Post geöffnet und fotokopiert. Zwei Briefe wurden beschlagnahmt.
Deshalb: Die Postlagerkarte ist hiermit gestorben. Unser bisheriges Konto ebenfalls.

Neue Anschrift:
Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit
St.-Wolfgang-Str. 26
A-4820 Bad Ischl/Pfandl
Österreich

Zahlungen nur noch in Scheinen und Briefmarken. Keine Überweisungen, Verrechnungsschecks oder ähnliches. Wenn ihr uns noch etwas schuldet, laßt es uns doch zukommen. Auch Spenden wären sehr willkommen. Bitte gebt unsere neue Adresse weiter und veröffentlicht sie.

VENCEREMOS

freiraum
Anarchistische Zeitung
– Forum für alle Libertären
– theoretische Diskussionen
– aktuelle Nachrichten

GEWALTFREI WAR SEIN LETZTES WORT,

Manche von Euch werden sich vielleicht fragen: "Ein Sani-Artikel in der Aktion, was hat der hier zu suchen?"
Naja, wir denken, daß er sehr viel hier zu suchen hat und da sich in Gesprächen immer wieder gezeigt hat, wie wenig die Scene über die Sani-Gruppen weiß, halten wir es für notwendig uns auch einmal über dieses Medium zu Wort zu melden.

Zuerst einmal etwas zu unserem Selbstverständnis. Wir nehmen an Demos als Demonstranten teil und begreifen uns in Notfällen als "helfende Bürger". Da die meisten von uns Rettungssanitäter/innen, Medizinstudent/innen oder Krankenpfleger bzw. Krankenschwester sind, unterliegen wir dem Hilfeleistungsparagraphen 323c StGB und sind zur Hilfe-Leistung im besonderen Maße verpflichtet. Aufgrund unseres offiziellen Aussehens (Lätzchen) werden wir oft von Demoteilnehmern als Info-Verbreiter angesehen - dies ist nervig für uns und falsch. Wir tragen zwar oft Funkgeräte bei uns, doch dienen diese nur unserer Koordinierung, wo, wieviel Sanis mit welchem Material benötigt werden. Wir leiten damit keine Angriffe auf Bauzäune oder ähnliches - dies war besonders eine Anmerkung für die Polizei. In Kleve z.B. hatte gerade sie es besonders auf uns abgesehen. Wir wurden allesamt in Verwahrung genommen, unsere Autos wurden demoliert.

Auf größeren Demos, wie z.B. auf dem Pfingstcamp machen wir meist kein Auge zu, es wird von vielen erwartet, daß wir immer und überall anwesend sind. Ist doch auch selbstverständlich, oder? Ob jemand morgens um 3 Uhr Zahnpasta in den Augen hat, Öl braucht um seine Freundin zu massieren oder im dicksten Putz Verletzte aus dem Gewühl gebracht werden müssen, es gibt ja Sanis.
Dies sind nur einige Beispiele neben Blasen an den Füßen, Verbrennungen, akuten, lebensbedrohlichen Asthmaanfällen, Blutvergiftungen, Schocks, Kopfplatzwunden und, und, und. Der Dienst im Krankenhaus oder auf dem Rettungswagen ist oft angenehmer als der auf einer Demo. Und dabei immer noch Sprüche, "Guck mal, die Sanitäter", wir können es nicht mehr hören. Und trotzdem immer dieses Empfinden, auf der Demo könnte ja etwas passieren, wer fährt hin? Besonders stark kam dieses Gefühl bei den Lybien Demos auf (inhaltliche Probleme). Mann/Frau würde ja eigentlich nicht hinfahren, aber die Sani-Versorgung muß ja gewährleistet sein, also fährt man hin. Ein undankbarer Dienstleistungsjob.

Nun aber zu etwas positiveren Aspekten unserer Arbeit. Auf Anfrage oder nach Bedarf machen wir Veranstaltungen zu Polizeiaufrüstung, jetzt besonders aktuell wegen dem Gummischrott oder machen Kurse "Selbsthilfe am Demoort", ständige Aufklärungsarbeit ist für uns selbstverständlich.

UNSER ZIEL IST ES,
NICHT GEBRAUCHT ZU WERDEN

Oft sind es nur Kleinigkeiten, die uns die Arbeit erleichtern würden. Eigentlich müßten sich inzwischen einige Sachen herumgesprochen haben, z.B. daß Kontaktlinsen nichts auf Demos zu suchen haben, denn dort kann sich das Tränengas besonders gut festsetzen und das Augenspülen ist vergebene Liebesmüh. Ebensowenig sollte Zitrone auf Halstücher oder sonstige "Atemschutzmittel" geträufelt werden. Es riecht zwar ganz gut, aber man verliert das Gefühl für die Menge des eingeatmeten Reizgases und wundert sich, wenn mann/frau flach liegt. Macht die Zitrone lieber in Apfelwein, das ist erfrischend. Außerdem denken wir, daß gewisse Sachen wie Augenspülflaschen und Verbandspäckchen mittlerweile bei allen zu finden sein müßten. Dies ist leider immer noch nicht selbstverständlich. Ferner könnten Verletzte und Sanis vor Polizeiübergriffen geschützt werden, indem man einen Kreis um die betreffenden Menschen bildet und möglichst ruhig bleibt. Und nun noch etwas für Euren Heimweg:
Da ja hoffentlich mittlerweile jeder Ersatzklamotten dabei hat, brauchen wir ja nicht mehr zu sagen, daß die mit Reizgasen verseuchten Klamotten in einem Plastikbeutel luftdicht verpackt im Kofferraum zu lagern sind.



Wenn ihr zu Hause angekommen seid, duscht euch - aber kalt - jedenfalls die ersten 3-5min. In dieser Zeit spült ihr in Verbindung mit Neutralseife den ganzen Mist besonders gut aus euren Haaren. Danach könnt ihr warm duschen solange ihr wollt. Diese Aktion ist übrigens äußerst durchblutungsfördernd. Wenn ihr diese Infos nun habt, behaltet sie nicht für euch, gebt sie weiter. Konfisziert Zitronen und erklärt den Leuten warum



ihr das macht. Diese ganzen o.g. Sachen würden uns bei entsprechendem Verhalten ungemein helfen, also ihr wißt bescheid.

So nun der Spendenaufruf. Wir haben von Pfingsten bis zum 8.6. Materialausgaben in Höhe von 1.500 DM gehabt. Jawohl, eintausendfünfhundert. Wofür? Für Infusionen, Braunülen und, und, und geklaute Sachen. Da wir glauben, daß im Moment kaum einer unsere Notwendigkeit bestreitet, fordern wir alle auf, uns materiell wie finanziell zu unterstützen. Wir können alles brauchen an Verbandsmaterial, Infusionen und sonstigen medizinischem Gerät, aber laßt die Medikamente weg. Falls ihr Sanis kennt, könnt ihr auch dort jederzeit Material abliefern.
Bei den libertären Tagen werdet ihr spätestens unsere Veranstaltungen genießen können (Irland, Polizeiaufrüstung und Kurse).

Mit einer breiten Unterstützung rechnet Eure Sani-Gruppe Rhein-Main.

Autonome Sani-Gruppe
Kontakt:
Mainzer Landstraße 147
6 Ffm.

Materialspenden an:
Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6 Ffm.

DANN TRUGEN IHN DIE SANIS FORT



IFA

Anfang November dieses Jahres wird in Frankreich der vierte Kongreß der "Internationale der Anarchistischen Föderationen" (IFA) tagen.
Die IFA, die nach längeren Vorbereitungen 1968 gegründet wurde, hat heute in vielen europäischen Ländern Sektionen, die bedeutendsten davon in Frankreich und in Italien. Außerdem sind ihr anarchistische Föderationen aus Nord- und Südamerika angeschlossen und sie unterhält Kontakte zu Anarchisten in der ganzen Welt.
Der Gründungskongreß der IFA fand 1968 in der Oberitalienischen "Marmorstadt" Carrara statt und war ebenso wie der zweite 1971 in Paris von heftigen Auseinandersetzungen geprägt. Der dritte Kongreß, der 1978 wiederum in Carrara abgehalten wurde, verlief wesentlich harmonischer und fruchtbarer als die ersten beiden, wohl hauptsächlich aufgrund der guten Vorbereitung durch die italienischen Veranstalter. Seit diesem Kongreß hat die anarchistische Bewegung international einen beachtlichen Aufschwung genommen, der allerdings - wie die IFA selbstkritisch konstatiert - nahezu unbemerkt an ihr vorübergegangen ist. Der vierte Kongreß wird deshalb vorrangig die Aufgabe haben, die Stellung der IFA innerhalb der libertären Bewegung zu definieren und ihren organisatorischen Zusammenhalt zu stärken.

Dieser vierte Kongreß, der von den europäischen Sektionen der IFA vorbereitet und von der Französischen Anarchistischen Föderation vor Ort organisiert wird, steht allen Anarchisten der Welt offen, die - so der Kongreßaufruf - "die Notwendigkeit der Organisation anerkennen". Mit diesem Passus dürften die Veranstalter wohl nicht zuletzt jene bundesdeutschen Genossen gemeint haben, die auf den ersten Kongressen über weite Strecken für den wenig produktiven Verlauf verantwortlich waren.
Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses sieht unter anderem folgende Punkte vor:

- Beurteilung der internationalen Situation der libertären Bewegung (auf der Grundlage eines CRIFA-Berichtes);
- Positionen der IFA zu Problemen unserer Zeit:
  Nationale Befreiungskämpfe
  Kolonialisierung
  Militarisierung
  Imperialismus/Blockpolitik
- Arbeitskämpfe/Syndikalismus
- Perspektiven einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und des anarchistischen Kampfes.

Die genauen Termine und der Ort des Kongresses stehen noch nicht fest; Interessenten werden gebeten, sich möglichst bald an das Verbindungskomitee der IFA, dem CRIFA zu wenden:

CRIFA c/o Giorgio Sacchetti
Via Andrea Doria 12
I-52100 Arezzo (Italien)

Initiative Internationale Anarchistische Förderation

Die 1983 in Wien/Österreich gegründete Anarchistische Förderation um die Zeitung "Liberte"/Bulletin "Anarchistische Allgemeine" gibt es nicht mehr. Dies ist Resultat eines Diskussionsprozesses sowie interner und externer Kritik. Die aktiven Genoss/in/nen sind in bereits bestehenden Zusammenhängen. (Projekte, Arbeitskreise, FAU-IAA).

GROSSBRITANNIEN
Kampf der Lohnarbeit mittels Arbeitslosigkeit

Unter den 3,3 Millionen britischen Arbeitslosen gibt es einen großen Block mit ca. 1,3 Millionen Langzeit-Arbeitslosen. Britische Wirtschaftswissenschaftler machen dafür die sogenannte "Arbeitslosenfalle" verantwortlich, also den geringen Unterschied zwischen Arbeitslohn und staatlichen Sozialleistungen. Dies trifft besonders bei niedrigqualifizierten Arbeiter/inne/n zu, besonders bei solchen mit Kindern, die neben dem Arbeitslosengeld Zuschläge für Kinder, Nachlässe auf die Miete, die Lokalabgaben, Heizungskostenzuschuß und anderes erhalten. So ist es erklärlich, daß die Landesanstalt für Arbeit Schwierigkeiten hat, Stellen in ihrem Programm für Gemeindearbeiten zu besetzen.
Mit Arbeitslosengeld und Schwarzarbeit kommt für die brititschen Proletarier manchmal soviel zusammen, daß sie sogar durchschnittlich bezahlte Arbeiten ablehnen. Ist ja auch klar, wenn sie für 20 Stunden die Woche Schwarzarbeit und Arbeitslosengeld die gleiche Kohle bekommen wie für 40 Stunden die Woche Lohnarbeit, wer arbeitet da nicht gerne weniger?
Nun versucht der Staat mit dem "Neubeginn"-Programm ("Restart") die Haltung der Leute testen, indem er den Langzeit-Arbeitslosen von Zeit zu Zeit Arbeitsangebote anbietet. Dieser Versuch läuft seit 1. Juli in neun Bezirken und soll austesten, ob die Proletarier Arbeit zu jedwedem Lohn anzunehmen. Es stellte sich heraus, daß etwa 10% sich nach der ersten Besprechung aus dem Arbeitslosen register streichen ließen.

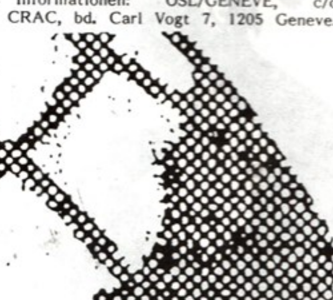
Jota



Königstreu und stocksauer

CARRARA, 30. Juli (AP). Die Absicht der toskanischen Stadt Carrara, dem Mörder des italienischen Königs Umberto I. ein Denkmal zu setzen, hat die Monarchisten in helle Empörung versetzt. Am Dienstag, als sich der Tag zum 86. Mal jährte, an dem Umberto im Jahre 1900 von dem Anarchisten Gaetano Bresci ermordet worden war, demonstrierten Monarchisten nach Mitteilung des italienischen Fernsehens auf dem Platz, wo das Denkmal aufgestellt werden soll. An einem Baum befestigten sie eine marmorne Gedenktafel für den König.

Sergio Boschiero, Präsident einer monarchistischen Vereinigung, kündigte an, gegen den Beschluß des Stadtrates von Carrara das Oberlandesgericht der Toskana, den Bürgermeister von Carrara und den italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga anrufen zu wollen.



Die zwanzig größten Industrieunternehmen der Welt

Rang 1985	Rang 1984	Unternehmen	Umsatz (Milliarden Dollar)	Gewinn (Milliarden Dollar)
1	(3)	General Motors	96,4	4,0
2	(1)	Exxon	86,7	4,9
3	(2)	Royal Dutch/Shell	81,7	3,9
4	(4)	Mobil	56,0	1,0
5	(6)	British Petroleum	53,1	0,9
6	(5)	Ford Motor	52,8	2,5
7	(8)	IBM	50,1	6,6
8	(7)	Texaco	46,3	1,2
9	(13)	Chevron	41,7	1,5
10	(10)	AT&T	34,9	1,6
11	(9)	E. I. Dupont de Nem.	29,5	1,1
12	(11)	General Electric	28,3	2,3
13	(12)	Standard Oil (Indiana)	27,2	2,0
14	(17)	IRI	26,8	—0,7*
15	(16)	Toyota	26,0	1,6
16	(14)	ENI	24,5	0,4
17	(15)	Atlantic Richfield	22,4	—0,2*
18	(18)	Unilever	21,6	0,7
19	(22)	Chrysler	21,3	1,6
20	(21)	Matsushita Electric	20,7	1,0

* (Verlust). — Quelle: Fortune-Magazin.

OSL

Die "Organisation Socialiste Libertaire" in der Romandie hat eine Broschüre zur Asylproblematik herausgegeben: "L'asile: La liberte contre l'etat".

Informationen: OSL/GENEVE, c/o CRAC, bd. Carl Vogt 7, 1205 Geneve.

RÄUMUNGSDROHUNG GEGEN BESETZTES HAUS IN WIEN

ende juli will die gemeinde wien das einzige besetzte haus wiens in der ägidigasse 13 räumen lassen. die bedeutung dieses hauses für uns in wien läßt sich nur anhand seiner geschichte erklären:

nach einem kurzzeitigen aufflackern "zürcher zustände" im märz '81 rückte die gemeinde wien 2 gebäudekomplexe, quasi zur befriedung der "randalierenden jugendlichen" raus. dank der friedhofsruhe, die sie sich mit subventionen,..erkauft hatte, fühlten sich die rathausgewaltigen 1983 stark genug, die reste selbstverwalteter strukturen vollends zu zerschlagen. mit einem riesen-polizeiaufgebot und der tatkräftigen unterstützung von aktivisten der faschistischen "ausländer-halt-bewegung" wurde die gaga am 26. juni 1983 geräumt, und am nächsten tag gleich abgerissen; so schnell geht das. in folge des entrüstetmoralischen aufschreis von al bis linker sp sah sich die gemeinde genötigt, die verbliebenen gagaisten/innen mit wohnungen abzuspeisen; drei davon im vom abriß bedrohten althaus ägidigasse. die jugendlichen, das war von anfang an klar, sollten die letzten mieter rausekeln (eine funktion, die sonst "ausländer" erfüllen müssen) um dann mit hilfe von bittleihverträgen, die jederzeit ohne angabe von gründen kündbar sind, selbst vor die tür gesetzt zu werden.

dieses kalkül ging nicht auf:

1. zogen immer mehr leute in die ägidigasse ein (besonders nach dem sommer '85) und forcierten die politische diskussion über gemeinsame politische praxis und theorie.
2. wohnen heute noch parteien mit aufrechten mietverträgen im haus, die nicht ausziehen wollen und sich mit den besetzern solidarisieren.

warum soll gerade jetzt geräumt werden?

die schon oben erwähnte diskussion hatte auch konkrete auswirkungen auf das politische leben in wien. z. b. gab es nach dem us-überfall auf lybien erstmals seit jahren wieder spontane demos mit militanten aktionen und gefangenenbefreiung (....), auch mehrten sich in den letzten monaten angriffe z. b. auf us-konzerne, waa-betreiber, ... der tropfen, der das gemeindefass zum überlaufen gebracht haben dürfte, scheint eine anschlagserie auf sechs gebietssanierungsbüros ende juni gewesen zu sein.

die ägidigasse befindet sich in einem sanierungsgebiet, das in folge des u-bahnbaues von einem ghetto in ein einkaufs- und touristenparadies verwandelt werden soll. im rahmen dieser politik werden in den nächsten 10-15 jahren cirka 100 000 familien umgesiedelt werden müssen. die reaktion der gemeinde auf den aufkeimenden widerstand gegen ihre absa(h)nierungspolitik bekommen als erstes die bewohner/innen des hauses in der ägidigasse zu spüren.

die bedrohung der ägidigasse ist eine bedrohung für alle jene, die sich in irgendeiner form links von der sp engagieren (was nicht schwer ist). die harte haltung, die sich im märz '85 mit der willkürlichen verhaftung von 12 aktivist/inn/en angekündigt hatte, und nun voll zum durchbruch kommt, muß allen politischen initiativen vor augen führen, daß ein hoffen auf die integrationswilligkeit der sp selbst aus taktischen gründen nicht mehr zeitgemäß ist.

HÄNDE WEG VON DER ÄGIDIGASSE!
KAMPF DER INTEGRATIONSPOLITIK!
GEGEN SPEKULATION UND ABSANIERUNG!
KAMPF DEM VIERUNDZWANZIGSTUNDENMETROPOLENDSCHUNGELKRIEGSALLTAG!
UNSER KAMPF IST INTERNATIONAL!

KONTAKT: ägidigasse 13
1060 wien
tel. 0043 222 - 56 44 955
oder
häuserrat
c/o rotstilzchen
margaretenstr. 99
1050 wien
vw wien, 55 31 62

DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE UND DAS MASSAKER IN LIMA

Mario Soares, Felipe Gonzales, Alan Garcia - abgesehen von der ihnen eigenen "sozialistischen" Rhetorik und einem gemeinsamen Sponsor, der SPD, haben sie noch eines gemeinsam: sie kennen keine Skrupel und haben keine Scheu davor, den schrankenlosen Einsatz
der Repressionskräfte zu rechtfertigen, wenn es darum geht, die Demokratie zu retten.

In Portugal öffnete Soares Demagogie den Weg, der zur Eindämmung der Revolution und schließlich zur Unterdrückung der Volksbewegung und ihrer Organe führte. Das Gespenst einer sozialen Revolution in Europa war für's erste gebannt.

In Spanien wurde der nahtlose Übergang zu einer westlichen Wahldemokratie ohne einen tiefgreifenden Bruch mit dem franquistischen System vollzogen. Er fand seine Konsolidation im Wahlsieg der PSOE, einer Partei, der ähnlich der von Soares nachgesagt wird, daß sie eher in Bonn das Licht der Welt erblickte, als daß sie authentischen Ursprungs sei. Dafür leistet diese Partei das, was ihre Geldgeber zweifellos von ihr erwarten. Sie versieht die Drecksarbeit, um die kapitalistische Angleichung Spaniens an die EG und die NATO zu bewerkstelligen.

Gonzales' "sozialistische" Regierung verstärkt den Terror gegen die Basken, macht mit der industriellen Strukturreform die Hälfte der spanischen Wirtschaft dicht, senkt die Lohnkosten, setzt die Menschen zu Tausenden auf die Straße, lädt die Multis zu Investitionen ein und geht dann gegen die streikenden Werftarbeiter z.B. mit Panzerwagen, Maschinengewehren und Rauchbomben vor.

In Peru existiert das Lieblingsobjekt der deutschen Sozialdemokratie schon etwas länger. Man hat es dort offensichtlich nicht mehr für nötig befunden, eigens eine hybride Organisation zu schaffen und griff lieber auf die sattsam bekannte APRA Haya de la Torres zurück. Diese zeichnete sich neben einer gewissen antiimperialistischen Verbalradikalität auch noch durch den Einsatz von Schlägertrupps gegen die Versammlungen ihrer politischen Gegener, meist auf der Linken, aus. Doch das empfahl diese Partei geradezu den bundesdeutschen Sponsoren.

Unter ihrem jetztigen Präsidenten Alan Garcia hat sich die wohl eher sozialfaschistische APRA offenbar zu einer sozial"demokratischen" Partei gemausert und darf, nach einer Aufwertung, welche sie sich von der in Peru stattfindenden Tagung der Sozialistischen Internationale erhofft, auch mal die "Demokratie" retten:
Bei dem Sturm der Streitkräfte auf die Gefängnisse in Lima und Callao kamen Hunderte von aufständischen Gefangenen ums Leben, genauer, wurden von den Militärs ermordet.

Man ist in der Führung der sozialistischen Internationale der Auffassung, daß, in dieser gefährlichen Situation dem Präsidenten Alan Garcia die Solidarität der Sozialdemokraten und Sozialisten in aller Welt bekundet werden muß. (SZ v. 21./22. Juni)

Nun wir wissen nicht erst seit heute, was wir von der Solidarität der Sozialdemokraten zu halten haben.

Wir sind im Gegensatz zum Präsidenten der Sozialistischen Internationalen der Ansicht, daß jetzt die Solidarität mit den Opfern "sozialistischer" und sozialdemokratischer Politik bekundet werden muß.
Willy Brandt und seine Schützlinge haben auf keiner Versammlung und Demonstration der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung etwas verloren.

Die Sozialdemokratie soll sich zu ihren Zörgiebels, Noskes und Langes bekennen!

Ihr habt in Soweto erschossen, in Dijarbekir und Mamak gefoltert und hingerichtet, in San Sebastian, Gijon, Bilbao geknüppelt und auf der Flucht und aus dem Hinterhalt erschossen - in Lurigancho, Callao, El Frontón zu den Klängen von Droraks' Sinfonie aus der Neuen Welt (taz v. 21./22.6.) ein Massaker angerichtet, was ihr aber niemals werdet töten können, - das ist die soziale Revolution

L'ADUNATA dei Refrattari

NICARAGUA

... Was Augusto Sandino nach Nicaragua gebracht hatte an anarchosyndikalistischen Ideen (u.a. manifestiert in der schwarz-roten Fahne der FSLN) die er von anarchistischen Freunden aus Mexico aufgegriffen hatte und die von den Erziehungsideen Francisco Ferrer's beeinflußt waren, ist nun im heutigen Nicaragua spurlos verschwunden. Wird sogar bekämpft. Und jene Vertreter/innen, die sich heute noch dazu bekennen und sich darauf berufen, werden schlichtweg und unbarmherzig in den ideologischen Einheitstopf der Contras geworfen. So einfach ist das:

Auszug aus dem **Politisch-philosophischen Volkswörterbuch** Jorge Detrinidad Martinez, Ediciones Monimbo, Nicaragua Libre; wurde gratis verteilt von der sandinistischen Gewerkschaftszentrale und in der Massenalphabetisierungskampagne angewendet.

ANARCHISMUS: Politische (utopische) Doktrin, die als Ziel der menschlichen Entwicklung eine staaatenlose Gesellschaft herbeiführen möchte, in der das einzige Gesetz in der Gleichheit aller Menschen bestehen würde. (...) Autoritätszersetzende und Gesellschaftsumsturz anstrebende politische Haltung, ohne jegliches Verständnis am Entwicklungsprozeß der Menschheit. (...) Drückt Gefühlzustände von Kleinbesitzern und gescheiterten Handwerkern aus, von rückständigen Schichten aus der Arbeiterklasse und von deklassierten Elementen, auch wenn seine Wortführer in der Regel kleinbürgerliche Intellektuelle sind. (...) Er widersetzt sich dem organisierten politischen Kampf der Arbeiterklasse und der Führungsrolle ihrer Partei. Pflegt Spontanismus und individuellen Terror. Entfaltet eine schädliche antikommunistische und antisovietische Propaganda, die zur Desorganisation und zur Spaltung des Proletariats führt. Außerdem lehnt er die Diktatur des Proletariats ab, die ein unumgängliches Mittel darstellt für die Übergangszeit vom Kapitalismus in den Sozialismus.

Anarchosyndikalismus: Kleinbürgerlicher Zweig der Gewerkschaftsbewegung, beeinflußt von der Politik und der Ideologie des Anarchismus. (...) Folgerichtig zu seiner abwegigen/irrigen Analyse vertritt er die Auffassung, daß die neue Gesellschaft von den Gewerkschaften, die alle Produktionsmittel verwalten würden, geschaffen werden könnte, ohne daß das Proletariat die Staatsmacht erobern würde.

Kollektive Selbstverwaltung: Organisationsform und Richtlinie der kommunistischen Gesellschaft, natürliches Resultat der Vervollkommnung und des Fortschritts der sozialistischen Demokratie. Sie wird erreicht, wenn die Notwendigkeit eines spezifischen Staatsapparates verschwindet (...). Die Sowjetunion bewegt sich im Moment in entscheidenden Schritten in Richtung kollektiver Selbstverwaltung.

Antimilitarismus: (...) Einige antimilitaristische Strömungen tollerieren den militärischen Block nicht und stellen jenen Sektoren der bewaffneten Kräfte generell jegliche progressive Rolle in Abrede, ohne zu sehen, daß (diese Rolle) existiert und sich mit jedem Tag klarer abzeichnet.

Trotzky: Widersetzte sich dem Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern und wollte der Bourgeoisie die Macht ermöglichen. Er war nie bolschewistisch (=revolutionär).

Trotzkist: Anhänger des Trotzkismus. Trotzky (...) begann sofort nach dem Triumph der russischen Revolution revisionistische Haltung und Positionen zu manifestieren, zugunsten der Bourgeoisie und den Rechtsparteien (Reaktionären) der Epoche. Er widmete sich dem Kampf gegen die Parteiführer und gegen das triumphierende Gesellschaftssystem des russischen Proletariats. Trotzkismus ist ein Synonym für Revisionismus und reaktionäre Haltung. Der typische Trotzkist bekämpft die revolutionären philosophischen Postulate und sein Name ist zum Inbegriff geworden für Reaktionär.

GRIECHENLAND

Künstler, junge Leute, Intelektuelle und Menschen, die sich am Rande unserer Gesellschaft bewegen, haben in den letzten Jahren nach und nach das Quartier Exarchia in der griechischen Hauptstadt Athen mit Beschlag belegt. Die Restaurants entwickelten sich zu Diskussionstreffpunkten, und wenn die Staatsbüttel mal wieder die Einhaltung der Polizeistunde abchecken wollten, trafen sie immer wieder vor den Kneipen Quartierbewohner, die sich die letzten Reste aus der Weinflasche bei langen Gesprächen schmecken ließen. Doch in Exarcia war bald mal wieder die gleiche Entwicklung festzustellen wie im Berliner Kreuzberg-Quartier: Die Situation des Quartiers zog sehr schnell die Halbwelt und - vor allem - Dealer an.



Anarchisten verkloppen Schneemänner

Seit sechs Jahren nimmt die Zahl der Fixer in Exarchia ständig zu; seit sechs Jahren versuchen die Einwohner des Quartiers aber auch, die unerwünschten Besucher loszuwerden; und schließlich führen seit sechs Jahren die Anarchisten - dynamische Elemente der kulturellen und sozialen Quartierszene - einerseits eine Kampagne gegen den Heroinkonsum, andererseits gegen die Bullizei, der sie vorwerfen, im Gewinnspiel mit dem weißen Tod eifrig mitzumischen und abzusahnen. Konkret werfen die Anarchisten den Staatsdienern vor, den Rauschgifthandel sogar noch zu unterstützen, um sich so in die Drogenszene einzuschleichen.

Doch deshalb herrschte schon seit einigen Monaten eine gespannte Stimmung im Quartier. Die "Operation Tugend", die vom pitoresken Athener Bullenboss (wahrscheinlich dem letzten in der Welt, der mit den Anarchisten verhandeln konnte, ohne die Diskussion mit einem blauen Auge zu verlassen) lanciert wurde, entpuppte sich als Schlag ins Wasser. Eigentlich hatte der Bullenhäuptling vorgesehen, Exarchia mit seinen Aktionen von den Dealern zu befreien. Aber er bewirkte nichts anderes, als die Wut der Quartierbewohner anzustacheln. Schließlich häuften sich unbeabsichtigte Zwischenfälle (die auch dokumentieren, wie die Bullen ihren "Auftrag" verstanden d.S.). Straßenhändler wurden schickaniert und starteten wiederum Gegenangriffe, alte Leute mischten in den Keilereien mit, rechte Gruppierungen fingen an, Restaurantbesucher zu terrorisieren, schließlich kloppten sich Skinheads und Punks auf der Gasse, und die Polizei gab dem Ganzen durch ihr Eingreifen eine drollige Wende: Es kam zu Straßenschlachten wie weiland in Zürich zu Zeiten des AJZs.

Montag, 17. Februar, war's dann soweit: Die Anarchisten des Quartiers machten sich auf die Socken, um die Parole "Operation Tugend" in die Tat umzusetzen. Und sie konnten dabei der Unterstützung einiger Quartierbewohner gewiß sein.
Ausgerüstet mit Knüppeln, organisiert in Patrouillen, machten sie sich auf die Socken, um die Bullen-Parole in Wirklichkeit umzusetzen - nach ihrer eigenen Art.
Mehreren Dealern wurde in guter alter Tradition der Arsch versohlt, und die Schneemänner wurden über die Plätze gejagt, nachdem ihre Handelswahre vernichtet worden war.
Immer wieder fanden kleine Scharmützel statt, die von außerordentlicher Gewalttätigkeit geprägt waren, bis eine Gruppe Dealer auf der Bildfläche erschien. Die Mannen hatten sich vorgenommen, sich ihr Geschäftsterrain ein für alle Mal zu sichern. Nach einer kurzen Schlacht mußten sie sich aber geschlagen geben - die Anarchisten hatten gesiegt. Die Dealer - ihre Autos waren zerstört und verbeult, also kurz: in miesem Zustand - hatten nicht mal mehr genug Power, um der anrückenden Bereitschaftstruppe der Bullizei anständig "Grüezi" zu sagen.
Eben: Die Bereitschaftsbullen. Als die auf der Bildfläche erschienen, nahmen sie nicht etwa die verkloppten Dealer rein, sondern hetzten unter dem Protestgejohle der Anwohner einzelne Anarchisten. Einige Quartierbewohner gaben später Journalisten zu Protokoll: "Zwar hat keiner das Recht, das Recht in die eigenen Hände zu nehmen. Aber man muß anerkennen, daß diese Anarchisten das geschafft haben, was bisher keiner wollte oder konnte - jene von der Bildfläche zu vertreiben, die das Quartier in ein Ghetto verwandeln wollten. Noch ein paar Operationen dieser Art, und wir müssen keinen Schiß mehr davor haben, uns nachts allein auf der Straße zu bewegen".

aus BANAL (85 & 86)

Kampf dem System!



Es ist mal wieder soweit. Der Mai ist gekommen, die Bullen schlagen drauf ... (echt alte Volksweisheit!); und mit dem Mai kommt die Zeit wo ein gewisses schwarz-rotes Büchlein zum 5. Mal in die Mache geht. ´86, das Jahr der Jubiläen. Traditionell auch die Zeit für'n Rückblick.

Als 1983 der SCHWARZ-ROTE KAIN-KALENDA auf den schwarzen Markt kam, hatten wir uns eine ganze Menge vorgenommen: Wir wollten gegen die Riesenflut der Taschenkalender aller Schattierungen anstinken, nicht mehr (oder doch?) und nicht weniger (ganz bestimmt nicht!). Wir wollten einen politisch engagierten libertären Kalender machen, der es qualitativ mit allem aufnehmen konnte was da war und gewesen war (z.B. auch mit dem ersten Schwarzen Kalender von Rhizom 1981, inzwischen gab es ja nun schon eine ganze Reihe politischer Kalender neben dem Roten von Rotbuch, dessen Rot aber schon mächtig ausgebleicht schien (ich glaub fast, heute isset rosa ...).

Aber es gab eben keinen anarchistischen Kalender und da sahen wir die Chance einen neuen Kommunikationsfaktor zu schaffen, auch wenn ´81 von den 6.000 Rhizom-Kalender nur ca. 3.000 verkauft werden konnten. Wir machten uns auch gleich voll Enthusiasmus an die Arbeit, tja Arbeit war's echt genug, so'n Teil vernünftig auf die Beine zu bringen, und am Ende fanden wir das Teilchen auch ganz ansehnlich. Obwohl wir ziemlich hohe Produktionskosten hatten, weil wir insbesondere bei der Bindung auf gute Verarbeitung achteten, versuchten wir den Preis in vertretbaren Grenzen zu halten: 8 Marx - mehr wert! Das brachte zwar ne knappe Kalkulation ein, aber wir wollten's mal versuchen. Der Erfolg schien uns auch zunächst recht zu geben. Die ersten 8.000 Auflage neigten sich dem Ende entgegen. Aber die 5.000 die wir dann nochmal nachgeschoben haben, waren entschieden zuviel. 3-4.000 blieben liegen - verschenkt, rote Zahlen. Das führte zur bisher teuersten "Werbeaktion" des Verlages - wir verschenkten alle übrigen die meisten davon in Berlin, da wir sonst noch Miese für Transport und Porto eingefahren hätten. Ökonomisch war das Ganze natürlich'n Flop. Aber es kamen auch die ersten begeisterten Zuschriften.

1984 - gegen das Schweinesystem verkauften wir sozusagen die ganze Auflage der vorsichtig angesetzten 9.000

1985 - ging leider einiges schief. Der Umstieg auf linke Druckereien brachte Ärger und miese Qualität und von den uns gelieferten 9.600 statt 10.000 gingen "nur" 9.000 weg. Wenn ein paar Hundert liegen bleiben, oder gar mehr, wirds für uns kritisch - eben weil wir sehr knapp kalkuliert haben und die Preise aber steigen, jedes Jahr!

1986 - wiedermal auf 9.000 eingepeilt, 8.700 geliefert, Verkauf 7.500 - teuerster Stückpreis, niedrigste Auflage, schlechtester Verkauf seit Start. Ökonomisch wieder mal'n Flop, aber diesmal politisch auch.

1987 - ???

Seit wir für 1983 den SRKK zum ersten Mal rausgebracht haben, sind wir uns der vielen Schwierigkeiten bewußt, die es bedeutet, einen solchen Kalender zu machen. Auf der ökonomischen Schiene ist das Ding so angesiedelt, daß es einmal nicht zu teuer sein darf, weil unsere Käufer wenig Geld haben, oft jedenfalls; die hohe Qualität der Verarbeitung bedingt einen hohen Herstellungsstückpreis, der je niedriger die Auflage ist, umso höher wird. Selbstverständlich ziehen zudem Jahr um Jahr die Preise an, so daß wir sehr scharf nach billigeren Herstellern Ausschau halten müssen, um den Preis halten zu können (wahrscheinlich müssen wir 87 doch auf 9,-- DM erhöhen). Auf der Verkaufs/Vertriebsseite sieht es so aus, daß wir <u>wegen unserer politischen Ausrichtung</u> und die damit untrennbar verbundenen Vorurteile von vielen Auslieferern gar nicht geführt werden. Zum Beispiel fallen im allgemeinen alle Buchhändler folgender Ausrichtung weg: Frauen, Müslis, Buchhandel des K-Spektrums (Revis) und ein großer Teil des bürgerlichen und liberalen Buchhandels.

Hinzu kommt die Praxis in großen Teilen des linken Buchhandels, dem das Wasser bis zum Hals und höher steht, und der um sein Überleben kämpft: Keine Bestellungen weil keine Knete da ist, keine Nachbestellungen, weil noch zu viel andere Kalender auf Halde liegen und die erst verkauft werden sollen/müssen (damit manchmal Falschinformation verbunden: "Den SRKK gibts dieses Jahr nicht ... ist ausverkauft ...). Oder aber der Verzicht auf den SRKK zugunsten unproblematischerer Produkte, Verschenkkalender, div. Heilkräuterkalender etc..

Jedes Jahr gibts natürlich auch wieder neue Kalender und der/die modebewußte Konsument/in nimmt dann mal zur Abwechslung was Neues. Die anarchistischen Gruppen sind ebenso wie einzelne Leute oft nicht in der Lage eine größere Summe Geldes vorzuschießen und einen Schwung SRKK zu bestellen, den sie mit ziemlicher Sicherheit verkaufen würden. Umgekehrt haben wir mit einigen Leuten trübe Erfahrungen gemacht, was die Zahlungsmoral betrifft und da wir es uns weder leisten können, noch Böcke drauf haben den zahlungsunwilligen Massen hinterherzurennen, fällt die Möglichkeit auch oft unter den Tisch.

Der Kreis schließt sich - wir können den Preis nur halten, wenn kostendekkend produziert werden kann. Ich hatte gehofft, das über steigende Auflagenzahlen zu erreichen, weil mit steigender Stückzahl die Produktionspreise auf das einzelne Stück berechnet günstiger werden. Die Auflagenzahlen stagnieren aber, ja sinken (1986). Wenn wir jetzt gezwungenermaßen den Preis um eine Mark (immerhin das ersten Mal nach vier Jahren und dabei bleiben nur 50 Pf für den Verlag) raufsetzen müssen, wird das weiter bremsend wirken. Werbeaufwand können wir uns kaum leisten. Dazu sind die Summen zu hoch und die Spanne zu klein. Was tun?

Der SCHWARZ-ROTE-KAIN-KALENDER ist seit 1945 das anarchistische Publikationsorgan mit der höchsten Auflagenstärke (zum Vergleich: AKTION ca. 2.500 - 3.000, Schwarzer Faden ca. 1.700). Der SRKK ist ein Jahrbuch mit internationaler Leserschaft und wird <u>intensiv</u> genutzt. Er geht u.a. in folgende Länder: Österreich, Schweiz, Holland, Belgien, Italien, Dänemark, Schweden. Einzelne Exemplare gehen auch in andere Länder wie Griechenland, England, Frankreich, Saudi-Arabien etc. und auch schonmal nach Übersee, USA, Australien, Neuseeland. Na und nicht zu vergessen - die DDR. Natürlich bleibt der Hauptbatzen im doitschen Lande.

Ich habe im Laufe der Jahre eine Menge Post bekommen. Kritik war wenig angesagt, auch wenn ich mit da manchmal mehr gewünscht hätte. Man lernt nie aus. Der weitaus größte Teil war des Lobes bis der Begeisterung

voll, ich hätte da eine reichen Zitatenschatz anzubieten. Nun bleibt die Kritik ja doch meistens eher ablehnend stumm, aber selbst das vorausgesetzt, hat mich das oft sehr ermutigt weiterzumachen, was mensch da schrieb.

Es stellte sich heraus, daß die Inhalte des Kalenders viele angetörnt hatten und Hinweise aufgenommen wurden. Das jährlich aktualisierte Adressenverzeichnis half, Kontakte zu knüpfen und zu finden, und manche/r meldete sich direkt bei mit oder anderen zur Lösung eines bestimmten Problems. Der SRKK hat uns geholfen eine bessere Kommunikation herzustellen, hat Diskussionspunkte aufgeworfen und Leute mit anarchistischer, antiautoritärer Geschichte, Praxis und Theorie zusammengebracht, die wir sonst kaum erreicht hätten. Insofern können wir zufrieden sein.

Was allerdings nicht gelaufen ist, oder jedenfalls viel zu wenig, und da geht es dem SRKK nicht besser als den A-Verlagen und Zeitschriftenprojekten, ist die aktive Unterstützung des Projekts. Wie andere gedruckte Propagandamittel werden die Möglichkeiten des SRKK noch viel zu wenig genutzt, sowohl was das eigene sich darin Einbringen betrifft, Mitarbeit, als auch der Beitrag zur Verbreitung durch Handverkauf oder auch durch Werbung wie Aufkleber kleben und Anzeigen in unseren Publikationen. Die Verkaufszeit für den Kalender läuft im September an und geht bis mindestens Februar. Wenns gut geht, erscheint aber meistens nur eine Anzeige.

Wenn wir von der fehlenden aktiven Unterstützung anarchistischer Publikationen sprechen, heißt das, sich auf ein Spezifikum der libertären Szene zu beziehen - und zwar speziell der im deutschsprachigen Raum. Es handelt sich um ein Phänomen, das ganz entscheidend dem universalen Anspruch der anarchistischen Theorie widerspricht: Scheu vor der Öffentlichkeit. Während in anderen Ländern, wie z.B. Italien, Straßenverkauf anarchistischer Zeitungen und Informationstände anarchistischer Gruppen und Organisationen, sowie große Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen und eigenständige Demonstrationen durchaus keine Ausnahmeerscheinung sind, ist in Deutschland schier nichts und wieder nichts zu merken.

Woran liegt das? Zum einen liegt es daran, daß kaum irgendwo die anarchistische Bewegung so gründlich zerschlagen wurde wie in (Hitler-) Deutschland. Es gab und gibt kaum eine historische Kontinuität. Unsere "Veteranen" sind in der Regel ein paar unverbesserliche antiautoritäre Öller und selbst die sind dünn gesät. Die ganz alten Genoss/inn/en, von denen es ohnehin nur ganz wenige gibt, sind kurz vor dem "Aussterben". Dem geht einher, daß die individuelle Aufnahme anarchistischen Gedankenguts noch nicht die eigenständige Formulierung eines den heutigen Verhältnissen angemessenen (Klassen- d.T.)Standpunktes, dem sich viele verbunden fühlen gebracht hat.

Wir befinden uns mitten in einem langwierigen Klärungs- und Diskussionsprozesses, der nur durch organisiertes Handeln zu beschleunigen ist. Das Bedürfnis ist zwar vorhanden, doch wird die Umsetzung wieder duch den weitgehend ungekärten theoretischen Standpunkt erschwert. Das bedingt bei der Vielfalt der Bewegung eine tiefe Unsicherheit oder besser Verunsicherung. "Alte" Genoss/inn/en erklären, obwohl sie schon 10 Jahre und mehr anarchistischer Überzeugung und Arbeit auf dem Buckel haben, daß wir "erstmal unseren Standpunkt klären müssen, ehe wir an die Öffentlichkeit gehen können" - ganz falsch behaupte ich. Die Klärung unseres Standpunktes erreichen wir nur in der Auseinandersetzung mit dieser ominösen Öffentlichkeit, sie kann nur ein Produkt der Analyse unserer täglichen Kämpfe sein; ohne das haben wir keinen Boden unter den Füßen. Ich gehe sogar noch eine Schritt weiter: ich behaupte, daß wir die sog. Öffentlichkeit in unsere Standpunktfindung aktiv miteinbeziehen müssen, denn diese Öffentlichkeit ist letztendlich das Volk, das die Anarchie verwirklichen soll. Und wie kann es das, wenn es unsere Ideen nicht kennt?

Es geht auch gar nicht darum, ihm diese Ideen mundgerecht und ausgeschliffen zu servieren, daß es nur noch diese Wunderdroge konsumieren muß, um anarchistisch zu werden, sondern darin liegt auch eine Stärke, daß wir unsere (theoretischen) Schwachen zugeben können (im Gegensatz zu den Propheten der antimperialistischen Avantgarde) gerade um sie mit dem Leuten zusammen, auch im Widerspruch, weiterzuentwickeln.

Wir müssen aber den Kontakt herstellen.

Wir müssen eine offensive Öffentlichkeitsarbeit machen, unsere Ideen, Strategien und Aktionsformen massenhaft unter das Volk tragen.

Der beste Ansatz war dazu im letzten Jahrzehnt die Bewegung der Bürgerinitiativen, in denen wir still aber wirkungsvoll mitgearbeitet haben. Wir haben zusammen mit den Menschen neue, befreite, unbevormundete und dezentrale Aktionsformen entwickelt, in fast allen emanzipatorischen Lebensbereichen bis hinein ins Berufsleben und damit unterschwellig ein libertäres Bewußtsein in den Köpfen sich verankern helfen, daß nur noch seinen Ausdruck in einer vom gemeinsamen Willen getragenen anti-staatlichen Massenorganisation oder besser Massenautonomie finden muß. Volkszählungsboykott und ähnliches sind gute Ansätze dazu.

Wir müssen aber auch den Usprung dieser Ideen und Entwicklungen mutiger und massenhaft in das Blickfeld der gesellschaftlichen Prozesse stellen. Wir müssen offensiv unsere publizistischen Produkte unter das Volk bringen und sie auch dementsprechend gestalten. Das heißt nicht, einem billigen Opportunismus Tür und Tor zu öffnen, sondern Mittel und Wege zu suchen, wie ohne Abbruch der Inhalte unsere Ideen verständlich und interessant dargestellt werden können. Diese Problematik ist zum Teil erkannt. Dennoch bewegen wir uns ganz offensichtlich noch immer in den engen Gettos der Szien. Dabei gibt es wirklich eine Reihe anarchistischer Produkte, die sich sehen lassen können und auch mehr als einer oberflächlichen Betrachtung standhalten.

KEIN GOTT
KEIN STAAT
KEIN SKLAVE

Da wir nicht ohne weiteres erwarten können, daß die Menschen zu uns kommen, nur weil wir so Edles wollen, müssen wir eben zu den Menschen gehen. Wir können unsere Zeitschriften im Handverkauf in die Kneipen und Schulen, sowie auf die Straßen bringen, könne Informations- und Büchertische überall machen und Plakate, Wandmalereien, Schablonen auf jede denkbare freie Fläche bringen ("schreibt die Parole an jede Wand"). Wir können unter eigenen Losungen demonstrieren, von alleine kommt nichts, jede/r einzelne von uns muß es tun. Wir erreichen alles, wenn wir es wollen.
Um wieder auf den KALENDA zurückzukommen: auch der ist da ein Mittel. Es ist unglaublich, an welche Leute ich ihn oft verkauft habe, welche Leute ich oft damit sehe. Da sind Leute, an die wir sonst niemals herangekommen wären (die ihn z.B. zufällig in einer Kneipe gekauft haben oder ihn bei Freund/inn/en gesehen haben und dann auch wollten). Der SRKK ist bedingungslos engagiert und es werden durch die intensive Nutzung des Kalenders unsere Ideen an die Leute herangetragen und auch ihte Vielfalt gezeigt (1 Jahr lang). Ich habe oft von Leuten gehört, daß sie den SRKK immer wieder zur Hand nehmen, wenn sie irgendwo warten müssen, Langeweile haben, in der U-Bahn sitzen und auch weil sie immer wieder etwas Neues, noch nicht Entdecktes darin finden - da liegt z.B. auch eine Funktion des phantasievollen Lay-Outs, das viele unpraktisch finden. Sicher ist es auch für die KALENA-Benutzer im Ausland ein besonderer Anreiz, die oft nicht einmal der deutschen Sprache mächtig sind. Auch über die Gestaltung werden die Ideen transportiert, die dahinter stehen.
Es wäre sicher noch das eine oder andere zu sagen, doch ich hoffe, daß auch dieses kleine, wenn auch schon relativ lang geratene Paper Euch einen Ein- und Überblick über unsere Arbeit und Problem gibt. Vielleicht geibt es Euch auch den Anstoß Eure Möglichkeiten der Mitarbeit, Kritik und der praktischen solidarischen Unterstützung für den SCHWARZ-ROTEN-KAIN-KALENDA '87,'88,'89 nochmal auszuloten und natürlich auch desgleichen, was andere libertäre Produkte und Projekte betrifft. Jede/r sollte sich fragen: "Was kann ich tun?" und nahezu jede/r wird finden, daß sie/er mehr tun kann.

Mit libertären Grüßen,
KALENDAmacher





Die ANDERE
Gewerkschaft:
Freie Arbeiter Union

Wer wir sind, was wir wollen. 3. Auflage, 52 Seiten, Preis 3.00 DM

Plk. 092 822 A, 5Köln 1



Internationales Journal
zur Kultur der Anarchie

Probenummer gegen 2,- DM in Briefmarken
Abo für 5 Hefte gegen 10,- DM auf das Postscheckkonto Esn 2613 45 - 436 (Peterson)

TRAFIK Peterson, Muhrenkamp 42 D 4330 Mülheim a. d. Ruhr 1



Bestellung an:
Friedrichstr. 31 SF Pat.
1000 Berlin 61

DIREKTE AKTION

Organ der Freien Arbeiter Union F.A.U.
(Anarcho-Syndikalisten)
angeschlossen an die Internationale
Arbeiter Assoziation I.A.A.
Redaktion und Vertrieb: Ortsgruppe Dieburg
Postlagerkarte 060926 A 6110 Dieburg
Preis pro Exemplar DM 1,50, ab fünf Stück DM 1,–
Abonnement: sechs Ausgaben DM 15,–
zwölf Ausgaben DM 28,–;(Vorausüberweisung)
Postgirokonto Ffm. 395789–602, W. Schneider
BLZ 500 100 60
Die Direkte Aktion erscheint zweimonatlich.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wider.

ANARCHO-SYNDIKALISMUS IN DEUTSCHLAND

Zur Geschichte der
»Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften«
(1897-1919)
und der
»Freien Arbeiter Union Deutschlands«
(1919-1939)



FREIE ARBEITER-UNION/IAA
Zu bestellen bei:
Fau-Hamburg
Methfesselstr. 18
2000 Hamburg 20
für 0.50 DM + Porto



*JOS FRITZ
Politische Buchhandlung
& modernes Antiquariat
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg Br.
Telefon 0761/26877



Versuch einer Selbstdarstellung durch die Redaktion

Seit einigen Monaten erscheint nun das HABERFELD als ungenehmigte, dafür unzensierte Gefangenenzeitung. Es entstand aus der Erkenntnis heraus, daß die Ent icklung einer autonomen Gefangenenbewegung nur über ein eigenes Medium möglich sei. Abseits jeglicher Vereins- und Parteistrukturen strebten und streben wir ein Bündnis/ Austausch/Diskussion derjenigen Gefangenen an, die sich nicht von Parteien und Vereinen fremdbestimmen lassen, sondern für ihre Selbstbestimmung kämpfen wollen.

Selbstbestimmung in einem System totaler Fremdbestimmung, dies mutet zunächst sonderbar an. Uns war von vorneherein klar, daß der Staat seine Repressionsmittel gegen uns auffahren würde. So wurden zu Beginn unserer Arbeit eine Reihe von Schreib- und Besuchsverboten verhängt, um die Kontakte zu den Freunden draußen zu zerschlagen. Trotz dieser Repression erschien das HABERFELD. Mittlerweile beschränken sich die Repressionen auf die Zensur. So kam von den bisherigen Ausgaben des HABERFELDS nicht eine Seite in bayrische Knäste rein.

Obwohl wir die Bedeutung eines unzensierten Sprachrohrs für Gefangene nicht unterbewerten, sehen wir die Zeitungsarbeit nicht als isolierte Sache. Vielmehr soll das HABERFELD die weitverbreitete Resignation in den Knästen durchbrechen. Sich gemeinsam wehren - das ist unser Ziel.
Das HABERFELD will das Diskussionsforum für Gefangene (und Leute von draußen) sein, das es ermöglicht - über eine breitere Diskussion zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen.

Unser Ziel - eine Gesellschaft, die ohne das Repressionsmittel Knast auskommt, also eine HERRschaftsfreie Gesellschaft - läßt sich hier und heute politisch nicht durchsetzen. Einzelschritte sind notwendig. Allerdings dürfen diese Einzelschritte nicht in einem Ausbau der Sozialfürsorge, sprich Sozialkontrolle bestehen. Teilforderungen sind also daraufhin zu überprüfen, ob sie zu mehr oder weniger staatlicher Kontrolle führen.

Für uns liegen also mögliche Teilschritte nicht im Bereich der Sozialfürsorge, sondern im Verzicht auf Repressionsmittel, z.B. Abschaffung der Zensur, der Trakte, der Anstaltspsychiatrien usw. Diese Forderungen einfach in den Raum zu stellen würde bedeuten, daß wir die appellative Schiene nicht verlassen, unser Schicksal vom Wohlwollen der Politiker abhängig machen. Gesellschaftliche Veränderung ist ohne gesellschaftlichen Druck nicht möglich.
Gefangene besitzen - wie so viele andere Minderheiten - keine Lobby, welche den Abgeordneten ständig auf der Pelle hockt. Wir verfügen auch nicht über genügend Finanzmittel, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wir besitzen nur die Kraft unserer Argumente, unseren Willen zur Veränderung und die Hoffnung, daß wir - mit Hilfe von Euch draußen - einen Umdenkprozeß herbeiführen können.

Die bürgerliche Herrschaftsideologie basiert auf den Prinzipien der Strafe und der Abschreckung. Was in der Kindererziehung seinen Anfang nimmt, findet seine Krönung in der Repressionsorgie Knast. Wir betrachten Knast also nicht als isoliertes gesellschaftliches Problem. Eine Gesellschaft, welche Besitz, Staatsräson und Anpassung als oberste Ziele propagiert, benötigt zwangsläufig immer mehr Knäste.

Wir wollen nicht nur Mißstände aufzeigen und uns darüber beklagen, wie schlecht doch diese Gesellschaft sei. Larmoyanz ist nicht unsere Sache. Schließlich liegt es an uns, diese Gesellschaft zu verändern. Unser fehlender Mut, unser Mangel an Entschlossenheit zementiert die bestehenden Verhältnisse. Zwar gibt es viele, die sich im totalen Repressionssystem Knast anpassen (oder diese Anpassung aus Opportunismus, Angst vorspielen), aber es gibt auch Gefangene, welche sich wehren.

Diesess sich-wehren geschieht meist individuell und ist somit chancenlos. Mit individuellem Widerstand wird dieser Staat leicht fertig - darauf ist er vorbereitet. Das Scheitern dieses individuellen Widerstands verstärkt wiederum die Resignation, führt letztendlich zum Defätismus. Hier will das HABERFELD ansetzen. Es gilt die Erkenntnis zu vermitteln, daß nicht der Einzelne allein kämpft, sondern daß es viele Einzelkämpfer gibt - warum also nicht gemeinsam kämpfen.

Dabei ist es wichtig, daß wir uns nicht zu hohe Ziele setzen, welche wir dann nicht erreichen können. Jedes Scheitern verstärkt die Resignation. Aus diesem Grund werden wir auch mit aller Kraft für den Fortbestand des HABERFELDS kämpfen. Hier ist ein selbstbestimmter Ansatz - ein freies Diskussionsforum der Gefangenen - entstanden. Das HABERFELD hat Hoffunungen geweckt und Mut gemacht. Seine Zerschlagung würde einen immensen Rückschritt bedeuten.

Hier und heute stellen sich deshalb für uns sofort zwei Aufgaben. Es gilt die Diskussion mit Euch draußen auf eine breitere Basis zu stellen. Hier kommt natürlich noch ein weiterer Aspekt hinzu. Je größer die Verbreitung des HABERFELDS draußen, je mehr Unterstützung, desto schwieriger wird es für die Justiz, uns zu zerschlagen. Der zweite Punkt wäre die Intensivierung der Diskussion der Gefangenen untereinander. Dies läuft nur beschränkt. Dies liegt vor allem daran, daß das HABERFELD die Gefangenen in bayrischen Knästen nicht erreicht.

Hier bietet sich ein Ansatzpunkt für die Arbeit in nächster Zukunft. Wenn wir erreichen wollen, daß diese Nichtaushändigungspraxis der bayrischen Justiz geändert wird, so brauchen wir breite Unterstützung von Euch. Berichtet in Euren Zeitschriften über uns. Greift zusammen mit uns diese Zensurpraktiken an. Zensur ist ein Problem, mit dem ihr ja ebenfalls konfrontiert seid. Den Kampf gegen diese Hydra können wir nur gemeinsam führen und gewinnen. In diesem Sinne:

GEMEINSAM SIND WIR STARK!

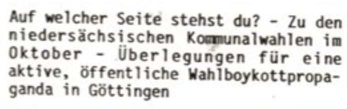
Heft Nr 3:
Folter im
Normalvollzug
Heft "extra":
Diskussionen zum
ADG - Strafverschärfung bei
Vergewaltigung?

Sie würden uns
gern im Knast
begraben...
Die Hölle hat
uns mit
dem
Prädikat
"unverdaulich"
wieder ausgespien.
Für eine Gesellschaft ohne
Knäste:
HABERFELD!
Kontakt: R.
Hallama, Sackgasse 4
7147
Nussdorf

LOKALES AUS GÖTTINGEN

EINE ZÜNDENDE IDEE

Wahlboykott!



Auf welcher Seite stehst du? - Zu den niedersächsischen Kommunalwahlen im Oktober - Überlegungen für eine aktive, öffentliche Wahlboykottpropaganda in Göttingen

Bei den Landtagswahlen Ende Mai 86 konnten die hiesigen Grün/Alternativen mit fast 2o% der Stimmen das landesweit höchste Ergebnis insgesamt erzielen. In Bezug auf die Kommunalwahlen im Oktober zeichnet sich somit zum erstenmal seit langer Zeit die Möglichkeit ab, daß die alteingesessene CDU/FDP-Mafia von einem "rotgrünen Bündnis" abgelöst wird. Warum dies für uns, die sozialrevolutionäre, radikale Linke insgesamt, nicht nur nicht ein Grund zum Freuen ist, sondern eine gute Gelegenheit sein könnte, unsere Systemkritik und Befreiungskonzeptionen endlich mal nach außen zu tragen, damit beschäftigt sich seit einigen Wochen eine Kleingruppe und davon handeln die folgenden Überlegungen.

Bereits seit dem Frühjahr hat sich in Göttingen was neu bewegt. Dies wurde in den - zumeist reaktiven - Aktionen zum 1. Mai, Libyen, Tschernobyl und nach Brokdorf deutlich. Die schon länger schwelende Unzufriedenheit darüber, Inhalt und Ablauf von Demos in der Vergangenheit stets dem "alten" alternativen Spektrum überlassen zu haben, wurde sichtbar - und zwar sowohl aufgrund von Vorbereitung, als auch durch spontanes Handeln:
Am 1. Mai sah sich der sozialpartnerschaftlich-systemkittende DGB von einem oppositionellen Block grundsätzlich kritisiert ("Die 'freie'Wahl der Herren schafft die Sklaverei nicht ab!", "4o Jahre DGB tun dem Kapital nicht weh!"). Die lähmende Libyendemo wurde von der Power des autonomen Frauenblocks, die als einzige eine revolutionäre Perspektive rüberbrachten, belebt. Auf den Tschernobyldemos setzten Leute spontan eine Änderung der Route durch und versuchten z.T. erfolgreich, Hauptverkehrskreuzungen zu besetzen (auf die brutale "Antwort" der Bullen waren wir allerdings nicht genügend vorbereitet). Bisher am besten war die letzte Demo gegen den Staatsmachtsterror von Brokdorf und für das Vorwärts der Rebellion, die völlig ohne das alte Alternativspektrum organisiert und durchgeführt wurde (und die den grünen Landtagsabgeordneten, der zufällig mit dem Rad längs kam, sichtlich entsetzte!). Durch entsprechende Kontaktaufnahme im Vorfeld dieser Demo war es ansatzweise gelungen, die bisher z.T. ziemlich voneinander abgeschotteten linksradikalen Gruppen zusammenzubringen. Darunter waren nicht wenige, die in der letzten Zeit gar nicht mehr zu Demos kamen, weil sie sie von vorneherein als "ätzend-lähmende" Latschdemos einschätzten. Die Demo war nicht genial, aber ein wichtiger Schritt vorwärts gegen die Gefahr der Selbstisolierung und Hierarchisierung, mit dem es gelang, eindeutig sozialrevolutionäre Inhalte in eine öffentliche Aktion einzubetten.

Was sich somit auf der praktischen Ebene entwickelt hat, kann jedoch nur ansatzweise gelten und darüberhinaus nur punktuell - eben auf Demos. In Brokdorf wurde dann spätestens klar, daß wir ohne eine funktionsfähige inhaltliche Austauschstruktur nicht effektiv handeln können. Diese bislang fehlende, verbesserte Diskussions- und Koordinationsmöglichkeit zu schaffen, war ein wesentlicher Ansatz des seit 2 Monaten bestehenden Infosystems, das sich hoffentlich zu einer permanenten Austauschstruktur der verschiedenen linksradikalen Gruppen in der Stadt weiterentwickelt.

Wir sind deshalb so relativ ausführlich darauf eingegangen, weil wir damit klarmachen wollen, was wir meinen, wenn wir sagen, das sich was bewegt hier. Denn dieser Bewegungsansatz unter uns könnte zu einem wichtigen zweiten Schritt überleiten - über uns hinaus! Nachdem der Ansatz für eine Zusammenarbeit geschaffen ist, können wir diesen zu einer Klärung dessen nutzen, was uns bei unserem Kampf gegen das herrschende System verbindet - und was nicht ("Feuer und Flamme für jeden Staat!" - "Feuer und Flamme für diesen Staat!"?). Bei auf diese Art zustandegekommenen Diskussionsergebnissen, können wir Bereiche abchecken, die gemeinsames Handeln nach außen hin ermöglichen. Dies würde dann endlich einmal unsere relative Stummheit im Alltag überwinden - denn da greift das System. Nach Brokdorf - und z.T. schon vorher - haben wir diskutiert, daß es für ein wirksames Treffendes Systems darauf ankommt, uns im lokalen Widerstand zu verankern und dort, vor Ort, den Aufbau sozialrevolutionärer Gegenstrukturen anzugehen.

Wenn wir uns diese lokale Ebene angucken, so stellen wir fest, daß es dort die Grün-Alternativen sind, die sich politisch äußern. Wir wollen an dieser Stelle keine fundierte-/quellenmäßig belegte Grünenkritik liefern (obwohl wir darum letztendlich nicht herumkommen werden), sondern uns zusammenfassend auf einige wenige Aspekte beschränken.
Zuerst gilt es, offensiv mit der Illusion aufzuräumen, daß die Grünen eine linke Partei seien und es bei ihen Platz für grundsätzliche Systemopposition gebe. Indem die Grünen das Übel von der Wurzel trennen, wirken sie als systemstärkender Kitt an der Nahtstelle eines Zusammenhangs, der für sie nicht existiert. Für sie gilt nicht: "Das System bekämpfen wir!" sondern: "Wir sind gegen die Fehler des Systems, das wir prinzipiell bejahen und humanisierend korrigieren/reformieren möchten!"
Die Folgen der systemintegrativen Absaugfunktion der Grünen liegen - gerade nach den Staatsmachtsdemonstrationen um Brokdorf - auf der Hand. Von grünen Stellungnahmen bis zur TAZ zieht sich einhellig der Tenor: Nicht, daß die Bullen am/um den 7.6. überhaupt gesapalten haben, sondern daß sie falsch gespalten haben, ist verwerflich!" Kein Wort dazu, daß die Erklärung für das unterschiedslos brutale Bullenvorgehen und Brokdorf und danach die generalstabsmäßig inszenierte Antwort der Herrschenden auf die bislang spaltungslose Bewegung um die WAA war (Stichwort: Modell Wackersdorf). Beklagt wird lediglich die inkompetente und inhumane Bullenvorgehensweise, die nicht imstande war, die "Bösen" richtig von den "Guten" zu scheiden.

Dabei ist klar, daß der Staat da Niederlagen einstecken mußte, wo der Widerstand sich nicht spalten ließ und in der Bevölkerung verankert war -

von Whyl übers Wendland bis (hoffentlich!) hin zu Wackersdorf; und daß unsere Niederlagen da vorprogrammiert waren, wo sich die Bewegung über das grün-bürgerliche Lager teilweise auf die von den Herrschenden inszenierte Militanzdebatte spalten ließ - z.B. Bremerhaven gegen die Friedensbewegung und das Versacken des Häuserkampfs im TAZ/alternativen Legalitäts"freiraum".
Die Grünen nähren stets die Illusion, daß durch von ihnen ermöglichte "Freiräume" innerhalb des herrschenden Apparates Befreiung durchsetzbar sei, d.h. sie erkaufen diese durch den politischen Verzicht auf grundsätzliche Systemopposition.
Auch in Göttingen war vor einigen Jahren auf einmal ein unabhängiges Jugendzentrum, das JUZI, durchsetzbar. Woher der plötzliche Sinneswandel der Stadtratsmafia? Der Häuserkampf hatte auch hier sehr viele Leute mobilisiert (mehr als 3 ooo auf der Straße gegen die drohende Räumung der besetzten Augenklinik). Vor diesem Hintergrund war die Einräumung des JUZI wohl sehr wahrscheinlich von "Befriedungswünschen" der Stadt gegenüber der "Szene" getragen. Das heißt aber: die Stärke des Befreiungskampfes gegen Wohnungsnot und für ein selbstbestimmtes Leben hat die Stadt gezwungen, einer "Freiraum"forderung nachzugeben - ohne Freiheitskampf kein "Freiraum"!
Daß sie jetzt darangehen, gegen das JUZI zu hetzen, sein Weiterbestand gefährdet sein könnte, braucht nicht zu verwundern. Zumindest tendenziell ist das JUZI so etwas wie ein unkontrollierbarer Impulssender und keinesfalls - wie von oben erhofft - eine kanalisierende Widerstandsabsaugpumpe. Sie haben es immer wieder verstanden, der jeweiligen Situation entsprechend ihr Herrschaftssystem hinüberzuretten; als die Bewegung stark war, mußten sie ihr irgendetwas "geben"; wenn die Bewegung - wie jetzt leider noch - weniger stark ist, greifen die bedenkenlos auch den letzten "Freiraum" an (das gilt grundsätzlich auch für das mißliebige Autonome Frauenzentrum), aus dem sich zumindest potentiell eine Bedrohung für sie entwickeln könnte - daß dieser Angriff im Falle des JUZI nun ihrem damaligen "Rettungsanker" gilt, liegt nur in der Logik des Systems und ist nur scheinbar paradox.

Der 2. Aspekt, der uns im Zusammenhang mit einer Kritik der Grün/ Alternativen enorm wichtig erscheint, ist ihre ständige Präsenz im politischen Alltag. Das Verhältnis, in dem sie zu uns stehen, ist ein Profitverhältnis, sie benutzen uns als Druckmittel gegen ihre Systemkollegen, indem sie sich an die Spitze von Protestbewegungen setzen. Wir "machen" und sie "reden", wir übernehmen die Bauzaunbasteleien, sie äußern sich politisch. Durch unsere Stummheit in diesen Fällen konnten sie sich dem System formal als Dialogpartner und als Vertreter solcher Protestbewegungen anbieten und so deren Dynamik kappen.(Zu dieser fatalen "Arbeitsteilung" zwischen dem grün/ alternativen Spektrum einerseits und dem sozialrevolutionär-anarchistisch-autonomen Lager andererseits, haben sich die Genossen/innen der WILDCAT in ihrer kürzlich erschienenen Sommerausgabe eingehender Gedanken gemacht, vgl. S. 55-58:"tragen wir den Kampf in die Städte!" Deshalb gehen wir darauf jetzt nicht näher ein.)
Diese Stummheit zu überwinden meinen wir, wenn wir davon sprechen, daß wir uns im lokalen Widerstand verankern wollen bzw. besser verankern wollen, uns einmischen in das, was hier läuft. Wenn dabei "Freiräume" entstehen, so ist das nur gut, nicht aber die bloße Existenz solcher "Freiräume" an sich, denn es kommt darauf an, was wir daraus machen - sie als Basen für unseren Freiheitskampf zu begreifen und zu nutzen.

Bei der Überlegung, wie wir unser Vorhaben, uns mit sozialrevolutionärer Perspektive im lokalen Bereich zu verankern, praktisch angehen, gingen wir von folgender Fragestellung aus, Es müßte ein Feld sein, das lokalpolitische Bedeutung hat und das gleichzeitig geeignet ist, elementare Systemkritik deutlich zu machen und dieser dann unsere Vorstellungen von Freiheit entgegenzusetzen.
Unsere Meinung nach erfüllen die Kommunalwahlen, die hier im Oktober stattfinden, beide Bedingungen ganz vorzüglich.
Wir können daran klären: warum werden Wahlen überhaupt durchgeführt? warum ändern sie nichts? warum sind wir dagegen? was stellen wir unserem Anti-Parlamentarismus, unserer Anti-Staatlichkeit gegenüber?
Für Göttingen können wir aufgrund der Stärke der Grün/Alternativen sehr gut deren Funktion als Kanalisierungsfaktor von radikalem Widerstand aufzeigen. Z.B. treten sie für das Wahlrecht für Ausländer/innen ein, was auf eine Art deutlich den integrativen, auf Parlamentarismus fixierten Charakter grün/alternativer Politik beleuchtet. Als ob sich Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung von Auländern/innen und Asylanten/innen durch ein Kreuzchen alle paar Jahre änderten - ganz im Gegenteil könnten diese durch den alibimäßigen Verweis auf eine formalgesetzliche Gleichstellung noch zementiert werden. Anhand des Plans, Göttingen durch den Bau einer Bullenstation im Zentrum zu "bereichern", können wir klar das Aufstandsbekämpfungskonzept der Herrschenden erklären, nämlich eine verbesserte Logistik für Kontrolle und Zerschlagung von Protest und Widerstand. Über die Erläuterung bereits vollzogener und geplanter städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen können wir deutlich machen, wie sie uns zu isolierten Konsumabhängigen abrichten wollen, zu - in ihrem Jargon - "kaufkräftigen Bewegungseinheiten".
Im weiteren Zusammenhang wäre es sehr sinnvoll unsere Argumentation mit den anstehenden Volkszählungversuchen und der Einführung des neuen Personalausweises zu verbinden, weniger um sie als das zu entlarven, was sie sind, sondern mehr um klarzustellen, daß wir dies nicht dulden können.

Der Hauptgrund aber, weshalb wir für eine aktive, öffentliche und möglichst breite Wahlboykottpropaganda eintreten, liegt nicht im Erreichen einer möglichst starken, tatsächlichen Boykottquote, sondern darin, endlich den inhaltlichen Schritt in die Öffentlichkeit zu tun - unsere sozialrevolutionären Perspektiven kollektiv nach außen zu tragen (z.B. mit Diskussionsveranstaltungen zum Thema und mit Demos...). Eben nicht mehr, wie bisher, isoliert in der Wahlkabine aktiven Wahlboykott zu betreiben und imaginäre und nicht-imaginäre "Revolutionäre Pyrotechniker", Libertäre Wetterfrösche", "Kommando Emma Goldmann" etc., zu wählen - d.h. nicht nur!
Darüberhinaus finden wir es, wie gesagt, inhaltlich besonders wichtig, klar zu machen, wer auf welcher Seite steht, d.h. (um mal viele Diskussionen in WG- und Freundeskreisen aufzugreifen) die Grün/Alternativen öffentlich politisch anzugreifen.

In diesem Sinne sind die hier angestellten Überlegungen auch ausdrücklich nicht als intern anarchistisches Diskussionsmaterial, beschränkt auf das Libertäre Plenum gedacht, sondern als weitergehendes Diskussionsangebot für die Genossen/innen gemeint, die z.Zt. über das Infosystem versuchen, gemeinsam was auf die Reihe zu kriegen und voranzutreiben. Dabei ist der grundsätzliche Gedanke, Sinn und Zweck einer aktiven Wahlboykottpropaganda positiv zu erörtern, naturgemäß nicht auf Göttingen beschränkt, sondern an alle Genossen/innen gerichtet.



Wahlboykott-AG des Libertären Plenums
Göttingen, Juli 1986

LOKALES AUS GÖTTINGEN

Für die Soziale Revolution!!!

Gedanken zu einer neuen Strategie der anarchistischen Bewegung

I. Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um einige bruchstückhafte Gedanken zu der sich bereits im Gang befindlichen Strategiediskussion der libertären Bewegung. Er will ein Einwurf in diese Diskussion sein und keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben.
Wenn bestimmte Aktionsformen und Strategien kritisiert werden, so soll das nicht heißen, daß diese zu nichts nütze gewesen seien, oder nun der Vergangenheit angehören sollten. Nein, ich will versuchen, Aktion und Strategie in Zusammenhang mit unserem Ziel, der sozialen Revolution, zu setzen und deren Zweckmäßigkeit, gemäß dem anarchistischem Grundsatz der Übereinstimmung von Mittel und Ziel, untersuchen.
Die Akteure der vergangen Kämpfe handelten dem Entwicklungsstand unserer Bewegung und den gesellschaftlichen Umständen entsprechend. Sie hatten nicht die Wahl der Waffen, doch haben sie uns dahin geführt, daß wir, so hoffe ich, in absehbarer Zeit Ort, Zeit und Waffen selbst bestimmen, von der Reaktion zur Aktion kommen können.
Nocheinmal: Das, was wir heute tun, wird morgen nicht umsonst sein. Die Geschichte macht selten Sprünge und in diesem Land waren sie besonders selten.
Für eine lebhafte Diskussion!!!
Kampf dem Staat und Kapital auf allen Ebenen und an allen Fronten!!!

II. Ein weiterer Ausgangspunkt meiner Überlegungen soll die Entwicklung der libertären/anarchistischen Bewegung in der BRD darstellen.
Durch den Terror des weltweiten Faschismus kam es zu einem schmerzlichen Einschnitt in der Entwicklung der anarchistischen Bewegung. Als antiautoritäre sondern auch den autoritären Kommunismus zum Gegner. Nach der Niederlage des Faschismus konnte sich die anarchistische Bewegung nur langsam wieder erholen. Wenn mensch sich nun die Entwicklung des Anarchismus in der BRD seit 1945 ansieht, dann lassen sich drei Phasen festellen: 1. (45-ca.68) eine Phase des Bewahrens, 2. (ab 68) eine Phase der Wiederentdeckung des Anarchismus, der Spanischen Revolution und eine Diskussion derselben in vorwiegend studentischen Kreisen und 3. eine Phase der Verbreitung des anarchistischen Ideengutes und das Entstehen einer "Bewegung", die sich durch alle gesellschaftlichen Schichten zieht und einen großen Dunstkreis hat.
So weit eine grobe Einteilung, die ihrer Grobheit wegen natürlich einige Ungenauigkeiten in sich birgt: Natürlich ist die erste Phase keine reine Phase des Bewahrens gewesen. Neben illegalen Aktionen gab es Versuche einer anarchosyndikalistischen Neuorganisation. Ebensowenig bestanden die Anarchogruppen der "Studentenbewegung" nur aus Studies und unsere Bewegung ist heute zwar recht groß, die Zahl der militanten (im Sinne von aktiv, entschlossen) jedoch relativ gering. Beachtet mensch diese Ungenauigkeiten, läßt sich diese Einteilung durch die Zahl und Art der Publikationen seit '45 eindrucksvoll dokumentieren.
Jede dieser Phasen hatte nun ihre entsprechenden Aktionsformen. Versuchten die Anachos der Nachkriegszeit eine Reorganisation, schmuggelten Propaganda und gaben Zeitschriften heraus, so setzte die "Studentenbewegung" und das zeitlich folgend Bewegte Fanale gegen Imperialismus, Krieg, Besitz an Grundeigentum, Kapitalismus, für eine freie Sexualität, Menschlichkeit, natürliche Umwelt usw. Dies hat zum Wachsen unserer Bewegung, zur



Verbreitung der anarchistischen Ideen und auch dazu geführt, daß sich unsere Bewegung heute durch alle gesellschaftlichen Schichten zieht. Diese Entwicklung war notwendige Voraussetzung, um heute eine kollektive Diskussion um die theoretische und praktische Neubestimmung des Anarchismus führen zu können.

III. Heute stehen wir zwischen der 2. und 3. Phase. Ist die Bewegung auch gewachsen und hat sich die soziale Schichtung egalisiert, so ist sie keinesfalls in der Bevölkerung verankert. Würden heute oder morgen die Militanten eingeknastet, so würde wahrscheinlich kein Hahn nach ihnen krähen. Auch unsere Aktionsformen entsprechen meist noch denen der 2. Phase. Großdemos, Öffentlichkeitsarbeit und militante Kleinaktionen setzen Zeichen, sind ein Aufschrei gegen die organisierte Unmenschlichkeit, machen unsere Inhalte klar, weisen aber kaum auf unser



Ziel, die soziale Revolution hin. Muß eine revolutionäre Aktion nicht auch auf den Weg hinweisen, den Charakter revolutionärer Organisation zeigen und Postrevolutinärem vorweggreifen. Großdemos zeigen sicher diese Kriterien der Selbstorganisation, der Räte und der Direkten Aktion. Aber werden diese Inhalte den auch vermittelt, wenn wir uns abgekapselt an einen zentralen Ort begeben, meist irgendwo in der Pampa?
Was wir brauchen sind dezentrale, vielfältige Aktionsformen mit revolutionärem Charakter. Wir müssen eigene, revolutionäre Strukturen aufbauen und uns in der Gesellschaft verankern, wie ein giftiger Stachel im Fleisch des Staates.
Wie soll das gehen? Ein Szenario: Eine mittelgroße Stadt. Ca. 80 Libertäre finden sich zusammen. Es bildet sich ein Plenum, welches sich in größeren Abständen trifft. Die verschiedenen Ansatzpunkte libertären Handelns treffen zusammen (Anti-AKW, Antifa, Umwelt, Pädagogik, Kunst, Uni,

Schulen, Betriebe usw.) Es entsteht ein Überblick über die lokale Situation. Die Zusammenarbeit mit anderen, bürgerlichen Gruppierungen wird angestrebt. Veranstaltungen, Aktionen und natürlich Auseinandersetzungen mit dem DGB, Stadtteilgruppen, Kindergruppen, Grünen Basisgruppen, AI, Gesellschaft für bedrohte Völker, Künstlerhaus uva.
Gegenseitige Vorurteile werden abgebaut (wohlgemerkt: gegenseitige), mensch lernt sich kennen und vielleicht auch mögen. Genossen und Genossinnen vom Plenum arbeiten aus eigener Betroffenheit (eigener Betroffenheit) in anderen Gruppierungen mit. Jetzt kommt die Landtagswahl. Das Plenum beschließt einen Wahlboykott. Die Idee wird in die anderen Gruppierungen getragen und diskutiert. Die eine Hälfte der Gruppen zögert oder verwirft die Idee, die anderen schließen sich ganz oder teilweise der Kampagne an. Es werden Stadtteil- oder sonstige Gruppen gebildet, die die Kampagne vertreten und die sich in einen großen Stadtrat förderieren. Imperatives Mandat und basisdemokratische Strukturen sind selbstverständlich. Es ensteht ein politischer Faktor, der von den Parteien nicht übergangen werden kann (Welche Partei hat schon 250 aktive Mitglieder) und es entsteht eine alternative Struktur zu der städtischen Verwaltung, die nicht nur die Möglichkeiten lokaler Selbstverwaltung aufzeigen, sondern ein Grundstock für eine neue Realität werden kann.
Das Beispiel ist natürlich ungeheuer platt, aber es sollte auch nur zu Zweierlei dienen:
1. verdeutlichen in welche Richtung unser Denken und Handeln verstärkt gehen sollte und
2. klarmachen, daß es für eine Revolution keine Patentrezepte geben kann.

IV.Wir fristen ein Ghettodasein und wenn sich mal die Möglichkeit gibt, das eine Ghetto zu verlassen, so begeben wir uns schnell wieder in das nächste. Das birgt eine große Gefahr in sich, denn solange wir uns überwiegend in diesen linken Ghettos bewegen, wird es dem Staat nicht schwer fallen, unseren Widerstand zu eliminieren. Wir müssen also aus unserem Ghetto heraus und eine Möglichkeit ist es sicher mit nicht bewußt revolutionären Kräften zusammen zuarbeiten. Immer wieder produziert das System Widersprüche, welche in ihm selbst nicht zu lösen sind. Diese sind alle Ansatzpunkte für unsere revolutionäre Politik, wo wir uns mit anderen auf der Grundlage einer persönlichen Betroffenheit zusammenfinden können. Ich halte nichts von Parolen wie "Rein in die Betriebe!", dem langen Marsch durch die Institutionen oder ungeduldigem Aufgreifen immer wieder neuer Teilwidersprüche des Systems. Jede(r) soll da arbeiten und kämpfen wo sie(er) auch wirklich steht.

V. Praktischer Ausblick - Jobber: Mit der neuen Umstrukturierungsphase des BRD-Kapitalismus und dem damit verbundenen Abbau von Sozialleistungen fällt es immer schwerer durch Sozialknete über die Runden zu kommen. Als Folge davon müssen "Linke" + Studenten ihre Arbeitskraft noch mehr verkaufen.
Gerade in Göttingen, wo diese Tendenzen der Zwangsmobilisierung neuer Bevölkerungsschichten in letzter Zeit verstärkt zum Zuge kommen, für viele Genossen und Genossinnen Jobben einen gewichtigen persönlichen Stellenwert bekommt, wird das Jobben nicht als neues politisches Kampfterrain begriffen. Das, obwohl Notwendigkeit u. Möglichkeit klar ersichtlich sind. Zum einen setzt das Kapital Jobber geziehlt ein, um weiter ungarantierte, flexible Arbeitsverhältnisse zu schaffen und traditionelle, erkämpfte Rechte der Arbeiterschaft abzubauen. Zum anderen versauen viele Studijobber sich ihre eigenen Jobs, indem sie diese zu schlechten Bedingungen und wenig Lohn anzunehmen "bereit sind". Für viele, die das Wort Umstrukturierung im Munde tragen böten sich hier vielfältige Kontaktmöglichkeiten zur Facharbeiterschaft.

Setzen wir die Hebel an die Knackpunkte des Systems - Alle Tage, Sabotage!!!



FAU - Briefkasten in Göttingen

Die FAU/IAA hat neustens einen Briefkasten im Buchladen. Dort kann sowohl Post eingeworfen als auch hingeschickt werden.
Die Adresse ist:
FAU/IAA
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Schwarze Hilfe

Die starke Gefangenenbewegung der siebzieger Jahre verebbte mit der Depression der Bewegung Anfang der Achtziger. Knast - und Solidaritätsarbeit kocht mittlerweile auf Sparflamme. Für die Linke ist es überhaupt keine Selbstverständlichkeit mehr, sich organisiert um ihre Gefangenen zu kümmern. Strukturen, die bestanden, sind längst zerstört.
Unsere eigene Angst vor Knast potenziert sich, je weniger es gesichert ist, die Gewalt " Knast ", durch kontinuierliche Betreuung und Einbindung in Diskussionsprozesse aufzufangen, soweit möglich. Eigene Identität auch im Knast zu wahren, nicht an Frust zu krepieren, der Gehirnwäsche im Loch standzuhalten ist in der jetzigen Isolierung kaum möglich.
Anstatt sich diesem Knackpunkt zu stellen, Bedingungen zu schaffen, Mittel und Wege zu finden, die nicht nur Einzelkämpfern das Überleben sichern, hat sich bei den meisten von uns eine satte Verdrängung eingeschlichen - Knast ist tabu, Knastarbeit als ineffektive und frustrierende Angelegenheit verpöhnt, der Teufelskreis schließt sich.
Wir wollen versuchen, dem zu begegnen , indem wir uns Knast als Arbeitsbereich ganz gezielt aussuchen. Was wir dabei leisten können, können wir heute noch nicht einschätzen. Auf regionaler Ebene versuchen wir derzeit präventive Notpakete zusammenzustellen, für Leute, die unvorbereitet einfahren.
Auf überregionaler Ebene denken wir an eine Infodienst für jene, für die im knast weiterhin politische Auseinandersetzung wichtig ist, und für jene, die sich in und durch den Knast angefangen haben zu politisieren - für alle kämpfenden Gefangene also. Dafür brauchen wir Material von den einzelnen Gruppen - von allen möglichen inis aus allen Teilbereichen und sonstigen politischen und sozialen Zusammenhängen. Von diesen erwarten wir, daß es Euch zur Selbstverständlichkeit wird, inhaltlich wichtige



Flugis, schriftlich fixierte Diskussionen an denen Ihr gerade dran seid, also alles, was ein Bild davon vermittelt, was draußen gerade läuft, in angemessener Stückzahl (ca. 50) zu uns rüberzuschicken, damit wir die zusammenpacken und in die einzelnen Knäste, soweit dort Leute Interesse dran haben weiter verschicken können. Hierbei gibt's natürlich auch das wohlbekannte Kohleproblem: Wir werden die ganzen Portokosten, die da auf uns zukommen nicht allein tragen können und sind daher auf Eure Spenden angewiesen. Wenn diese beiden Sachen laufen würden, wäre schon ein erster Schritt getan, um eine Kommunikation zwischen drinnen und draußen die Tor zu öffnen.



Wir selbst sehen uns derzeit außerstande weitergehen direkt politische Auseinandersetzungen mit mehreren Knackis zu führen, können uns direkten Kontakt mit Gefangenen nur auf regionaler Ebene vorstellen, alles andere ist einfach nicht leistbar, die Diskussionen müßten mit den jeweiligen Gruppen direkt geführt werden, große Hoffnung verbinden wir auch mit dem Projekt "Haberfeld".
Woran wir für uns selbst derzeit arbeiten ist, Stufenvollzug zu analysieren, wie und wo der genau greift und installiert ist und weitergehend eine Klärung in die Diskussion zu kriegen über die Frage: Geht die Entwicklung beim Knast weiter in Richtung Behandlungsvollzug oder eher in Richtung Verwahrvollzug zurück, dazu bräuchte wir Zustandsbeschreibungen aus jedem möglichen Knast, um über eine Struktur, die sich dabei rauskristallisieren könnte, Hebel zu entwickeln an denen anzusetzen wäre.
Also Knackis schreibt, wie es bei Euch aussieht, von Hausstrafen, Wohngruppenvollzug, halboffenen etc. Vollzug bis Isohaft und andere.

DIE STÄRKE EINER BEWEGUNG LÄßT SICH ABLESEN AN DEM VERHALTEN ZU IHREN GEFANGENEN!!!

Kontakt: Schwarze Hilfe Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen
Postscheckkonto Nr.: 386374-300, BLZ 250 100 30
3000 Hannover, S. Viani, Stichwort "S.H."



DAS LIBERTÄRE PLENUM GÖTTINGEN

formierte sich Januar'86 und trifft sich seitdem alle zwei Wochen, Freitags, 20.00 Uhr, in der JUZI. Ziel war und ist es, eine Diskussions und Agitationsplattform für die verschiedenen libertären Menschen Göttingens zuschaffen, die vielen Kämpfe in den Teilbereichen, in den umfassenden Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals, des Menschen über den Menschen und des Patriachats münden zu lassen. Dieser Kampf muß auf den Grundlagen der Direkten Aktion und der Selbstorganisation geführt werden, denn nur so lassen sich autoritäre Strukturen verhindern und ein freiheitlicher Sozialismus verwirklichen. Wenn wir soziale Revolution sagen, meinen wir permanente Revolution in allen Lebensbereichen, die auch nicht vor dem Privatleben halt machen darf. Das private Leben und der politische Kampf stehen in einer Wechselbeziehung: Unfreie Menschen können keine freie Gesellschaft erkämpfen und in autoritären Gesellschaften können sich keine freien Menschen verwirklichen (Aus einen Info des LPG).



Praktisch hat des Plenum bisher Aktionen (z.B. zum 1. Mai), Veranstaltungen durchgeführt und auch den eigenen Diskussionsprozess weitergeführt. Wie weit Mensch dabei gekommen ist, läßt ja Freitags in der JUZI sehen.

Kontakt: Libertäres Plenum
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Diese ca. 150seitige **Dokumentation** ist zum Selbstkostenpreis von 15,00 DM + 1.80 DM Porto zu haben.
Die Kohle überweisen an S. Viani, Postscheckkontonr. 386374-300, Pscheckamt 3000 Hannover, Stichwort "Doku"

DOKUMENTATION:

über die Aktionsanalytische Organisation
Marxistisch Reichistische Initiative
Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude
Bunte Liste Freiburg
Arbeitskreis Antiklerikales Göttingen
Initiative Neue Linke

Sie sagen, sie kämpfen gegen Kirche und Reaktion, für sexuelle Befreiung, Meinungsfreiheit und Demokratie.

Sie verstehen sich gut auf medienwirksame Auftritte, bezeichnen sich als die "wahren Linken" und alle die sie kritisieren als faschistoid.

Ihre Taktik ist die Unterwanderung linker Organisationen, wie z.B. die Kieler Grünen, die Bunte Liste Freiburg.

Sie arbeiten mit den Bullen zusammen. So geschehen in Freiburg wo den Bullen eine Kartei von Punkern, Autonomen und Anarchos übergeben wurde.





Göttingen 7/86



HAUSBESETZUNG

Mit der Besetzung des fast 200 Jahre alten Fachwerkhauses in der Eberstädter Kirchstraße 8 wurde ein weiterer Fall von sinnlos leerstehendem städtischem Wohnraum bekannt. Das Haus, nach einem Gutachten von 79 angeblich baufällig, trotzdem noch weitere fünf Jahre von einer "schwer vermittelbaren Familie" bewohnt, stand nun seit zwei Jahren leer. Der Grund und Boden soll für 350 DM pro qm teuer an den Mann gebracht werden. Zu diesem Wucher fand sich zwar kein Käufer, dafür aber andere Interessenten, die sich in der Nacht zum 12. Juli dort einfanden.
Vom Barribau angelockt, tauchten zwei sympathisierende Streifenpolizisten auf mit der Bitte, doch etwas leiser zu besetzen.
Darmstadts bürgernaher Oberbürgermeister (lieber Metzger als gar kein Beruf) erschien am Samstag. Er forderte die Besetzer/innen auf, das Haus nicht zu betreten, da es baufällig sei. Verhandlungen über eine Instantsetzung kämen nicht in Frage wegen laufender Verkaufsverhandlungen.

Montag mittag kam erneut offizieller Besuch; Vertreter des Liegenschaftsamtes besichtigten das Gebäude zur "Schadensfeststellung", die Beamten signalisierten Verhandlungsbereitschaft von seiten der Stadt.



Die Taktik der Stadt, Widerstand in Darmstadt entweder mittels fadenscheiniger Zugeständnisse zu integrieren oder aber zu zerschlagen, wurde am Beispiel Eberstadt mal wieder durchexerziert. Sicher ging es den Verantwortlichen bei diesem Objekt um Knete - aber nicht nur. Schwerer wog wohl der Aspekt, eine neue Besetzerwelle könnte sich ausbreiten. Schließlich könnte ja dieses Beispiel den vielen wohnungssuchenden Studis ganz neue Perspektiven eröffnen.

Wir fanden allerdings auch, daß sich die Besetzer/innen bei ihrer Aktion verdammt einseitig auf dieses eine Haus konzentriert haben, mehr den symbolischen Charakter - "gegen Wohnungsnot" - betonten und damit nicht in einer grundsätzlichen Opposition zu einem System standen, in dem Wohnungspolitik nur einen Teil des komplexen Zusammenhangs darstellt.
Wir verstehen den Häuserkampf als nur EINE, wenn auch sehr wirksame Aktionsform, Widerstand zu leisten gegen die Herrschenden. Wir dürfen uns aber nicht damit zufriedengeben, wenn wir das gekriegt haben, was uns eh gehört.

Dennoch erklären wir uns mit der Eberstädter Gruppe solidarisch und wünschen ein besseres Gelingen beim zweiten Anlauf

WO BAURECHT ZU UNRECHT WIRD,

WIRD DER HEIMWERKER ZUM REVOLUZZER

Umso linker dann die Räumung am Dienstag morgen. Ein für Eberstädter Verhältnisse enormes Bullenaufgebot umzingelte die frühstückenden Besetzer, die darauf überhaupt nicht vorbereitet waren, hatten sie doch das scheinheilige Versprechen der Stadt für bare Münze genommen.
Einen Räumungsbefehl hatten die Herren (und Damen!) nicht mitgebracht, dafür aber gleich den Bagger zum Abriß (Entkernung), auch das Videoteam, das alle Anwesenden fürs Archiv verewigte, fehlte nicht.
Am Nachmittag verkündete Herr Metzger bei einer Pressekonferenz, daß ein Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch bereits eingeleitet sei.



Wollen wir überhaupt Medien benutzen, die Tag für Tag manipulieren, fester Bestandteil des Staates sind und ständig gegen uns propagieren? Wir lehnen solche TV-Auftritte auch deshalb ab, weil es sowieso unsere Schwierigkeit ist, Menschen zu berühren und zu überzeugen, die anders leben und denken als wir, wie also in 4 Minuten?
Wenn Leute sich dafür entscheiden, im Fernsehen über Ziele bzw. Beweggründe für den Widerstand zu informieren, sollte man/frau sich im voraus über bestimmte Sachen im klaren sein: Ist die eigene Sicherheit gewährleistet, das heißt, sollen wir vermummt und mit verzerrten Stimmen reden oder nicht besser die ganze Interviewsituation ablehnen? Welcher Eindruck entsteht und für wen sprechen wir, bzw. welche Verantwortung wird übernommen für diejenigen, die mit "wir" bezeichnet werden?

Wir gehen davon aus, daß nicht nur diese Sechs unter dem Druck stehen, möglichst schnell möglichst viele Menschen zu erreichen und dann zu Mitteln greifen, die scheinbar zur Verfügung stehen.
Konsequenzen daraus sind für uns, sich selbst nicht unter diesen Druck zu setzen, sondern wenn wir uns vermitteln wollen, dann auf unsere Art und Weise. Z.B. auf Veranstaltungen, deren Inhalt wir bestimmen, wo Zeit für Gespräche ist, wo wir konkret machen können, was wir wollen und die Zusammenhänge selbst darstellen - und das mit allen Mitteln der Phantasie.
KAMPF DER ATOMMAFFIA UND DER FLIMMERKISTE!!!

Freundinnen des Oberpfälzer Widerstandes



HOCHSCHUL POLITIK

Rund 13.000 Darmstädter Studenten der FHD hatten in diesen Wochen die Qual der Wahl. Asta, Stupa und die Fachschaftsräte wollten neu gewählt werden Zur Wahl stellten sich neben Jusos, Liberalen, MSBlern und Grün-Alternativen natürlich auch der RCDS, der in der Technikerhochburg seit jeher eine starke Fraktion stellt. Nicht ohne Erfolg agitierten die darmstädter Burschenschaften wie Corps Germania etc. ihre Mitglieder, doch überhaupt mal wählen zu gehen. Das nämlich ist an der FH durchaus nicht so üblich. So konnten bei der matten Wahlbeteiligung von 28% die Konservativen "RCDS und Unabhängige" die meisten Sitze im Stupa ergattern.
Für eine entschlußfähige Mehrheit wird das zwar nicht ausreichen, doch es laufen Koalitionsverhandlungen zwischen RCDS, EFA und anderen rechten Splittergruppen, wogegen die Linken sich möglicherweise in einer Oppositionskoalition zusammenschließen werden.

Daß sich Darmstädter Hochschulpolitik kritisch mit Tagesgeschehen und Lokalpolitik beschäftigt, ist für Nicht-Studis kaum bemerkbar. Auf die eine oder andere Alibi-Atom-Veranstaltung, die sich durch massenhafte Präsenz und wenig Inhalte auszeichnete, möchte ich hier nicht eingehen.
Den lokalpolitisch brisanten Auftritt der Studiscene hatten auf jeden Fall die Rechten. Bei der Kranzniederlegung am "Tag der deutschen Einfalt" und dem dazugehörigen Absingen der Nationalhymne, ließen Angehörige der Burschenschaftsvereine auch die 1. und 2. Strophe folgen. Der anwesende Oberbürgermeister Metzger distanzierte sich in der Tagespresse "entschieden" von dem Fehlverhalten, schließlich war er ja auch im Dienst ...

KUNST STATT KOMMERZ





Die Jubelbotschaft suchte uns beim zweiten Frühstück heim. Das Darmstädter Echo - auflagenstärkste Tageszeitung Südhessens - habe sich aufgemacht, das, bis dahin konkurrierende, Darmstädter Tagblatt vor dem Konkurs zu retten. Versteht sich von selbst, daß sowas nur vom Darmecho verzapft werden kann.
Nicht allzuviele werden den Untergang des Tagblatts - denn das ist nur die absehbare Konsequenz der "Rettungsaktion" - trauern. Die Auflage der Zeitung stagnierte schon seit längerer Zeit bei ca. 16.000, zumeist waren es ältere Leute, die dem Tagblatt treu blieben.
Die "Scene" liest Echo, logo nur wegen dem Wohnungs- und Automarkt. Dennoch war es immer das Tagblatt, mit dem sehr konservativen Ruf, in dem wir UNSERE Presseerklärungen nicht ganz so verstümmelt wiederfanden, wie bei der sozialliberalen Echoredaktion. Auch waren es die Redakteure vom Tagblatt, die sich bei unseren politischen Aktionen oft die Mühe machten, selbst vorbei zu kommen, nachzufragen, während ihre Kollegen von der Konkurrenz lieber Stellungnahmen der Stadt abpinnten oder solche Sachen ganz verschweigen.
Wenn nun das Darmstädter Echo, von gemeinen Verleumdern auch als Metzgers privates Publikationsorgan bezeichnet, beim Kartellamt so gar keine Schwierigkeiten bekommt, so deutet das darauf hin, daß unser Oberbürgermeister auch bei dieser Dienststelle Bekannte haben muß.
Sicher hat es wenig Sinn, einer Tageszeitung nachzuweinen, die niemand kauft. Auch über eingeschränkte Pressefreiheit brauchen wir uns nicht beschweren, denn die gab es auch vor dieser Fusion.

ALSO IHR LEUTE:

ECHO ABBESTELLEN

UND DANN SCHLEUNIGST DIE

AKTION ABBONNIEREN !

NACHTRAG ZUM HEINERFEST

Name:
Anschrift:

—

An das
Bundesverwaltungsamt
Postfach
5000 Köln



____________, den ______

Betr.: Schäden durch ein nukleares Ereignis
Reaktorunfall in Tschernobyl

Durch den Reaktorunfall in Tschernobyl, der zu einer großflächigen Verteilung radioaktiver Partikel geführt hat, sind mir materielle Schäden entstanden. Nach § 38, Abs. 2 des Atomgesetzes gewährt der Bund einen Ausgleich bis zur Höhe von 1 Milliarde, "wenn das auf einen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erlittenen Schaden anwendbare ausländische Recht oder die Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages dem Verletzten Ansprüche gewähren, die nach Art, Ausmaß und Umfang des Ersatzes wesentlich hinter dem Schadensersatz zurückbleiben, der dem Geschädigten bei Anwendung dieses Gesetzes zugesprochen worden wäre."

Schäden sind mir entstanden durch:
(z.B. Vernichtung bereits eingekaufter Nahrungsmittel wie Milch, Frischgemüse, Fleisch, Vernichtung von auf dem Balkon oder im Garten ausgesäten Kräutern und Gemüsen; zusätzliche Reinigung von Kleidern nach Regenfällen; Austausch von Sand in privaten Sandkästen usw.)

Der Gesamtschaden beläuft sich auf ______________ DM.

Ich bitte Sie, mir den Betrag auf folgendes Konto zu überweisen:
K.Nr.: ______________ Bank/PSchA: ______________

Mit freundlichen Grüssen

VERANSTALTUNGEN



Auf der Atommüllkonferenz in Dortmund und dem Anti-AKW-Kongreß in Frankfurt wurde ein Vorbereitungstreffen für die

Nationale Demo gegen die Atommaffia in Hanau

am 08.11.1986

beschlossen.

Dieses Treffen findet am 23.10.(Do) um 19.30 Uhr in der Turnhalle der Bessunger Knabenschule statt.

Eingeladen sin alle Gruppen und Sympathisanten der Anti-AKW-Bewegung.

Vorbereitungsveranstaltung zur Blockade in Wackersdorf am
13.10. - 15.10.1986

(12.10. Landtagswahl in Bayern)

gezeigt wird ein Videofilm, der sich mit den Perspektiven des Widerstandes befaßt. Dieser Film ist danach über die Prozeßhilfe Darmstadt erhältlich, d.h. er soll noch auf vielen Veranstaltungen laufen!!
eingeladen ist auch eine Vertreterin der BIWAK. Sie wird über die Situation in Wackersdorf berichten.

Also, kommt am Donnerstag dem 25.09. um 19.30 Uhr in die Turnhalle der Bessunger Knabenschule



Leserbrief

die chance ergreifen

und aus dem Widerstandsghetto ins schöne, bunte Fernsehen kommen ?

Wir haben uns im Juni die Brennpunktsendung zum Thema Demorecht (ARD) angetan, in der diesmal nicht nur Bullen und friedliche Kernkraftgegner, sondern die in der Presse vielzitierten Autonomen aus der Oberpfalz zu Wort kamen. Diese hatten dann, vermummt, in immerhin ganzen 4 (!) Minuten die Möglichkeit, auch mal was zu sagen. Automatisch stellvertretend für alle anderen Militanten. So war das wohl von den Brennpunktmoderatoren gedacht - selbstverständlich in der Absicht, diesen Beitrag in den rechten Bezug zur Sendung zu setzen.
Da wir zu der Zeit in Bayern waren, haben wir die Vordiskussion mit einem Reporter mitbekommen. Die Problematik, die Fragen und das, was dann auf dem Bildschirm rüberkam ist nicht Sache von den Sechs, sondern von uns allen.
Die Oberpfälzer sind vom TV angesprochen worden, in der Brennpunktsendung ein Interview mit beschränkter Sendezeit zu geben. Die Verzerrung der Stimmen war abgemacht, das Fernsehen behielt sich das Schneiden vor und sagte zu, das Interview als einen einzeln dastehenden Beitrag nicht zu kommentieren.

Vor dem Reporter und nicht vorher wurden Fragen, inwieweit benutzt man/frau die bürgerlichen Medien, um was rüber zu bringen, besprochen. Wem will man was mitteilen, und vorallem, was für Inhalte sind es, die man/frau auf 4 Minuten komprimieren kann, ohne daß sie zu Phrasen werden.
Aus dem Treffen gingen dann zwei Gruppen hervor; ein Teil hatte keinen Bock mehr, die anderen entschieden für sich, die 4 Minuten unter den ausgemachten Bedingungen zu nutzen.
Während der Sendezeit hat sich herausgestellt, daß es nicht möglich war, auf die Standardfragen des Reporters (z.B.: "Richtet sich der militante Widerstand gegen das Projekt oder den Staat?") einzugehen. Vielmehr lief es daraufhinaus, sich für diese Art von Widerstand zu rechtfertigen ("Gegengewalt wird vom Staat provoziert"), anstatt z.B. klarzustellen, daß die WAA ein wahnsinnsprojekt ist, das vom Staat auf menschenverachtenste und gewalttätigste Weise durchgezogen wird.
Nach der Sendung überlegten wir für uns, daß wir uns nicht auf irgendwelche Beteuerungen von seiten der Moderatoren verlassen dürfen. Es ist nicht ihr Interesse, von uns eine Selbstdarstellung zu bekommen, sondern sie wollen uns in ihren Rahmen pressen, sie kommentieren doch und stellen uns so hin, wie es in ihr ideologisches Konzept paßt.

ENDE - REGIONALTEIL DARMSTADT - ENDE

DIE STAATLICHE FORM DES

SCHEITERHAUFENS

IST DER

PARAGRAPH

Nicht nur in der USA, von wo ständig neue Horrormeldungen über den staatlich verordneten "Zurück zur Religion" Kurs kommen, sondern auch in der BRD kann dem bekennenden Atheisten ganz schön die Hölle heiß gemacht werden.

VORWÄRTS INS MITTELALTER
ein repressionsopus in mehreren akten

am 8.10.85 fand ein revisionsprozeß des zweiten strafsenats des OLG celle gegen birgit römermann, vorsitzende des internationalen vereins zur verbreitung von lebensfreude e.v. statt.
anklagepunkt: gotteslästerung (§166 StGB)
tatbestand: religionskritische aufkleber und kirchenkritische broschüren, welche auf einem antiklerikalen büchertisch in göttingen vertrieben wurden.
urteil: 400,-- dm geldstrafe

"wer öffentlich oder durch verbreiten von schriften den inhalt des religiösen oder weltanschaulichen bekenntnisses anderer oder eine in inland bestehende kirche oder andere religionsgemeinschaften oder weltanschauungsvereinigungen,
ihre einrichtungen oder gebräuche in einer weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen frieden zu stören wird mit freiheitsstrafe bis zu drei jahren oder mit geldstrafe bestraft.
kurz: § 166

der spruch: lieber eine beflekte verhütung als eine unbefleckte empfängnis" erfüllt z.b. schon diesen tatbestand, aber auch schon solidaritätserklärungen mit b. römermann können repressionen nach sich ziehen.
aber birgit römermann ist kein einzelfall einer pervertierten justiz. im herbst 1984 wurden vier mitglieder der bunten liste freiburg wegen eines plakates für die erste antiklerikale woche in der brd angeklagt. in bochum wurde ein vertreter des komitees zur abschaffung des §166 angeklagt, weil er in einem flugblatt über das freiburger strafverfahren informierte. eine hausdurchsuchung bei ihm und seinen 500 km entfernt wohnenden eltern (!) fand ebenso statt. an einem tübinger wochentisch, wo solidaritätsunterschriften für birgit römermann gesammelt wurden, beschlagnahmten die bullen eine kopie ihrer verteidigungsrede. dezember 1984 beschlagnahmten die bullen bei einem büchertisch des antiklerikalen arbeitskreis aachen ebenso die besagte verteidigungsrede sowie aufkleber von b. römermann.



und so weiter und so fort. vom verfahren gegen schülerzeitungen bis hin zu einem § 166 verfahren gegen die "drei tornados". die liste ist erschreckend lang.
der göttliche zorn kennt keine klassenunterschiede. die spitze des (hexen) hammers spürte der unternehmer dr. joseph. er weigerte sich jahrzehntelang, von seinen angestellten die kirchensteuer einzuziehen. ein betrügerisches "doppel-inkasso" nannte er den zahlungsbefehl des finanzamtes (weltlich). die beleidigungsklage des amtes folgte. die justiz (noch weltlich) zwang dr. joseph, sich einer psychiatrischen untersuchung zu unterziehen, da, so die begründung der justiz (weltlich?) "bei dr. joseph möglicherweise ein geistiger defekt eingetreten sei".

die die vorstellung, als kirchengegner in einer anstalt zu landen, projeziert mensch ins mittelalter, und neuerdings mit einem bundesrepublikanischen beigeschmack von science fiction.

im brennpunkt der verfolgung steht die bunte liste freiburg. trotz boykott aufrufe durch die örtliche presse fand die erste antiklerikale woche in der brd bei der bevölkerung reges interesse. nach einer anzeige des erzbischöflichen ordinariats ließ der freiburger staatsanwalt sämtliche veranstaltungsplakate beschlagnahmen und erhob selbst anklage gegen vier mitglieder der bunten liste freiburg.

als die bunte liste nach aussetzung des verfahrens, was zahlreichen protesten von in- und ausland zu verdanken war, ihre zweite antiklerikale woche ankündigte, gingen nicht nur presse und politiker, sondern auch nächstenliebende christen zur offenen hetze über.



"müssen 27 millionen katholische bürgerinnen und bürger dieses staates sich dies gefallen lassen?", war der aufmacher der "neuen bildpost", europas größte christliche wochenzeitung, die zur gewaltsamen sprengung der veranstaltungen der antiklerikalen woche aufriefen. tags darauf waren die fensterscheiben der käthe-kollwitz-gesellschaft zerstört. sie stellte der bunten liste räume für eine antikle-

rikale ausstellung mit plakaten von f.k.waechter und e. rauschenbach zur verfügung.
die christen zerstörten zudem noch plakate der bunten liste und griffen einzelne bl mitglieder tätlich an.
als schreibtischtäter forderte das erzbischöfliche ordinariat die leser der freiburger presse auf, protestschreiben mit der forderung nach neuen prozessen gegen die bunte liste an den staatsanwalt zu schicken.
die justiz, aus weltlicher furcht um ihr internationales ansehen vorrübergehend zurückhaltend eingestellt, kam letztlich den klerikalen forderungen nach. neun ermittlungsverfahren wurden gegen mitglieder der bunten liste freiburg eingeleitet. wie auch bei den angeklagten der ersen antiklerikalen woche war der frühere stadtrat der bunten liste und rechtsanwalt gottfried niemitz wieder unter den beschuldigten. für ihn ergab sich zusätzlich die gefahr eines standesrechtlichen verfahrens mit der möglichkeit des berufsverbotes.
doch wieder waren es meist internationale proteste, die die perversionen der "geistig-moralischen wende" zumindest abschwächen konnten, auch wenn populäre zeitungen wie die süddeutsche vor staat und klerus den unchristlichen schwanz einzogen.

FENRIS WOLF



BUNTE LISTE FREIBURG
- Antiklerikaler Arbeitskreis -



Für Demokratie und Umweltschutz

Bunte Liste Freiburg
Postfach 254
D 7800 Freiburg

Postgiroamt Karlsruhe
Bunte Liste, Kto. Nr. 186435-758

[illegible]

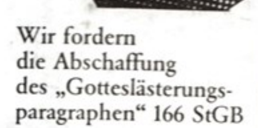
Den 26.5.86

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die wachsenden internationalen Proteste gegen die Freiburger §166-Verfahren haben die Bundesregierung zu außergewöhnlichen Schritten genötigt: Alle dreizehn gegen Mitglieder unserer Organisation betriebenen "Gotteslästerungsverfahren" wurden kürzlich eingestellt. Das Landgericht Freiburg hat seinen eigenen Eröffnungsbeschluß in den Verfahren wegen unserer ANTIKLERIKALEN WOCHE 1984 aufgehoben, die Staatsanwaltschaft stellte daraufhin die Ermittlungsverfahren wegen unserer ANTIKLERIKALEN WOCHE 1985 ein. Diese Beschlüsse, die einem Freispruch gleichkommen, gehen auf eine Entscheidung des Bonner Justizministeriums zurück. Wie wir von unseren Informanten im Ministerium (über die wir aus naheliegenden Gründen keine näheren Angaben machen können) erfahren haben, hat Bonn auch Anweisung gegeben, daß die Staatsanwaltschaft Freiburg an sämtliche Absender von Protestschreiben vorgefertigte Antwortbriefe versendet. Diese Maßnahmen zeigen, daß die internationalen Proteste die Bundesregierung in die Defensive getrieben haben.

Den letzten Ausschlag für die Einstellung der Verfahren gab offensichtlich die Initiative des Präsidenten des Russell-Tribunals Professor Dedijer, eine Protesterklärung international angesehener Persönlichkeiten in der Süddeutschen Zeitung als Anzeige zu publizieren. Der Landgerichtsbeschluß erging am 14. April, ca. zwei Wochen, nachdem die Regierung durch die Postüberwachung ihres Geheimdienstes von diesem Plan Professor Dedijers erfuhr.
Die Süddeutsche Zeitung ging schließlich so weit, den Abdruck des Inserates zu verweigern! Hierzu legen wir eine Presseerklärung des Russell-Tribunals bei.

Antiklerikaler Arbeitskreis der Bunten Liste



Wir fordern die Abschaffung des „Gotteslästerungsparagraphen“ 166 StGB

Aufgrund des – wie Tucholsky ihn nannte – „mittelalterlichen Diktaturparagraphen“ 166 StGB („Gotteslästerung“, seit 1969 umbenannt und verschärft) werden in der BR Deutschland Dutzende von Menschen verfolgt. Allein in Freiburg im Breisgau waren gegen Mitglieder der BUNTEN LISTE dreizehn Strafverfahren wegen einer u. a. in der „Titanic“ veröffentlichten antiklerikalen Karikatur anhängig, die erst aufgrund internationaler Proteste nach eineinhalb Jahren Verfahrensdauer kürzlich eingestellt wurden. Wo diese Aufmerksamkeit fehlt, wie z. B. kürzlich in Münster, werden empfindliche Strafen verhängt. In Göttingen wird bereits ein zweites Strafverfahren gegen Birgit Römermann durchgeführt, und zwar wegen ihrer Verteidigungsrede vor Gericht, in der sie auf die historischen Verbrechen der Kirche hinwies.
Diese und zahlreiche weitere § 166-Verfahren an anderen Orten werden von der westdeutschen Presse weitgehend verschwiegen; sogar bezahlte Anzeigen werden zurückgewiesen. Nur der Protest des aufgeklärten Auslandes konnte bisher schwerwiegende Verurteilungen verhindern. Dies ist um so bemerkenswerter, als mit der gegenwärtigen Prozeßwelle, wie eine Anklage in Münster wegen Zitierens aus der vor über 100 Jahren erschienenen Schrift „Die Gottespest“ verdeutlicht, die gesamte, ohnehin sehr schwache deutsche Aufklärungstradition von Goethe bis Panizza und Johann Most getroffen werden soll.
Der § 166 StGB hat folgenden Wortlaut:

(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Wir rufen dazu auf, diese schändlichen Ketzerprozesse aus dem Geiste des Mittelalters nicht unbemerkt vorbeigehen zu lassen und der perversen, zwischen Kirchen und Innenministerien offenbar abgestimmten Sprachregelung, bei dem § 166 StGB handle es sich eigentlich um ein Produkt der Aufklärung, die nötige Verachtung zuteil werden zu lassen. Ein „Gotteslästerungsparagraph“ ist einer sogenannten Demokratie, in der doch die richtige Meinung durch von Gewalt unbeeinflußten Austausch freier Meinungsäußerungen ermittelt werden soll, zutiefst unwürdig. Ein allmächtiger oder auch nur mächtiger Gott (oder mehrere davon) müßte schon aufgrund seines angeblichen Alters dazu fähig sein, wenn er sich durch Menschen beleidigt fühlt, sich ohne staatliche oder juristische Zwischenträger selber zu rächen. Menschliche Institutionen haben da gar nichts verloren und sollten sich stattdessen an demokratische Gepflogenheiten halten.

Aus diesem Grunde fordern wir:

- **Einstellung aller § 166-Prozesse in Göttingen, Aachen und wo auch immer bzw. bedingungsloser Freispruch aller Angeklagten!**
- **Und vor allem: Abschaffung des § 166 StGB, wie dies schon in der Weimarer Republik gefordert und nur durch Hitlers Machtantritt und sein bis heute gültiges Konkordat nicht eingelöst wurde!**

Vladimir Dedijer, Professor für Geschichte, Präsident des Russell-Tribunals, Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften

Jean-Jaques Amy, Professor für Gynäkologie, Brüssel
Günther Anders, Schriftsteller, Mitglied des Russell-Tribunals, Wien
Hans Henning Atrott, Präsident der Gesellschaft für Humanes Sterben, Augsburg
Joseph Berny, Präsident der Fédération Nationale La Libre Pensée, Paris
Sir Hermann Bondi, Professor für Mathematik, Präsident des Natural Environment Research Council, London
Noam Chomsky, Professor für Linguistik, Cambridge, Massachusetts
Karlheinz Deschner, Schriftsteller und Kirchenhistoriker, Haßfurt
Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Professor h. c., Berlin
Bernt Engelmann, Schriftsteller, Rottach-Egern
Adele Faggio, Abgeordnete des Italienischen Parlaments (Partito Radicale), Rom
Erich Fried, Schriftsteller, London
Marijke van Hemeldonck, Abgeordnete des Europaparlaments (Sozialistische Partei Belgiens), Brüssel
Fritz Erik Hoevels, Psychoanalytiker, Freiburg
Serafettin Kaya, Rechtsanwalt, ehemaliger Delegierter der Rechtsanwaltsvereinigung Ankara, Kiel
Karam Khella, Hochschullehrer und Schriftsteller, Hamburg
Günter Kehrer, Professor für Religionssoziologie, Tübingen
Reinhard Kühnl, Professor für Wissenschaftliche Politik, Marburg
Herb Livingston, Präsident der Atheists United, Los Angeles
Aldo Mazzacane, Professor für Rechtswissenschaft, Neapel
Mauro Mellini, Abgeordneter des Italienischen Parlaments (Partito Radicale), Rom
Jean Michot, Professor für Geologie, Prorektor der Université Libre de Bruxelles, Präsident des Centre d'Action Laïque, Brüssel
M. C. Mundra, Präsident der Gesellschaft für Indisch-Skandinavischen Kulturaustausch, Calcutta
Gottfried Niemietz, Rechtsanwalt, Freiburg
Nino Pasti, Nato-General a. D., Senator a. D., Präsident der Lotta per la Pace e il Disarmo, Rom
B. Premanand, Schriftsteller, Podanur, Indien
Dora Russell, Schriftstellerin, London
Jens Scheer, Professor für Atomphysik, Bremen
Klaus Staeck, Künstler, Heidelberg
Friedrich Karl Waechter, Karikaturist und Schriftsteller, Frankfurt
George Wald, Professor für Biologie, Nobelpreisträger für Physiologie und Medizin, Cambridge, Massachusetts
Hans Wollschläger, Schriftsteller, Bamberg

Nähere Informationen: Karl [illegible], Sekretär des Russell-Tribunals, [illegible] D-6000 Frankfurt 70

Erklärung des Ladenplenums des Libertären Zentrums Frankfurt zum Leserbrief in der AKTION Nr. 3/86

"...seit dieser Zeit ist Frankfurt in der einmaligen Situation ein überwiegend libertäres autonomes Lager zu haben." (Zitat Leserbrief)

Schön wär's!
Eigentlich könnte uns dieser Artikel scheißegal sein! Aber im letzten Teil befaßt er sich mit Sachen, mit denen wir uns im Ladenplenum seit Wochen beschäftigen. Über die Spitzelparanoia im Frühjahr fingen wir an, über Verhalten in politischen Gruppen zu reden. Verhalten zwischen Männern und Frauen und unseren Schwierigkeiten beim Umsetzen von Ansprüchen auf unser Leben. Deswegen bemühten wir uns auch im Ladenplenum Gerüchten auf den Grund zu gehen und sie aus der Welt zu schaffen. So wollen wir auch mit dem reden, der in Wackersdorf über einige Leute aus dem Libertären Zentrum gesagt hatte und auch heute noch dazu steht:" Die Leute sind eh alles Spalter und man sollte sie am kommenden Tag vor an die Front schicken, um sie zu verheizen."
Wir wollen einiges klar stellen: Der Ausspruch kam von einer Einzelperson und das war dem Schreiber des Artikels auch bekannt, aber für die Pseudoschlüssigkeit des Artikels wurde daraus eine Gruppe von Anti-Imps - wobei derjenige sich gar nicht als solcher begreift.
Der Vergleich mit Spanien '37 ist an den Haaren herbeigezogen. Nichts gegen ein inhaltliche Auseinandersetzung, aber ein historischer Vergleich, der hinten und vorne hinkt, ist genauso platt wie eine westeuropäische Guerilla.
Unsere Ziele bestimmen, wie weit wir mit anderen Gruppen zusammenarbeiten.
Wir wehren uns gegen Schubladen--denken, undifferenziertes, plattes Einteilen in politische Gruppen.
Genau diese Art von Auseinandersetzung führt zu Gerüchten.

Frankfurt, den 25.6.86

E

S

E

R

Leserbrief aus Hamburg

Ich habe soeben das 1. Mal die Aktion gelesen und finde die Artikel im allgemeinen recht gut. Es ist zwar teilweise recht "parolenhaft", aber es ist wesentlich besser als irgendwelche lauen Blätter, die davon träumen auf friedlichem Wege etwas erreichen zu können. Es ist endlich mal ein Magazin, daß ich gerne lese, auch wenn ich in Hamburg wohne und von da "unten" wenig weiß. Aber es ist halt interessant, mitzubekommen, was sonst so alles in der BRD passiert.

Ich weiß nicht, inwieweit es <u>euch</u> interessiert, was in anderen Teilen der BRD passiert, z.B. in Hamburg. Aber ich fände es nicht schlecht, wenn ihr nicht <u>nur</u> über Wackersdorf berichtet, sondern auch über Brokdorf, Kleve und die Folgen in HH (Heiligengeistfeld) z.B..

Ich war selbst nicht bei den Demos in Brokdorf und Hamburg, ich weiß also alles nur von Freunden, die dort waren und aus Infos (z.B. Polizeistadtinfo 1+2 vom Ermittlungsausschuß des BUU). Ich fänd es wichtig, daß diese Tage ab dem 7. Juni nicht so schnell in Vergessenheit geraten, denn es war doch recht merkwürdig, die nächsten zwei Wochen abends auf die Straßen zu gehen. Jedesmal wenn abends Blaulicht irgendwo leuchtete oder man nur die Bullensirenen hörte, sprangen Leute in Kneipen, Cafes etc. auf und rannten auf die Straße. Es herrschte recht gute Panik und auch Aktionsbereitschaft. Außerdem gab es immer wieder kurzfristig angesetzte Brokdorfsolidaritätsfeste und Aktionen,wie z.B. "Laßt Frank Stülcken frei". Ich weiß nicht was ihr darüber wißt.

Frank Stülcken wurde in der Nacht vom 8./9. Juni auf dem Heiligengeistfeld festgenommen, unter dem Verdacht, einen Molotow-Cocktail auf Polizeibeamten geschmissen zu haben. Niemand wurde verletzt (außer ihm durch Schlagstockeinsatz), aber es wurde ein Haftbefehl wegen versuchten Totschlags gegen ihn erlassen.
Er ist in Jugendknast nach Neuengamme gekommen. Ich weiß nicht, ob er dort noch ist oder was sich diesbezügl. getan hat. Dieser Haftbefehl ist so unverhältnismäßig, daß es schon fast lachhaft ist. In einem Flugblatt von Mitschülern von ihm, das ich bekommen habe, ist auch das beste Beispiel für die Ungerechtigkeit bewiesen: Zitat "Im Prozeß zum Fall Ramazan Avci ging es um einen Türken, der von Skinheads ganz offensichtlich zu Tode geprügelt wurde. Die Anklage lautete hier: schwere Körperverletzung!"

N.G.

Zur Erklärung des "Ladenplenums des Libertären Zentrums"

Nochmal: Wir wollen in unserer Zeitung keine Gerüchte aufkochen.

Um das zu vermeiden wurde der erste Teil der Erklärung geändert, da hier auf eine Person bezug genommen und deren Name voll genannt wurde. So was finden wir unmöglich zu veröffentlichen. Interne Diskussionen und die damit verbundenen Namen der damit verbundenen Personen an die Öffentlichkeit zü tragen - was könnte besserer Nährboden für Spekulationen und Gerüchte sein?!

..."Deswegen bemühten wir uns auch im Ladenplenum Gerüchten auf den Grund zu gehen und sie aus der Welt zu schaffen." - Wie im Einzelnen das Gerücht, von einer Person aus dem LZ verbreitet, zustande gekommen ist, wurde vom "Ladenplenum" bis heute nicht genau geklärt, und daß obwohl dieser Mensch sich des öfteren dort aufhält. Das Bemühen in dieser Hinsicht ließ in keiner Weise den Elan und das Bedürfnis nach Wahrheit erkennen, wie die superschnelle Reaktion auf den Leserbrief eines Betroffenen in der Aktion.
Dazu einige facts:

Beschlußtermin eine Erklärung rauszugeben - Ladenplenum sofort nach Erscheinen der Aktion 3-86
Anwesende auf diesem "Plenum" - 5 Personen
Verfasser der Erklärung - 3 Personen
Verbreitung der Erklärung (frisch aus der Presse) als Flugi - beim Verkauf der Zeitung, 2 Tage später.

In der Erklärung wird behauptet, dem Schreiber des Leserbriefes sei bekannt gewesen, daß das Gerücht über die "Spalter, die man verheizen solle" von einer Einzelperson stammt. Auch das ist nur eine Vermutung der Verfasser. Als der Leserbrief geschrieben wurde, schwirrten auch im LZ eine Menge Gerüchte über die Gerüchte rum und der genaue Informationsstand war unter den Leuten sehr unterschiedlich. So hat der Schreiber die Infos verwertet, die er - wohl von weniger gut informierten Leuten - zuletzt erhalten hatte.



Gewaltfreiheit als Symptom

Über die Kapitulation der intellektuellen Friedens-Avantgarde

Man kennt das, zumal in deutschen Landen: Kaum, daß mal mehr als Wattebäuschchen und Luftballons gegen Staatssicherheitsorgane eingesetzt werden, greift es, scheinbar unvermittelt und spontan, um sich: das offenbar unabweisbare linke Distanzierungs-Bedürfnis. Beinahe schon zwanghafter Hirn-, Hand- und Zungen-Reflex, mal mehr absolut-dogmatisch, mal mehr moderat-verständnisvoll; in jedem Fall jedoch unerbittlich gegen alles über eigne Denk- und Handlungshorizonte Hinausweisende.

Mit welchem Recht fordern all die Heuchler von gelb bis schwarz denn immer wieder Distanzierung? Sie, die sie je 'passende' Diktaturen hofieren und keinen Augenblick zögern, wenn es gilt, Gewalttätigkeiten (mit dem Alibi des staatlichen Gewaltmonopols) anzuordnen? Wo bleiben da die Relationen? Was bedeutet ein zerstörter Bauzaun oder ein gesprengter Strommast im Verhältnis zu verletzten, verkrüppelten und getöteten Menschen infolge staatlich sanktionierter Gewalttätigkeit? Nein, kein Politiker, kein Repräsentant dieses Staats- und Wirtschafts-Systems hat Anspruch auf Loyalität der Unterworfenen und deren Distanzierung - lenken sie doch bloß ab vom Dreck am eignen Stecken.

Schon der Deutsche Herbst '77 jedenfalls war geradezu durchdrungen von der epidemisch auftretenden Sucht nach linker Distanzierung und Loyalitätserklärungen für den sog. 'Rechtsstaat': selbstgerechter Bankrott der Neuen wie Alten Linken, Preisgabe jeglicher ethisch-moralischen und politisch-ideologischen Integrität. Doch Distanzierung ist allemal Beitrag zur Kriminalisierung jeglichen widerständigen Aufbegehrens. Solidarität aber kann stets nur den Opfern gelten, nicht den herrschenden Tätern.

Wer nun jene Ereignisse schon vergaß - schließlich ging ein Jahrzehnt ins Land seither -, dem bietet eine 'gewaltfreie' Friedens-Soldateska aus Theologen und Literaten, Doktoren und Professoren, Sängern, Künstlern und anderen Besserwissern, Männlein wie Weiblein, nun erneut Anschauungsmaterial in Sachen Denk-Verzicht und Selbstunterwerfung. ("Selbstbeherrschung ist alles", Offener Brief an die Anti-Atombewegung; taz 12.7.86)

"Erfolgreich sein" werde die Anti-Atombewegung "nur dann", so heißt es gleich in der Anrede, "wenn sie sich zur absoluten Gewaltfreiheit bekennt und damit eine Chance hat, immer mehr Menschen für sich zu gewinnen". Als sei Ziel der Anti-AKW-Bewegung die Organisierung einer neuen 'Kirche der Erweckten', und nicht die Verhinderung von Plutoniumwirtschaft und Atomstaat! Eine Kirche stattdessen, für die Demonstrationen nicht länger Kundgebungen abweichender Meinung und Dokumentation gesellschaftlicher Verantwortung sind, sondern bloßer Anlaß zur "Hoffnung", durch sie "bisher noch abseits Stehende zu mobilisieren". Zug zur Herde, von deren Protest zudem angeblich "durch eine Handvoll gewalttätiger Demonstranten viel Wirkung genommen wurde".

So mag reden, wer die Maßstäbe von Erfolg und Mißerfolg, von Wirksamkeit und Ohnmacht sich vom Gegner hat einbläuen lassen und skrupellos genug ist, den Prinzipien gesellschaftlicher Freiheit und individueller Emanzipation von obrigkeitlich vermittelten Denk-Zwängen hemmungslos Gewalt anzutun. Da wird nicht etwa Entwaffnung des Staates gefordert. Nein, da wird aufgerufen zum freiwilligen, massenhaften und freudig ertragenen Martyrium unter den Knuten der Atomwirtschaft und ihrer staatlichen Hilfstruppen: absolute Gewaltfreiheit, "so schwer die dazu nötige Selbstbeherrschung auch fallen mag". Ist da nicht vielleicht auch von Selbstverleugnung die Rede? Was wird denn aus ihrem "Zorn und Abscheu" anderes als Brudermord?

Ganz offenbar kennen sie den Staat lediglich als Verwaltungs- und Versorgungs-Institution, kaum jedoch als Vollzugs- und Herrschaftsapparat. Es wird nicht zum Kampf gerufen gegen jenes geheimnisvolle Dritte, das sich da immer wieder brutal zwischen die Kontrahenten drängt, um den Stärkeren zu beschützen. Bloß lauer Protest wird geäußert gegen eine spezielle Variante dieses üblen Prinzips 'Staat'. So bleibt der beiläufig erwähnte "massenhafte, zivile Ungehorsam phantasievoll geplant und überraschend eingesetzt" eigenartig blaß und wenig handfest.

Die "Hilfstruppe der Atomlobby und des von uns abgelehnten Atomstaates" sind daher in erster Linie jene, die sich von der brutalsten und gewalttätigsten Organisation, die wir kennen, den eigenen Denk- und Handlungsrahmen vorschreiben lassen. Jene gutdotierte und wohlbeleumundete Unterschriften-Bewegung, die auf allen möglichen Aufrufen immer wieder ihr Stelldichein feiert, sie richtet gewiß größere Verheerungen an als jene "Handvoll gewalttätiger Demonstranten".

Die staatsfromm gewaltfreie Intelligenzija nämlich, sie mag nicht kratzen am Mythos von Recht und Ordnung, sie mag sich nicht erheben - im Geiste nicht, erst recht nicht in der Tat - gegen Staat und Herrschaftsapparat. Im Gegenteil: Durch halbseidenen Protest gegen sog. 'Übergriffe' der Staatsorgane, gegen Amts- und Macht-'Mißbrauch' befördern sie ja doch - hinterrum - den Glauben an prinzipielle Möglichkeit und tatsächliche Nötigkeit einer staatlich verfaßten Regulierung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse.

Nur die paar 'Unregelmäßigkeiten' und 'Mißstände' des Systems trüben ihnen noch das Bild von der Heilen Welt des Guten Staates. Indem sie so zur Verschleierung von Einfluß- und Herrschaftsstrukturen, von Interessensgegensätzen und Machtverhältnissen beitragen, erweisen sie sich als die intellektuelle Variante Heiner Geisslers: Was dieser durch Demagogie und Verdrehungen befördert, erreichen jene durch seelisch-moralische Rollkuren: die Assimilation des Widerstands, seine Eingliederung ins System. Was dann noch über die Ränder lugt, wird gekappt - so oder so: Von Hamburg bis Peru sind nur zwei Schritt.

Kann eigentlich die Enteignung selbständigen Denkens und Handelns noch viel weiter gehen als bei jenen Leuten, die sich der staatlichen Definitionsmacht über Begriffe und ihren Sinngehalt ebenso freiwillig unterwerfen wie dem staatlich sanktionierten Rahmen zulässigen Protestes? Wer bestimmt denn hierzulande eigentlich, was 'Gewalt' ist, was 'Nötigung', was 'legal' ist und was 'illegal'? Doch wohl kaum die diesem System von Gewalt und Profitmaximierung abhängig Unterworfenen. Die Unterschriften-Intelligenz aber macht sich, unberufen zudem, zum Handlanger jener Kräfte, die dem Widerstand gegen menschenverachtende Politik und Wirtschaftsinteressen den Stachel handgreiflichen Protestes ziehen wollen, indem sie Sprache enteignen, Reaktionsformen kriminalisieren und naiven Idealismus integrieren.

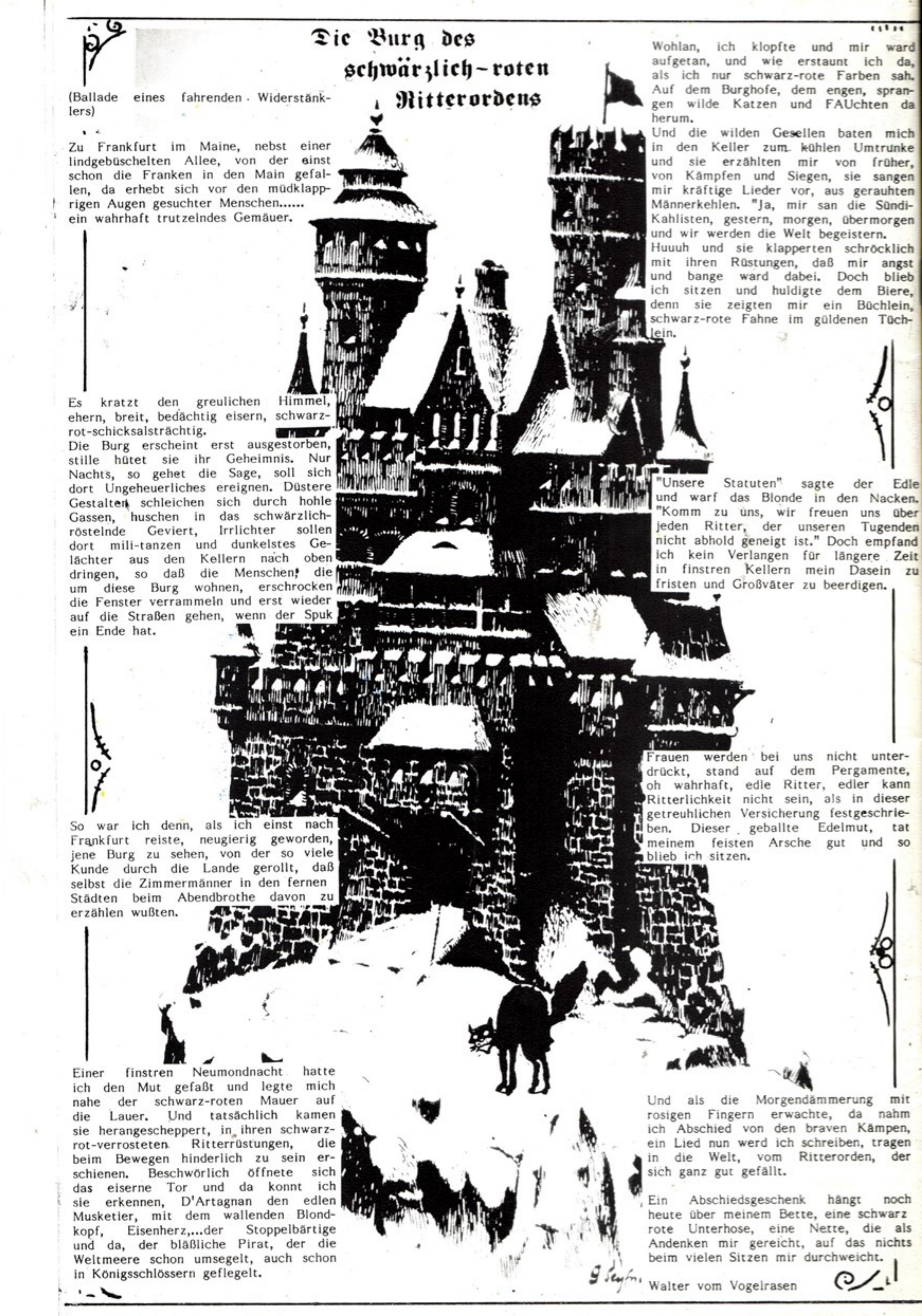
"Leidtragende" sind also die sog. 'friedlichen Demonstranten' nicht so sehr aufgrund vermeintlicher Provokationen der staatlich bestallten oder freiberuflich tätigen Schlägertrupps. Vor allem sind sie Opfer ihrer eigenen Illusionen über den Charakter des staatlichen Gewaltapparates. Wer ernsthaft glaubt, in diesem 'unserem' Lande gelte auch in für das System essentiellen Fragen freies Demonstrationsrecht, und entsprechend (un-) vorbereitet zu solchen Veranstaltungen geht, wird entweder allzu bald eines Besseren belehrt - oder er ist unrettbar blind.

Daß selbst scheinbar aufgeklärte Intellektuelle gedankenlos und wortreich solche Blindheit fördern, ist ein erschreckendes Symptom für den Zustand hiesigen Geisteslebens.

Matthias Watermann

Die Burg des schwärzlich-roten Ritterordens

(Ballade eines fahrenden Widerstänklers)



Zu Frankfurt im Maine, nebst einer lindgebüschelten Allee, von der einst schon die Franken in den Main gefallen, da erhebt sich vor den müdklapprigen Augen gesuchter Menschen...... ein wahrhaft trutzelndes Gemäuer.

Es kratzt den greulichen Himmel, ehern, breit, bedächtig eisern, schwarz-rot-schicksalsträchtig.
Die Burg erscheint erst ausgestorben, stille hütet sie ihr Geheimnis. Nur Nachts, so gehet die Sage, soll sich dort Ungeheuerliches ereignen. Düstere Gestalten schleichen sich durch hohle Gassen, huschen in das schwärzlich-röstelnde Geviert, Irrlichter sollen dort mili-tanzen und dunkelstes Gelächter aus den Kellern nach oben dringen, so daß die Menschen, die um diese Burg wohnen, erschrocken die Fenster verrammeln und erst wieder auf die Straßen gehen, wenn der Spuk ein Ende hat.

So war ich denn, als ich einst nach Frankfurt reiste, neugierig geworden, jene Burg zu sehen, von der so viele Kunde durch die Lande gerollt, daß selbst die Zimmermänner in den fernen Städten beim Abendbrothe davon zu erzählen wußten.

Einer finstren Neumondnacht hatte ich den Mut gefaßt und legte mich nahe der schwarz-roten Mauer auf die Lauer. Und tatsächlich kamen sie herangescheppert, in ihren schwarz-rot-verrosteten Ritterrüstungen, die beim Bewegen hinderlich zu sein erschienen. Beschwörlich öffnete sich das eiserne Tor und da konnt ich sie erkennen, D'Artagnan den edlen Musketier, mit dem wallenden Blondkopf, Eisenherz,...der Stoppelbärtige und da, der bläßliche Pirat, der die Weltmeere schon umsegelt, auch schon in Königsschlössern geflegelt.

Wohlan, ich klopfte und mir ward aufgetan, und wie erstaunt ich da, als ich nur schwarz-rote Farben sah. Auf dem Burghofe, dem engen, sprangen wilde Katzen und FAUchten da herum.
Und die wilden Gesellen baten mich in den Keller zum kühlen Umtrunke und sie erzählten mir von früher, von Kämpfen und Siegen, sie sangen mir kräftige Lieder vor, aus gerauhten Männerkehlen. "Ja, mir san die Sündi-Kahlisten, gestern, morgen, übermorgen und wir werden die Welt begeistern.
Huuuh und sie klapperten schröcklich mit ihren Rüstungen, daß mir angst und bange ward dabei. Doch blieb ich sitzen und huldigte dem Biere, denn sie zeigten mir ein Büchlein, schwarz-rote Fahne im güldenen Tüchlein.

"Unsere Statuten" sagte der Edle und warf das Blonde in den Nacken. "Komm zu uns, wir freuen uns über jeden Ritter, der unseren Tugenden nicht abhold geneigt ist." Doch empfand ich kein Verlangen für längere Zeit in finstren Kellern mein Dasein zu fristen und Großväter zu beerdigen.

Frauen werden bei uns nicht unterdrückt, stand auf dem Pergamente, oh wahrhaft, edle Ritter, edler kann Ritterlichkeit nicht sein, als in dieser getreuhlichen Versicherung festgeschrieben. Dieser geballte Edelmut, tat meinem feisten Arsche gut und so blieb ich sitzen.

Und als die Morgendämmerung mit rosigen Fingern erwachte, da nahm ich Abschied von den braven Kämpen, ein Lied nun werd ich schreiben, tragen in die Welt, vom Ritterorden, der sich ganz gut gefällt.

Ein Abschiedsgeschenk hängt noch heute über meinem Bette, eine schwarz rote Unterhose, eine Nette, die als Andenken mir gereicht, auf das nichts beim vielen Sitzen mir durchweicht.

Walter vom Vogelrasen